

Wildcat

Zirkular #8

Oktober '94



Inhalt

Streik bei VW in Brüssel	5
Hundsgemein: Gruppenarbeit	11
Nokia – kein Bock auf Beschäftigung	21
Kanada: Revolte der Bauarbeiter	22
Portugiesische Bauarbeiter nach Deutschland	23
China: Lohnprotest in Zhuhai	24
Frankreich: Bewegung gegen Niedriglöhne	25
Militante Untersuchung – Einladung aus Italien	28
Städtebericht Paderborn	33
Knastrevolte in Kassel – ein Bericht	37
Uruguay: Generalstreik für Asylrecht	39
Diskussion:	
Fragmente aus Freiburg: Rassismus und Ware	42
- Antwort aus England: Militante Klassenoffensive?	51
- Antwort aus den USA: »Verschwörung«	57
Ruanda: Staat des Völkermords	58

KONTAKTE UND ABOS:

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848. **West:** Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln / Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn. **Nord:** Zirkular, c/o St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen / Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote StaÙe, Rote Straße 10, 37073 Göttingen / Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg. **Süd:** Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271 / Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg. **Abos:** Zirkular 1-11: 24 DM, Einzelexemplar 4 DM (Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10). V.i.S.d.P.: P.Müller

Editorial

Bei der Fertigstellung des letzten Zirkulars wurden – sehr zum Leidwesen der mit der technischen Fertigstellung befaßten BerlinerInnen – auf den letzten Drücker noch ein kurzer Bericht über den Streik im Daimler-LKW-Werk in Wörth und eine Meldung über einen Streik bei General Motors in den USA reingequetscht. Diesmal geht es uns in Köln ähnlich. In den letzten Tagen wurde deutlich, welche enorme Bedeutung der Streik bei VW in Brüssel (ganz in der Nähe von Köln!) hat, den die hiesige Presse bis auf eine kurze Meldung nach 12 Streiktagen völlig totgeschwiegen hatte. Wir erhielten ein paar Artikel aus linken belgischen Zeitschriften, telefonierte mit einem Arbeiter, der mit einer Delegation in der letzten Woche die Streikenden in Brüssel besucht

hatte, und erfuhren, wie gespannt die wenigen radikalen Kräfte in den hiesigen Autofabriken den Streik verfolgten und wie wütend sie auf ihre Gewerkschaft, die IG-Metall sind, die die Weitergabe von Informationen und direkte Kontakte zu den Streikenden blockiert. Am Freitag, den 30.9., wurde der Streik nach fast vier Wochen durch eine gerichtliche Strafandrohung beendet. In aller Eile stellen wir für dieses Zirkular die bisher vorhandenen Informationen zusammen, bei denen viele Fragen offen bleiben. Soviel scheint aber klar zu sein: Dieser Streik ist wohl das massivste Aufbrechen der Widersprüche in der modernen Fabrik in Europa seit dem Streik bei Renault in Cléon im Herbst 1991 und der Blockierung der Just-in-time-Zulieferung durch die französischen LKW-Fahrer im Sommer 1992. In Brüssel richteten sich die VW-ArbeiterInnen offen und direkt gegen die Konzepte der »lean production«, gegen das »partizipative Management«, gegen die mit den Methoden der »Gruppenarbeit« durchgesetzten neuen Takte. Während des Streiks bestand die Hoffnung, er könne sich auf andere Autofabriken in Belgien, Renault und Ford, ausweiten, in denen es in den letzten Wochen bereits zu kleinen Konflikten um Arbeitsverdichtung und Bandgeschwindigkeit gekommen ist.

Viel genauer müßten wir diese vielen kleinen Konflikte untersuchen, um herauszufinden, ob wie die Umwälzungen der letzten zwanzig Jahre in der Produktionstechnik, der Arbeitsorganisation und auf den Arbeitsmärkten die Basis für neue Kämpfe werden könnten. Unsere bisherigen Informationen sind sehr zufällig, oftmals beruhen sie nur auf Zeitungsmeldungen, die stets mit Vorsicht zu genießen sind (so der Bericht

Neun Tage in neun Jahren

Turin, 31. August (rtr). Die Turiner Briefträgerin Maria Grazia Maio (35) hat es nach einem Bericht der Tageszeitung La Stampa in neun Jahren auf genau neun Arbeitstage gebracht. Wie die Zeitung am Mittwoch berichtete, ist ihrem Dienststellenleiter Cataldo Carvutto in 38 Dienstjahren solch ein Fall nicht untergekommen. Allerdings betonte er, es sei alles mit rechten Dingen zugegangen; denn Maria Grazia Maio sei entweder krank oder im Schwangerschafts- oder im Erziehungsurlaub gewesen. Seit 1985 hat die Postbotin drei Kinder bekommen. Allein der Erziehungsurlaub beträgt in Italien mindestens fünf Monate. Auch haben Mütter Anspruch auf freie Tage, um kranke Kinder pflegen zu können. (FR, 1.9.94)

zu Nokia), und auf die wir keine weiterreichenden Thesen zur Perspektive einer Klassenoffensive stützen können (siehe die Einwände der GenossInnen von »Aufheben« in diesem Heft). Selbst Streiks wie in Wörth oder der in Brüssel werden von der hiesigen Presse fast totgeschwiegen. Von Mini-Konflikten wie bei Ford in Genk, die viel über die Stimmung in den Werken aussagen, wissen wir meistens nur dann etwas, wenn sich zufälligerweise noch linke Kräfte in den Betrieben befinden.

Unsere eigene Untersuchungsarbeit steckt in einer Krise. So sehr wir eine Neube-gründung unserer theoretischen Grundlagen benötigen (siehe die Beiträge in den letzten Zirkularen), taugen tun sie nur dann etwas, wenn wir mit ihnen wieder hingehen und entschlüsseln, wie die Ausbeutung heute funktioniert und an welchen Widersprüchen die ArbeiterInnen ihre Macht entwickeln können. Die Einladung aus Turin kommt daher gerade richtig, um die Frage der »Untersuchung« neu zu stellen, historische Erfahrungen auszuwerten und neue Projekte mit neuen Hypothesen voranzutreiben. Bei unserem kommenden Treffen sollten wir gemeinsam diskutieren, wer mit welchen Vorstellungen und Zielsetzungen mit nach Turin fahren will. Nur so können wir die Diskussionen (und hoffentlich auch Verabredungen) in Turin dazu nutzen, der Untersuchung der Klassenrealität und unseren Interventionen neuen Schwung zu verleihen!

Im Editorial des letzten Zirkulars hieß es – zum wiederholten Male –, daß sich die Beiträge stärker aufeinander beziehen sollen. Um so erstaunlicher, daß dies jetzt ausgerechnet von unseren MitdiskutantInnen im Ausland eingelöst wurde. Die GenossInnen von »Aufheben« schickten uns postwendend eine Kritik an dem Bericht zu den neuen Kämpfen in Großbritannien, die zu einem genaueren Verständnis der dortigen Konflikte beiträgt. In einem Brief aus den USA bezieht sich der Genosse George Caffentzis auf den Vorwurf der »Verschwörungstheorie«, den »Aufheben« gegenüber den Schriften des »Midnight Notes Collective« erhob (s. Zirkular #6). Bedauerlich finden wir es dagegen, daß der Beitrag aus Freiburg (»Fragmente III«) keinerlei Bezug auf die vorausgehenden Diskussionbeiträge zum selben Themenkreis erkennen läßt (z.B. die Zusammenfassung des Textes von Claussen oder die kritischen Einwände gegenüber der »Marxologie« der Crisis-Gruppe, der sich der Autor der Fragmente verpflichtet zu fühlen scheint). Schade ist auch, daß die Debatte um den neuen Text von K.H.Roth noch nicht fortgesetzt wurde. In einigen Gruppen wird er aber im Moment intensiv diskutiert, und wie wir hören, stehen weitere Diskussionbeiträge kurz vor der Fertigstellung.

So, noch ein letztes: eigentlich hatten wir strikt die 60-Seiten-Grenze einhalten wollen, da der monatliche Lesestoff sonst zu erschlagend wird. Daß es jetzt doch ein paar Seiten mehr geworden sind, liegt an dem langen Text zu Ruanda, der zwar auch nicht das Gelbe vom Ei ist, aber angesichts des Unsinn, der in allen möglichen Publikationen mit der größten Selbstverständlichkeit gehandelt wird, ein wenig Aufklärung verspricht. Die Diskussion um Ruanda ist sicher genauso unerfreulich und deprimierend wie die um Jugoslawien, aber wenn wir eine revolutionäre Perspektive entwickeln wollen, müssen wir uns auch mit der Frage konfrontieren, wie den Herrschenden das Anheizen sogenannter »ethnischer« Konflikte gelingt und wo die Grenzen dieser Krisenintervention liegen.

VW-Forest / Brüssel:

Streik gegen »lean production«

Mit dem Abkommen über die »Vier-Tage-Woche« hatte sich VW Ende letzten Jahres eine gewisse Ruhe in den inländischen Werken verschafft. Der weitere Umstrukturierungsprozeß sollte nicht durch Entlassungen gefährdet werden. Bei VW war der »Kontinuierliche Verbesserungsprozeß« gerade in Gang gekommen und das Management fürchtete, daß der »Konsens« über die Produktivitätssteigerung bei Entlassungen schlagartig zusammenbrechen könnte. Außerdem wurde der historische Vertrag über die »Vier-Tage-Woche« selbst ein Baustein im Produktivitätsmanagement. In einer bisher unbekanntem Breite wurden die Schichtsysteme und Arbeitszeiten flexibilisiert, mittlerweile soll es in den Inlandswerken 150 verschiedene Arbeitszeitmodelle geben. Was in der Öffentlichkeit auch kaum bekannt wurde, ist die Besonderheit des § 4.1 des Vertrages, der lautet: *»Zur Beschäftigungssicherung kann es aus betrieblichen Gründen erforderlich sein, Umsetzungen und Versetzungen vorzunehmen. Jeder Werksangehörige ist verpflichtet, eine zugewiesene Tätigkeit zu übernehmen, wenn sie zumutbar ist. (...)«* Während der Gesamtvertrag erstmals Ende 1995 kündbar ist, wurde dieser Freibrief für die Flexibilisierung des Personaleinsatzes ausdrücklich von der Kündbarkeit ausgenommen, also dauerhaft festgeschrieben.

Die »Vier-Tage-Woche« (von den ca. 100 000 ArbeiterInnen arbeiten ca. 30 000 weiter in der 5-Tage-Woche mit verkürzter Arbeitszeit) war für VW nie eine Alternative zur »Verschlankung« der Fabriken, sondern nur eine taktische Variante ihrer Durchführung. Im gesamten VW-Imperium wurde diese »Verschlankung« gestaffelt: Die Betriebsräte der Inlandswerke, die zur VW-Aktiengesellschaft gehören, erhielten in einer Betriebsvereinbarung »Standortsicherung« die Zusage, daß bei Überkapazitäten in Inlandswerken zunächst Fremdfertigung zurückgeholt wird. Fremdfertigung ist dabei z.B. auch die Produktion bei Karmann in Osnabrück oder bei VW-Forest in Belgien.

Als im Frühjahr '94 die Autoproduktion wieder anstieg und in einigen Werken wieder Vollzeit gearbeitet wurde, entwickelte sich Unmut unter den Arbeitern über den weiteren Lohnverzicht. Wurde die Produktionsprognose daher schnell nach unten korrigiert? *»In der Belegschaft, die seit Januar durch die Einführung der 4-Tage-Woche empfindliche Einkommenskürzungen hinnehmen mußte, weckten die positiven Daten Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr zur 5-Tage-Woche. Das paßt der VW-Spitze jedoch nicht ins Konzept, Piëch korrigierte daraufhin die optimistischen Erwartungen nach unten. Für das zweite Halbjahr prognostizierte der Konzern-Chef während der Präsentation des neuen Polo in Paris rückläufige Bestellungen.«* (Spiegel, 29.8.94) Auch wenn Piëch seine propagandistische Wunderwaffe gegen die Arbeiter, den Sanierer Lopez, nun wieder loswerden will, die Umstrukturierung und »Verschlankung« im VW-Konzern ist noch längst nicht abgeschlossen. In den europäischen Auslandswerken plant VW einen weiteren Arbeitsplatzabbau, Arbeitsintensivierung und Kostensenkung. Bei steigenden Produktionszahlen scheint dies aber immer schwerer durchsetzbar.

- **SEAT:** *»Der Volkswagen-Konzern bekommt bei seiner spanischen Tochtergesellschaft keine Ruhe. Am vergangenen Wochenende kündigten Gewerkschafts-*

vertreter Widerstand gegen die weiteren Sanierungspläne der Seat-Führung an. Man werde weder die zehnpromzentigen Lohnkürzungen hinnehmen noch Samstagsschichten einlegen. Für den 20. und 27. September ist die Belegschaft zu Warnstreiks aufgerufen. Zudem wollen die Gewerkschaften 'mit allen Mitteln' die angekündigte Ausgliederung von Wartungs- und Reinigungsarbeiten an Fremdfirmen verhindern.

Seat-Präsident Juan Llorens beschuldigte die Arbeitnehmervertreter, sie seien dabei, 'mit ihrer Haltung das Unternehmen zu ruinieren'. Volkswagen habe für die Seat-Sanierung schon zwei Milliarden DM ausgegeben. die Hilfen des spanischen Staats für den Erhalt Seats von 470 Millionen DM seien ebenfalls schon zugeflossen. Jetzt liege es an der Belegschaft, ihren Teil zu leisten. Die Samstagsschichten seien im neuen Werk in Martorell dringend notwendig. Und die zehnpromzentige Lohnkürzung müsse nicht einmal das Grundgehalt der Arbeiter berühren. Man könne auch durch die Streichung von Zulagen und Gratifikationen die nötigen Summen einsparen. Seat-Arbeiter verdienten immer noch besser als ihre Kollegen in anderen spanischen Autowerken. (FAZ, 12.9.94)

- **Emden und Skoda:** »Unruhe in VW-Werken: VW will trotz Beschäftigungsproblemen im Passat-Werk Emden Kündigungen vermeiden. Der mögliche Abbau von 2500 Arbeitsplätzen solle durch Zeitmodelle aufgefangen werden, sagte ein VW-Sprecher. Personalchef Hartz hatte zuvor auf einer Betriebsversammlung die Streichung der 2500 Stellen nicht ausgeschlossen. Bei der tschechischen VW-Tochter Skoda hat der geplante Abbau von 1300 Arbeitsplätzen massive Proteste ausgelöst. (dpa)« (18.9.94)

- **Brüssel:** »Streik bei VW in Belgien: Nach zehn Tagen Streik im belgischen Volkswagenwerk in Brüssel war auch am Freitag kein Ende des Arbeitskampfes in Sicht. Erneute Verhandlungen waren am Donnerstag nach neun Stunden abgebrochen worden. Die Mehrzahl der 5850 Beschäftigten war in den Ausstand getreten, nachdem die Betriebsführung beschlossen hatte, bis 1996 insgesamt 850 Stellen abzubauen und flexiblere Arbeitszeiten zu verlangen. VW bemängelt, daß trotz hoher Investitionen die Produktivität kaum gewachsen sei. Der Vorstand hat entschieden, daß die ausgefallene Produktion (5000 Golf/Passat) nicht in Brüssel, sondern in anderen Werken nachgeholt werde. (KStA, 17.9.1994)
»VW entzieht Brüssel Teile der Produktion: (...) Der Vorstand in Wolfsburg habe auch angekündigt, daß Brüssel Gefahr laufe, aus der Produktion des binnen zwei Jahren erwarteten neuen Passat-Modells herausgenommen zu werden, hieß es in der Erklärung von VW. Das Brüsseler Werk werde als nicht mehr zuverlässig angesehen. Das sei sehr schwerwiegend, da dies im Lichte der chronischen und strukturellen Produktionsüberkapazität in der VW-Gruppe von 250 000 Fahrzeugen im Jahr gesehen werden müsse, was der Kapazität eines mittelgroßen Werkes entspreche, hieß es weiter. Der Vorstand habe aber nicht damit gedroht, das Werk in Brüssel zu schließen, sagte ein VW-Sprecher im belgischen Rundfunk. VW Brüssel stellt mit 5850 Mitarbeitern jährlich 195 000 Personenwagen der Typen Golf und Passat her. Mit dem Streik protestieren die

Arbeiter gegen die seit den Werksferien erhöhte Produktionsgeschwindigkeit sowie die Pläne für den Abbau von 850 Stellen bis Ende 1996.« (FAZ, 17.9.94)

(Auf die Streikbewegungen bei VW in Südafrika und in Brasilien können wir hier nicht näher eingehen.)

Der Streik in Brüssel: Kein »Karoshi« bei VW!

Unsere bisherigen Informationen über Beginn und Verlauf des Streiks in Belgien sind sehr lückenhaft und teilweise widersprüchlich. Wir stellen daher lediglich einige Texte zusammen. Hauptgrund des Streiks ist der angekündigte Abbau von 850 Arbeitsplätzen und das enorme Arbeitstempo. Ein weiterer Grund, der die Hoffnung auf eine Ausweitung der Streikbewegung in Belgien nährte, ist der Ende '93 von der Regierung beschlossene Sparplan, nach dem zwei Jahre lang die Löhne nicht erhöht und bei Arbeitszeitverkürzung kein Lohnausgleich gezahlt werden darf. Im Betrieb sind drei Gewerkschaften vertreten, die christliche CSC, der sozialdemokratische FGTB und eine kleine liberale Gewerkschaft. Die VW-ArbeiterInnen erhalten als Streikgeld in der ersten Woche 20 Prozent, in der zweiten 30 Prozent des Lohns.

Zunächst ein Bericht aus der französischen »lutte ouvrier« vom 16.9.94 (übersetzt vom »Bündnis kritischer GewerkschafterInnen« in Berlin):

»Streik gegen Arbeitshetze: Mit dem Ende der jährlichen Betriebsferien hat die Direktion am Montag, dem 5.9., erstmals damit begonnen, ihre Pläne einer »rotierenden Kurzarbeit«, bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitshetze, in die Tat umzusetzen, wie sie es vor Ferienbeginn angekündigt hatte. Am Mittwoch, den 7.9., traten 1000 Arbeiter der davon zuerst betroffenen Abteilung spontan in den Streik. Von ihrem Platz am Fließband aus blockierten sie schlagartig die gesamte Produktion. Am folgenden Freitag, den 9.9., schlossen sich die 5000 Arbeiter der anderen Abteilungen an.

Montag/Dienstag, 12./13.9., werden endlich auf einen Gewerkschaftsaufruf hin Streikposten aufgestellt und für Mittwoch eine Vollversammlung einberufen. Entgegen dem üblichen Verfahren hatte es nämlich die Direktion nicht für nötig erachtet, sich auf diplomatische Verhandlungen einzulassen (...). In der Abteilung, in der die Armaturenbretter gefertigt werden, befinden sich über 200 Arbeiter in »rotierender Kurzarbeit«, d.h. erhalten ca. 60 Prozent des Lohns, während für die anderen die Bandgeschwindigkeit stieg, um von den bisher 85 auf 100 Prozent der Produktionsauslastung zu gelangen. Im Übrigen sahen sich die Gewerkschaften einer Direktion gegenüber, die nicht einmal Scheinverhandlungen führte, um 860 Entlassungen durchzudrücken, obwohl weitere Produktionserhöhungen geplant sind: Dank der Flexibilisierung, der Nachtschicht und Wochenendarbeit.

Doch all dies reichte nicht, um den Gewerkschaftsführern das bißchen Entschlossenheit einzuflößen, um so ein Verhandlungsergebnis, das unter Vermittlung des Arbeitsministeriums zustande gekommen war, abzulehnen, welches besagt: Alles soll so bleiben wie vor dem 5. September. (...)

Nach dem Streikbeginn in der einen Abteilung ruhte die Arbeit auch in den anderen Abteilungen, und wenn dort der Streik auch mit Sympathie betrachtet wurde, so war es dort noch kein richtiger Streik, denn die anderen Abteilungen richteten sich auf Aus-

sperrung ein, wie es schon im Juli passiert war. (...) Doch es reichte vollkommen, daß am Freitag die Arbeiter aus der Abteilung, wo der Streik begonnen hatte, spontan in die anderen Abteilungen eindrangen und dort erklärten, warum sie die Arbeit nicht wieder aufnahmen und das Verhandlungsergebnis ablehnten, und die Streikbereitschaft setzte sich überall durch.«

Die Wochenzeitung der belgischen Partei der Arbeit (PAB, eine ML-Organisation) Solidaire gibt die Schilderung des Streikbeginns und der Forderungen durch einen Arbeiter auf einer ihrer Wahlversammlungen wieder (14.9.94):

Kein »Karoshi« bei VW! Unbefristeter Streik gegen das japanische Modell

»Der Streik bei VW begann Dienstag abend, weil wir nicht mehr am Band krepieren wollen. Wir haben maximale Akkordvorgaben von bis zu 180%, ja selbst 200%, während die maximale Belastung bei 100% liegen sollte. Wir wollen nicht mehr die Folgen des japanischen Modells, den »Karoshi« (Tod durch Überarbeitung), akzeptieren. Kein Arbeiter kann diese Überlastung verstehen zu einem Zeitpunkt, wo die Geschäftsleitung gleichzeitig 200 Arbeiter auf Kurzarbeit setzt. (...) Selbst in den Abteilungen, die nicht derartige Probleme mit den Taktzeiten haben, sind die Arbeiter dazu gebracht worden, daß sie Opfer bringen, angeblich um ihren Arbeitsplatz zu retten. Jetzt sehen sie, daß in den letzten Jahren 2000 Kollegen auf die Straße geflogen sind und daß die Geschäftsleitung weitere 850 Arbeitsplätze einsparen will. Zur gleichen Zeit verlangt die Geschäftsleitung eine Produktionssteigerung um täglich 100 Autos. Das bedeutet, daß mehr Kollegen nachts arbeiten müssen, und gleichzeitig mehr Kurzarbeit am Tage. Flexibilität je nach Auftragslage. (...) Unsere Forderungen:

- *Nein zu den Akkordvorgaben*
- *menschliche Arbeitsbedingungen für alle, angepaßte Arbeitsplätze für ältere und gesundheitlich angeschlagene Kollegen*
- *Erhalt aller Arbeitsplätze für alle 5800 Arbeiter*
- *Arbeitszeitverkürzung von 37 auf 35 Stunden«*

Keine Zeit zum Trinken, nicht einmal um zur Toilette zu gehen...

Wir wollen nicht am Band krepieren (Solidaire, 14.9.1994)

»Unsere Arbeitszeit ist in Hundertstel Minuten kalkuliert... Aber wir sind keine solchen Uhrwerke!« So ein Arbeiter der Nachtschicht in der Sattlerei. »Unsere Mannschaft hat die Arbeit einfach hingeschmissen. Das ist das erste Mal, daß so etwas hier geschieht.« Früher hatten wir ein Pensum von drei Golf und einem Passat. Jetzt sollen wir acht Golf und einen Passat schaffen. Im Prinzip macht ein Golf weniger Arbeit. Aber mit all den Sonderwünschen, die dazu kommen, ist das nicht mehr der Fall. Der TDI z.B. dauert viel länger. In so einem Fall beträgt die Belastung bei uns bis zu 300 Prozent! Kein Mensch kann das durchhalten. Früher waren wir zu dritt beim Montieren der Sicherheitsgurte. Heute sind wir nur noch zwei. Nachts muß man sich in ein Auto 102 Mal hineinsetzen und wieder herauskommen. Derjenige, der die ganze Nacht die kurzen Gurtstücke montieren muß. Wir haben nicht mehr genug Zeit, um auf die Toilette zu

gehen oder ein Glas Wasser zu trinken. Eine verklemmte Schraube, und du bist im Rückstand.

Bei uns alt werden, das ist verboten...

Mit 40 Jahren wird man aussortiert. Früher gab es Arbeitsplätze für Kollegen, die am Band nicht mehr mithalten konnten. Jetzt kommen die Teile fertig vom Zulieferer. Die Vorbereitungsarbeitsplätze gibt es nicht mehr.

Wer sein Leben lang in der Blechbearbeitung gearbeitet hat, sieht sich jetzt durch einen Roboter ersetzt. Er muß ans Band, wo er die Zeitvorgaben nicht erfüllen kann. Er wird krank. Er kommt wieder, und wird wieder krank. Wer vier Mal in einem Jahr krank war, wird entlassen. Das sind die sogenannten »natürlichen Abgänge«.

Dann die Kollegen, die in der Grube arbeiten. Sie arbeiten die ganze Nacht mit erhobenen Händen. Ich weiß nicht, wie sie das überhaupt schaffen.

Früher gab es einen Inspekteur, der die Wagen kontrolliert hat und einen Kollegen, der Fehler korrigiert hat. Jetzt müssen wir alles selber machen. Wir müssen die Schrauben anziehen und selbst die Sicherheitspunkte bestimmen. Das heißt dann »Verantwortung übernehmen«! Wir sagen, daß wir auf diese Weise immer die Schuldigen sind. Man gibt uns keine Verantwortung, sondern nur ein Übermaß an Streß.

Man fordert von uns Qualität, »absolute Qualität«, aber gleichzeitig wollen sie immer mehr Quantität. Immer mehr und immer besser produzieren, sagen sie. Wir sagen: Schnelligkeit und Qualität gleichzeitig ist unmöglich!

Mörderische Konkurrenz – für die Arbeiter

Vor einigen Monaten wurde ein Arbeiter auf der Brücke zerquetscht. Er kehrte nachts von der Pause zurück, zu Tode erschöpft. Und im letzten Jahr hat sich Simon, mit dem ich selbst noch zusammen gearbeitet habe, erhängt. Kaputt von der Not und dem Streß. Neulich ging ein Kollege zum Betriebsarzt, weil er unter einem schmerzhaften Jucken am Rücken litt. Es wurde festgestellt, daß er eine Gürtelrose hatte, eine ansteckende und gefährliche Krankheit. Trotzdem mußte er bis zur Pause bleiben. Und sie hatten sogar die Stirn, von ihm zu fordern, daß er am nächsten Tag wieder zur Arbeit kommen mußte. Bei uns kommen die Arbeiter sogar zur Arbeit, wenn sie ein Bein oder einen Arm gebrochen haben. Sie wagen es nicht, das abzulehnen!

Beim Streikpostenstehen waren viele Leute und es gab gute Diskussionen. Elektriker, Mechaniker, aber auch Kolleginnen und Kollegen von der Reinigungsfirma (einer Fremdfirma), alle sind solidarisch. Ein junger Arbeiter aus der Sattlerei: »Die Chefs sagen: Ihr werdet 100% bezahlt, also müßt ihr auch 100% arbeiten! Aber nicht einmal diejenigen, die die Arbeit gewöhnt sind, kommen noch nach. Man hat keine Zeit mehr, um Fehler zu korrigieren. Wenn man früher ein fehlerhaftes Teil hatte, hatte man Zeit, es zu ersetzen. Und da fordern die Qualität! Es gibt viele Behälter mit Teilen, die über 20 m entlang dem Band verteilt sind. Man muß den ganzen Tag rennen. Am Abend ist man fertig. Ich bin jung, aber trotzdem bin ich immer total ausgelaugt. Es gibt viele, die erst einmal eine oder zwei Stunden schlafen, wenn sie heimkommen. Ich kenne auch welche, die Beruhigungstabletten einnehmen, bevor sie zur Arbeit kommen. Wenn ich zur Toilette muß, renne ich vorher eine Stunde, um ein bißchen Zeit voraus zu gewinnen. Unmöglich, sich mit den Kollegen neben Dir zu unterhalten. Es gibt Arbeitsplätze,

wo man sich nicht wegrühren kann, Ersatzleute kommen nur zu ganz bestimmten Zeiten, und wenn Du das Pech hast, ganz am Anfang oder ganz am Ende der Gruppe zu sein...«

Ähnliche Konflikte bei Ford und Renault

»Der VW-Streik wird zum Vorbild für andere Betriebe. In Belgien gab es kürzere Streiks bei GM und Ford. Bei Renault in Belgien streikten 12 Kollegen gegen eine Verschärfung der Taktzeiten in der Montage der Armaturen. Als daraufhin die gesamte Fabrik stand, gab die Geschäftsleitung nach und stellte drei weitere Kollegen ans Band. Bei allen Autobetrieben in Belgien wird diskutiert, sich dem Streik der VW-Kollegen anzuschließen.« (Rote Fahne, 24.9.1994)

Zwei Arbeiter von Ford in Genk berichten:

Jean: *»Die Wochen vor dem Urlaub war es höllisch hier wegen der Hitze und der erhöhten Bandgeschwindigkeit. Die Leute kippten um aus Sauerstoffmangel. Ein kurzer Streik von 20 Minuten fand statt.«*

Michel: *»Nach dem Urlaub ging das Gleiche wieder los. Die Hitze und die Bandgeschwindigkeit waren unerträglich. In der dritten Augustwoche gab es einen Streik an der Produktionslinie 'Motoren'. In dieser Abteilung arbeiten sechzig Leute. Ein junger Kfz-Mechaniker wandte sich weinend, am Rande eines Nervenzusammenbruchs an den Meister: er könne das Tempo nicht halten. Dem Meister fiel nichts Besseres ein, als den Jungen zu ersetzen durch einen älteren Arbeiter aus der Vormontage. Das war zuviel. Die ganze Abteilung legte die Arbeit nieder. Der Streik dauerte von der Pause bis 14 Uhr. Die Karosserien konnten nicht fertiggestellt werden, sie stehen noch immer draußen, mit Plastik abgedeckt.« (Solidaire, 21.9.94)*

Streikende

Entscheidend für den Streikabbruch am Freitag, den 30.9., war die Verfügung eines Gerichts, daß die Streikposten, die die Tore blockieren, für jeden Arbeitswilligen, der von ihnen am Zutritt zur Fabrik gehindert wird, 100.000 Francs (ca. 5000 DM) zahlen müssen. Die Geschäftsleitung hatte es geschafft, durch eine riesige Presse- und Medienkampagne innerhalb von drei Tagen tausend Arbeitswillige zusammenzubekommen (die Leute von der PAB schätzen, ca. 700 Angestellte und 300 Arbeiter). Am Mittwoch hatte sie bereits eine Demonstration der Arbeitswilligen vor dem Tor organisiert und angekündigt, daß jeder Arbeitswillige ab Donnerstag morgen wieder arbeiten könne. Daraufhin kamen die Gewerkschaften am Donnerstag zu einer Übereinkunft mit der Geschäftsleitung, die außer einer zusätzlichen fünf-minütigen Pause keinerlei Verbesserung gegenüber dem bereits zuvor erzielten Kompromiß enthält: Von den 850 bedrohten Arbeitsplätzen werden 350 erhalten, etwa 300 Kollegen sollen über Frühverrentung ausscheiden, die Arbeitszeit wird auf 36 Stunden gesenkt. Dafür stimmte die Gewerkschaft der Arbeit in Nachtschicht zu, wenn eine bestimmte Produktionszahl überschritten wird. Dieses Ergebnis wurde den ArbeiterInnen am Freitag in einer Versammlung vorgestellt, ohne darüber abzustimmen. Am Montag, den 3. Oktober, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. ■

Hundsgemein:

Ein weiteres Modell von flexibler Gruppenarbeit

Dieses Beispiel von neuzeitlicher Arbeitszeitflexibilisierung und Gruppenarbeit spielt sich in einem Kölner Lagerbetrieb ab, mit etwas über hundert gewerblich Beschäftigten. Vor zwei Jahren begann die Einführung neuer Technik, mit der nach und nach das gesamte Lager modernisiert und teilautomatisiert wurde. Die Umbauphase ist jetzt weitgehend abgeschlossen.

Schon bei der Planung der Technikumstellung war ständig von Gruppenarbeit die Rede. Daß die Vorarbeiterinnen dann plötzlich Gruppenleiterinnen genannt wurden, hatte aber erstmal keine größeren Veränderungen zur Folge. Anders wird das mit dem Modell werden, das jetzt mithilfe einer Unternehmensberatungsfirma ausgeheckt wurde und seit Anfang September in Kraft ist: Eine Mischung aus »selbstorganisierter« Arbeitszeitflexibilisierung und Prämienlohn, mit der auf perfide Weise Antreiberei und Streitereien um freie Stunden oder Tage von der Hierarchie weg in die Gruppen selbst verlagert werden sollen.

Schon die neue Technik hat zu einer ziemlichen Arbeitsverdichtung geführt. Die langen Wege quer durchs ganze Lager wurden abgeschafft. Die Ware läuft jetzt auf Förderbändern von Abteilung zu Abteilung. Diese »Arbeiterleichterung« hat uns die Möglichkeit geraubt, uns im ganzen Betrieb rumzutreiben, KollegInnen aus anderen Abteilungen zu treffen und mit ihnen in den vielen schwer einsehbaren Winkeln zwischen den Regalen Schwätzchen zu halten. Wir stehen seitdem mehr oder weniger an einem Arbeitsplatz bzw. in einem Bereich, und sind dadurch wesentlich besser kontrollierbar.

Neben dieser Frage der Kontrolle hatte die Firma aber noch ein weiteres Problem: Die Ware ist saisonabhängig. Von September bis Januar bestellen die Händler viel, und im Sommer ist Flaute. Die Saison wurde bisher mit jeder Menge Aushilfen (befristete Verträge für die ganze Saison und kurzfristig eingestellte StudentInnen) und mit Überstunden bewältigt.

Trotz aller neuen Technik war das Lagerleben in den letzten beiden Sommern noch relativ erträglich. Sie hatten einfach nicht genug Aufträge, um uns die ganze Schicht lang damit zu nerven. Und so kam es immer wieder zu der für Chefaugen unerträglichen Situation, daß ArbeiterInnen schwätzend in Ecken oder auf leeren Bändern saßen und kaffeetrinkend ihr Geld verdienten. Trotz diverser Schikanen – wie z.B. unsinnige Arbeiten, die sie sich ausgedacht haben, oder Abschließen der Tür zum Sonnenplatz vor der Halle – lehnten doch die meisten das Angebot, bei Arbeitsmangel früher nachhause zu gehen (und auf den Lohn für diese Stunden zu verzichten) ab.

Die Firma bezahlte uns also im Sommer streckenweise fürs Nichtstun, und mußte im Winter zusätzlichen Lohn für Überstunden und Aushilfen rausrücken. Wenn das kein Rationalisierungspotential ist! Eine weitere Reduzierung der Stammebelegschaft kam nicht in Frage, weil sonst in der Saison durch zu viele Aushilfen die Fehlerquote explodieren würde. Stattdessen der geniale Schachzug: Jahresarbeitszeit!

Der IGM Tarifvertrag stellt dafür kein Hindernis mehr dar. Seit dem 1. April 94 gilt der »Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung«, mit dem der Ausgleichszeitraum für unreelmäßige Arbeitszeiten von 6 auf 12 Monate verlängert wurde.

1. Das neue Arbeitszeitmodell: Voll flexibel

Jahresarbeitszeit bedeutet, daß wir immer denselben Monatslohn bekommen, dafür aber in der Saison mehr und bei Auftragsflaute weniger Stunden arbeiten. Das Jahr beginnt am 1. September. In der dann beginnenden Saison sollen je nach Auftragslage Überstunden gemacht werden, die aber nicht ausbezahlt, sondern auf ein »Plusstundenkonto« verbucht werden. In der Zeit mit weniger Aufträgen sollen diese Plusstunden dann durch Freizeit (früher nachhause gehen oder auch mal ganze Tage frei, allerdings höchstens drei am Stück) wieder abgebaut werden, so daß Ende August das Stundenkonto wieder ausgeglichen ist. Falls das nicht der Fall ist, wird der Lohn für die Plusstunden ausbezahlt, bzw. bei Minus abgezogen: »Zeitschuld führt zu einem entsprechenden Entgeltabzug.« Auf dem Zeitkonto können bis zu 150 Plus- und 50 Minusstunden gemacht werden. Mehrarbeitszuschläge gibt es erst ab einem Pluskonto von 100 Stunden.

Nichtausgeglichene Stundenkonten im August sind gleichzeitig ein Indikator für die Personalplanung. Der Betriebsrat hat immer betont, daß Plusstunden, die nicht abgefeiert werden konnten, dann der Beweis wären, daß mehr Personal eingestellt werden müßte. Über den umgekehrten Fall, daß Minusstunden nicht wieder ausgeglichen wurden, wurde vorsichtshalber nicht geredet.

Die meisten Frauen haben Teilzeitverträge mit 23 Wochenstunden. Nicht alle freiwillig: Die Firma stellt seit Jahren keine Frauen mehr auf Vollzeit ein. Der Firma stand damit schon vorher ein relativ großes und billiges Überstundenpotential zur Verfügung¹. Für das neue Modell ist die Teilzeitarbeit Voraussetzung, denn bei VollzeitarbeiterInnen wäre der Spielraum für Mehrarbeit zu klein.

Bisher gab es bei den Teilzeitarbeiterinnen zwei feste Schichten. Die einen arbeiteten nur vormittags, die anderen nur nachmittags (was bei der Spätschicht schon öfters zu Unmut geführt hatte). Für das neue Modell wurde jetzt Wechselschicht eingeführt. Dies war ebenfalls Bedingung dafür, daß das Modell funktioniert, da die »Minusstunden« in der Regel nur in der Spätschicht anfallen. Die Tagesaufträge werden bis 13 Uhr ins System eingegeben, und erst danach kann wirklich ausgerechnet werden, wieviele Kolleginnen »zuviel« sind. Es kam zwar früher schon vor, daß auch Kolleginnen aus der Frühschicht auf eigenen Wunsch mal früher gegangen sind, wenn sie was vorhatten und abzusehen war, daß an dem Tag nicht mehr allzuviel zu tun sein würde. Aber in der

¹ Für Überstunden von TeilzeitarbeiterInnen, die im Rahmen der tariflichen Arbeitszeit bleiben, brauchen laut dem in diesem Fall geltenden IGM-Tarifvertrag (wie auch den meisten anderen) keine Zuschläge gezahlt zu werden. Die werden erst fällig, wenn die für Vollzeit festgelegte tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit überschritten wird. Es gibt allerdings ein erstinstanzliches Arbeitsgerichtsurteil aus Hamburg, wo teilzeitarbeitende Frauen Überstundenzuschläge eingeklagt und Recht bekommen haben. Die Richter haben das damit begründet, daß Teilzeitarbeit hauptsächlich von Frauen gemacht wird, und daß es eine Diskriminierung darstellt, wenn sie für die über ihren Vertrag hinausgehenden Arbeitsstunden keine Zuschläge bekommen. Aus der Überlegung, eine solche Klage auch in diesem Betrieb zu versuchen, ist aber nichts geworden.

Frühschicht werden sicher nicht in dem Maße Minusstunden gemacht werden können, wie sie es zum Ausgleich für die ganzen in der Saison nötigen Überstunden brauchen, die ja ebenfalls vor allem in der Frühschicht gemacht werden, indem die Kolleginnen nach Bedarf länger bleiben. Durch die Wechselschicht kommen nun alle gleichermaßen in den Genuß der Flexibilität und können wochenweise wechselnd gefragt werden, ob sie früher gehen oder länger bleiben wollen.

Daß wir während der Zeit im Betrieb miteinander reden, ist wohl nicht mehr erwünscht, denn: »Zur freieren Gestaltung der Arbeitszeit, zur Reduzierung der Wartezeiten in der Kantine und zur besseren Anlagennutzung werden auch die Pausenzeiten flexibel gestaltet.« (Betriebsvereinbarung) Vorher gab es drei Pausen, in denen die Anlage abgeschaltet wurde. Jetzt läuft sie durchgehend, und wir müssen in der Gruppe absprechen, wer innerhalb der »Pausenfenster« wann Pause macht. Als Zückerchen gibt's dafür gratis Kaffee von der Firma, und den dürfen wir dann zu zweit oder sogar alleine in einer fast leeren Kantine trinken. Als sicher nicht ungewünschter Nebeneffekt des fast ständig am Arbeitsplatz bereitstehenden Kaffees fallen auch viele der Wege zum Kaffeautomaten außerhalb der Pausenzeiten weg. Die Zeit der Gruppendiskussionen ist mit der Gruppenarbeit vorbei – sogar in der unbezahlten Pausenzeit. (Vielleicht werden sie irgendwann noch Gruppenbesprechungen einführen, aber das ist natürlich was anderes als unsere alten Pausenrunden).

Die übliche Arbeitszeit läuft von 8.15 bis 18 Uhr. Als weitere Flexibilisierung kann sie jetzt von der »Lagerleitung« innerhalb der Betriebszeit von 6 bis 20 Uhr »angepaßt« werden. Betriebszeit erweitert, Überstunden in Plusstunden umbenannt, also keine lästigen Anträge mehr beim Betriebsrat – wie praktisch!

Der Trick: Die Koppelung mit dem Prämienlohn

Die flexible Arbeitszeit, das mehr oder weniger Stunden arbeiten je nach Auftragslage, ist freiwillig. Im Prinzip. Als Anreiz wurde eine neue Produktivitätsprämie eingeführt. Es gab vorher den sogenannten Bonus, eine Zulage von maximal ca. 70 Pfennig pro Stunde, die alle Beschäftigten (unabhängig von der Abteilung) gleichermaßen bekamen, wenn die Tagesaufträge rechtzeitig rausgingen. Der war Mitte 1990 eingeführt worden, nachdem es Auseinandersetzungen um das Wechseln von Arbeitsplätzen gegeben hatte, die Zuständigkeit dann per Dekret auf alle Arbeitsplätze der Abteilung erweitert und wir zum ersten mal »Gruppe« genannt wurden. Die größere Flexibilität konnte nach und nach durchgesetzt werden. Dieser Bonus war aber dermaßen undurchschaubar und gering, daß er zur Antreibung nicht allzuviel taugte. Nur kurze Zeit nach der Einführung meinten einige KollegInnen, deshalb durch die ganze Abteilung rennen zu müssen, konnten aber in der Regel von den Übrigen schnell wieder beruhigt werden: »Willst du dich wegen den paar Pfennig etwa abhetzen?«

Die neue Prämie geht bis zu 3 Mark pro Stunde (bei ca. 17,50 Stundenlohn), und wird gruppenweise berechnet. Die Produktivität jeder Gruppe wird genau erfasst: Wieviele KollegInnen haben pro Stunde wieviele Aufträge bearbeitet. Jede muß für jede Schicht einen Zettel ausfüllen, von wann bis wann sie wo gearbeitet hat, den die Vorarbeiterin abzeichnen muß.

Ziel der Prämie ist es laut Betriebsvereinbarung,

»die Mitarbeiter zu motivieren, um

- die Qualität zu verbessern

- die Ausfallzeiten zu reduzieren

- Wartezeiten zu minimieren

- die Produktivität zu steigern

- den kontinuierlichen Verbesserungsprozeß einzuleiten und voranzutreiben«.

Falsch bearbeitete Aufträge müssen ab jetzt von der Gruppe selbst korrigiert werden. Vorher hat das die Kontroll-Abteilung erledigt. Jetzt stellt sie nur noch die Fehler fest und ruft in der entsprechenden Abteilung an, damit die den Karton wieder holen kommen und selbst in ihrer Prämienzeit korrigieren. Nach dem Motto: Qualität zahlt sich aus. »Warten« auf Aufträge an einem Arbeitsplatz (im Klartext: das zwischendurch Rumsitzen) geht nicht mehr nur auf Kosten der Produktivität, sondern auch der Prämie – also lieber schnell gucken, ob woanders nicht noch was zu tun ist. Ausfallzeiten werden erst ab 15-minütiger Dauer aus der Prämienzeit rausgerechnet und im Durchschnitt bezahlt. Dies betrifft nur größere Störungen wie Computerausfall oder Schäden an der Fördertechnik, für die die Handwerker geholt werden müssen. Bei den vielen kleinen Ausfällen, wo das Band abgestellt werden muß, um verklemmte Kartons auseinanderzuzerren, liegt es nun im Prämieninteresse der Gruppenmitglieder, das möglichst schnell zu regeln, wieder »Band an« zu brüllen oder gar selbst zum Schaltkasten zu laufen, wenn da grade kein Vorgesetzter in der Nähe ist. Und wenn in der Spätschicht nicht mehr »genug« Aufträge da sind und trotzdem niemand frühzeitig nachhause geht, dann sinkt für alle Gruppenmitglieder, auch für die der Frühschicht, an diesem Tag die Prämie.

Die von der Gruppe erreichte Prämie wird für jeden Tag ausgerechnet, in einem Diagramm ausgedruckt und ausgelegt. Schlauerweise wird für die Halle nur der DM-Betrag ausgedruckt, nicht aber der Produktivitätsfaktor. Wenn die Maximalprämie erreicht ist, kann die Gruppe also nicht ablesen, ob sie nicht viel zu viel reingehauen hat und mehr gearbeitet hat, als für die drei Mark nötig war. Dieser Überschuß geht den ArbeiterInnen zwar nicht unbedingt verloren, da er mit anderen Tagen, an denen die Maximalprämie

nicht erreicht wird, irgendwie verrechnet wird. Aber wenn eine Gruppe ständig weit über dem Maximum liegt und es nicht merkt, weil das Produktivitätsdiagramm sicher nicht zufällig nur im Büro und nicht in der Halle liegt? Dann sieht sie von dem Über-

Die Prämie wird durch den Produktivitätskennwert bestimmt, der sich nach folgender Formel berechnet:

$$P\text{-Kennwert} = \frac{\Sigma \text{ Gutmenge} * te + \Sigma \text{ fixe Stunde}}{\Sigma \text{ Anwesenheitszeit} - \Sigma \text{ Ausfallzeit}}$$

Der Produktivitätskennwert wird dann in den Prämiengrad umgerechnet:

$$\text{Prämiengrad} = \text{Produktivitätskennwert} - 0,84 * 68,4\%$$

Usw. Auf welcher Grundlage die Prämie berechnet wird, versteht in den »Gruppen« sowieso niemand. Dies nur als Beispiel dafür, wie versucht wird, die ArbeiterInnen mit der »Wissenschaftlichkeit« der Lohngestaltung zu beeindrucken.

schoß keinen Pfennig, und irgendwann werden sicherlich die Normen hochgesetzt und die Prämie gedrückt.

Drei Mark pro Stunde sind schon ein beträchtlicher Lohnbestandteil, auf den Grundlohn gerechnet eine Prämie von 17,1%. Teilzeitarbeiterinnen können jetzt pro Monat bis zu 300 Mark brutto mehr verdienen (oder bei Plusstunden noch mehr), wenn sie entsprechend produktiv sind. Es ist zu befürchten, daß diese Prämie tatsächlich als Anreiz wirkt, sich kaputtzuschuften, gut zu arbeiten und freiwillig noch flexibler zu sein. Und außerdem ist mit dieser »Lohnerhöhung« wahrscheinlich eine Forderung erstmal vom Tisch, die nach Einführung der ganzen Technik öfters geäußert wurde: Daß für die Arbeit mit so vielen Lämpchen, Knöpfen und Computern, mit Verantwortung, Aufpassen und Mitdenken, endlich mal wieder eine Erhöhung der Lohngruppe für die Frauen fällig wäre.

Gruppenterror

Die Verteilung von Arbeit und Arbeitszeit ist Sache der Gruppe. Die Vorarbeiterin hat nur die Aufgabe, die Sollzahlen bekanntzugeben, z.B.: »Es sind nur noch soundsoviele Aufträge unterwegs, vier Kolleginnen sollten jetzt nachhause gehen«. Die Streiterei, wer an einem verregneten Mittwoch früher geht und sich damit Minusstunden einhandelt, dürfen die Kolleginnen unter sich ausmachen.

Außerdem sind alle Gruppenmitglieder für sämtliche Arbeitsplätze der Gruppe verantwortlich, sollen sich selbst entsprechend der anfallenden Arbeit verteilen und ständig gucken, ob nicht an einem anderen Arbeitsplatz noch mehr zu tun ist, um dann ohne Aufforderung dort hinzuspringen, bzw. sich gegenseitig aufzufordern und zu verteilen. Die typischen fiesen Vorarbeiterinnenaufgaben wie Antreiberei, Arbeitseinteilung oder Ablehnung von Anträgen auf freie Tage sollen damit auf die Gruppe verlagert werden. Statt uns mit Vorarbeiterin oder Meister zu streiten, oder gar zum Betriebsrat zu rennen, um einen spät beantragten Urlaub in hektischer Zeit doch noch durchzusetzen (was öfters vorkam, weil sich dann jedesmal rausstellte, daß keine Urlaubssperre vereinbart war), sollen wir uns jetzt untereinander streiten. Und wer wird dann noch zum Betriebsrat gehen, wenn die eigenen Kolleginnen der Meinung sind: Du bist jetzt aber nicht dran!

Arbeitsplatzflexibilität

Dieses Thema ist auch in diesem Betrieb uralt. Sie haben es geschafft, das vor vielen Jahren noch übliche Sich-Festhalten an einem ganz bestimmten Arbeitsplatz nach und nach aufzuweichen. Jede konnte an jedem Arbeitsplatz ihrer Abteilung eingesetzt werden. Es sind auch fast nie so viele Leute da, daß alle Arbeitsplätze besetzt wären. Freiwillig und unaufgefordert wechselten die Kolleginnen aber (von ein paar übereifrigen Ausnahmen abgesehen) höchstens an einen von ihrem Platz aus direkt sichtbaren anderen, wenn am eigenen überhaupt nichts mehr zu tun war. Die beiden Kleinkommissionierabteilungen sind auf je zwei Etagen verteilt. Nur ganz Arbeitswütige kamen auf die Idee, bei Flaute in der eigenen Etage in der anderen gucken zu gehen. Die meisten setzten sich in solchen Fällen hin und machten Pause. Gruppe und Prämie sollen das nun ändern.

Um das Springen in andere Abteilungen hatte es z.B. vor vier Jahren einige Ausein-

andersetzungen gegeben, bis dann eine SpringerInnenprämie eingeführt wurde. Bestimmte KollegInnen bekamen einen monatlichen Festbetrag und waren dafür bei Bedarf zum Springen verpflichtet. In der Anfangszeit der neuen Anlage, ab Herbst 92, wurde erstmal niemand mehr rumgeschickt. Als es dann langsam wieder losging, kam es wieder zu Streitereien mit Vorgesetzten, weil niemand mehr so recht wußte, wer eigentlich noch Springerin war. Sie versuchten, das Springen allgemein durchzusetzen, mit dem genialen Argument, daß die gesamte Anlage jetzt eine einzige Abteilung wäre. Manche machten es daraufhin, andere blieben bei ihrer Weigerung. Mit der Gruppenarbeit wurden die festen SpringerInnen abgeschafft und eine neue Vereinbarung abgeschlossen, nach der alle hüpfen sollen: Alle bekommen für die Stunden, die sie in einer anderen Gruppe arbeiten, 10% Zulage. Durch das Prämiensystem wird die Bereitschaft zum Rumhüpfen erhöht, weil die Alternative bei Arbeitsflaute in der eigenen Abteilung dann eben heißt: Nachhause gehen, oder woanders weiterarbeiten.

2. Durchsetzung des Modells mit Betriebsrat und Einzelbesprechungen

Der Betriebsrat war für eine Änderung der Arbeitsorganisation, eine »bessere« Verteilung der Arbeitszeit und Produktivitätssteigerung grundsätzlich aufgeschlossen, und hat in der Auseinandersetzung mit der Unternehmensberatungsfirma – wie üblich – »das Schlimmste verhindert«. Prinzipielle Einwände gegen Gruppenarbeit hatte der Betriebsrat sowieso nicht, im Gegenteil: Er war es, der das Thema als erster in diesem Betrieb aufgebracht hat (was der Linie der zuständigen Gewerkschaft IGM entspricht).

Es ist nichts besonderes, daß Betriebsräte großes Verständnis haben für den kapitalistischen Sachzwang, nach einer solchen Investition in neue Technik die Produktivität ordentlich zu steigern. In diesem Fall kommt sicher noch dazu, daß der Betriebsrat in den letzten zwei Jahren mehr als 200 Arbeitsplätze »abwickeln« mußte: Die Fabrik, die der Konzern ebenfalls in Köln hatte, wurde in zwei Etappen geschlossen, und die neue in Holland gebaut. Dort sind angeblich Strom und ArbeiterInnen billiger. LKW-Fahrer, die von dort die Ware liefern, erzählten dann, daß dort noch eine große Halle wäre, in die das Lager gut reinpassen würde. Wäre es da nicht denkbar, daß die Firma irgendwann die ganzen neuen Regale wieder abschraubt und auch das Auslieferungslager nach Holland verlagert, wenn die Kölner Belegschaft nicht richtig mitzieht?

Betriebsleitung und -rat waren sich also beim Ziel der Produktivitätssteigerung grundsätzlich einig. Ihnen war aber sicher klar, daß sie bei einer so einschneidenden Änderung vorsichtig vorgehen müßten. Vor vier Jahren hatten sie mal eine Veränderung der Arbeitszeiten und Verlängerung der Teilzeitschichten um eine halbe Stunde vereinbart und ohne Vorabdiskussion am schwarzen Brett kundgetan. Daraufhin mußten sie sich eine Woche lang mit wütenden kaum arbeitenden Arbeiterinnen rumschlagen und ständig Abteilungsversammlungen abhalten, um die Wogen wieder zu glätten.

Diesmal waren sie geschickter. Wieder keine Diskussion vorher, kein Flugblatt, keine Abteilungsversammlung, auf der das neue Modell erklärt worden wäre, aber dafür wurde jede Kollegin einzeln zu einem Gespräch mit Personalchef und Betriebsrat ins Büro geholt. Dort wurde das neue Modell in allen seinen Vorzügen geschildert (»Sie haben dann im Sommer mehr Freizeit, Sie verdienen mehr durch die Prämie, Sie können alles selbst in der Gruppe entscheiden, die Vorarbeiterin hat da nichts mehr zu sagen«).

Als »Information« wurde ein Blatt mit den Logos von Betrieb und Unternehmensberatungsfirma ausgehändigt, dem wirklich nichts zu entnehmen war:

»Arbeitszeitmodell:

- * *es existieren drei Schichtzeiten, Vollzeitschicht, Teilzeit Frühschicht, Teilzeit Spätschicht*
- * *alle Mitarbeiter einer Schicht beginnen gleichzeitig die Arbeit (Frühschicht 8 Uhr, Spätschicht 13.30 Uhr)*
- * *Teilzeitkräfte arbeiten in Wechselschicht (z.B. wöchentlicher Wechsel von Früh- und Spätschicht)*
- * *Das Arbeitsende der Vollzeitkräfte und der Teilzeitkräfte in der Spätschicht richtet sich nach dem täglichen Arbeitsvolumen*
- * *Die Differenz der täglich geleisteten Stunden und der vereinbarten Arbeitszeit werden in einem Jahresarbeitszeitkonto geführt*
- * *Während der Saison leisten die Mitarbeiter Mehrarbeit, z.B. in Form von Vorverlegung des Arbeitsbeginns oder Überstunden*
- * *Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit Zeitguthaben unter Berücksichtigung der Auftragslage in Freizeit umzusetzen.«*

Wer bei dieser Überraschungstaktik, einzeln beim Personalchef einen solchen Wisch in die Hand gedrückt zu kriegen, überhaupt noch darauf reagieren konnte, also z.B. nachfragte, ob der Satz mit dem »Arbeitsende« etwa bedeuten würde, daß man abends noch länger bleiben müßte, wurde schnellstens beruhigt: Nein, nein, das ist alles freiwillig.

Schwerpunkt war bei diesen Einzelgesprächen die Frage nach »persönlichen Gründen« (Kinder, pflegebedürftige Angehörige usw.), die einer Wechselschicht im Wege stünden. Und danach dann die Frage, ob man damit einverstanden wäre. Diese Befragung lief nicht völlig reibungslos. Es gab auch Kolleginnen, die Nein gesagt haben, ohne sich auf die Frage der persönlichen Begründungen einzulassen. Aber die Mehrheit hat sich einverstanden erklärt. Warum? Warum lassen sich mehr als 50 Frauen auf diese Weise einzeln bearbeiten, ohne tatsächliche Information und gemeinsame Diskussion zu fordern und durchzusetzen?

Genauer kann ich dazu leider nicht sagen, da ich in dieser entscheidenden Phase (wie auch später in der ersten Woche der Einführung) nicht im Betrieb war. Also nur ein paar Vermutungen:

Sie haben die Situation sehr geschickt konstruiert. Alleine in das Büro des Personalchefs zu müssen, wo frau sonst nie hinkommt, hat an sich schon etwas Einschüchterndes. Und da der Betriebsrat gleich dabei saß, war das Ganze ein abgeseignetes Verfahren. Eine Kollegin meinte: *»Wenn ich sehe, daß der Betriebsrat da mit beim Personalchef im Büro sitzt, dann weiß ich doch Bescheid: Der ist damit einverstanden, die haben das längst beschlossen, da ist nichts mehr gegen zu machen«*. Anders war das z.B. vor einigen Jahren, als die Firma versucht hatte, zwecks Einschüchterung sogenannte »Sozialgespräche« mit einzelnen Kolleginnen zu führen, die viel krank gewesen waren. Dieser Versuch ging nach den ersten Gesprächen baden, weil es Proteste gab, die Kolleginnen einfach nicht mehr hingegangen sind – und der vorher nicht informierte Betriebsrat sich einschaltete und vehement dagegen aussprach.

Ein anderer Grund ist sicher die allgemeine Einschüchterung durch »die Krise«. Obwohl dieser Konzern fette Gewinne macht, wirkt sich doch das allgemeine gesellschaftliche

Krisenklima aus, und außerdem steht das Lehrstück der Fabrikschließung und -verlagerung im Raum. Viele haben eine diffuse Angst davor, »was da wohl noch alles auf uns zukommt«. Und auch wenn im Zusammenhang mit dem neuen Modell nie von Entlassungen (von Festangestellten) die Rede war, so wissen doch alle, daß zumindest die ganzen Aushilfen gehen müssen und in den letzten Monaten nur noch kurzfristige Verträge bekommen haben.

Neben der Einschüchterung sollten die Einzelgespräche wahrscheinlich auch das Gefühl vermitteln, ernst genommen zu werden: Der Personalchef persönlich kümmert sich darum, was mit den Kindern der Kolleginnen ist! Sogar von einem möglichen Betriebskindergarten wurde rumgeschwafelt. Durch die Verlagerung des Gesprächs auf die persönlichen Lebensumstände haben sich viele nicht mehr getraut, nein zu sagen, wenn sie keinen »persönlichen Grund« angeben konnten.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, daß fast alle Spätschichtkolleginnen lieber Wechsel- als wie vorher nur Spätschicht machen (und die Wechselschicht war das Hauptthema der Befragung). Bei Kolleginnen, die früher schon immer Überstunden gemacht haben, weil sie als Alleinstehende mit dem Teilzeitlohn nicht auskommen, (und das ab jetzt nicht mehr ausgezahlt bekommen, also aus finanziellen Gründen gegen das Modell waren), wurde am Ende geschickt gefragt: »Aber mit der Wechselschicht sind Sie doch einverstanden?« Und schon wieder konnte ein Name auf der Liste mit »Ja« abgehakt werden...

Vor allem aber kannte keine zum Zeitpunkt dieser Befragung, als sie ihre Zustimmung gab, das Modell. Es war nur nebulös von Prämie, mehr Geld und Freiwilligkeit die Rede, aber die Verkoppelung von Arbeitszeit und Prämie und der daraus folgende Gruppenterror war zu diesem Zeitpunkt keiner Kollegin klar.

Für einige Kolleginnen, die »persönliche Gründe« angegeben hatten, wurde die Sonderregelung getroffen, daß sie ihre alte Schicht beibehalten. Ansonsten ist das Modell seit zwei Wochen in Kraft. Erst als alles unterschrieben war, wurde es auf einer Abteilungsversammlung erklärt. Im Nachhinein sehen die Einzelgespräche wie eine demokratische Abstimmung aus: Sie haben uns gefragt, wir haben zugestimmt. Durch die vorgetäuschte Pseudo-Abstimmung herrscht nun das Gefühl vor: Es ist zu spät, wir können nichts mehr machen, das haben wir verpasst, da hätten wir früher nein sagen müssen...

3. Erste Erfahrungen

Es ist erschreckend, wie sehr sich das Klima in dieser kurzen Zeit verändert hat. Eine bisher unbekannte Hektik ist ausgebrochen. Ständig fällt das Wort Prämie, alle rechnen mit ihren Plus- und Minusstunden rum und sind sofort bereit, länger zu bleiben, weil sie Angst vor dem Minus haben. Theoretisch befinden wir uns gerade in der Saison, in der Zeit der Über- bzw. »Plusstunden«. In der ersten Woche waren aber wenig Aufträge da, und es wurden ständig Leute weggeschickt. Das erzeugt zum einen die Angst, am Ende des Arbeitszeitjahres mit einem Minus dazustehen und entsprechend Lohn abgezogen zu bekommen, zum anderen aber auch das Gefühl, überflüssig zu sein – daß irgendwie doch noch »zu viele Leute« da sind.

In einer Abteilung (nach allen Aussagen »die Schlimmste« nach der Umstellung) hört man ständig die Vorarbeiterin irgendwo rumschreien: »Was steht ihr hier unten rum und quatscht, oben ist noch Arbeit, ihr seid eine Gruppe, denkt an die Prämie«. So richtig

klappt das noch nicht mit dem selbstorganisierten der-Arbeit-Hinterherrennen, und so erfüllt sie die Antreibefunktion, die eigentlich die Gruppe übernehmen sollte, mit noch mehr Heftigkeit als vorher. Ihr Prämieneschrei wirkt besonders absurd, nachdem sie in einer ruhigen Stunde, als wegen einer Umstellung im Computersystem keine Aufträge da und mal wieder Gespräche möglich waren, ausgeplaudert hat, daß wir fast an allen Tagen weit über die Prämienhöchstgrenze hinaus gearbeitet haben, die Höchstprämie damit schon fast bis zum Monatsende gesichert ist, und die im Büro schon gefragt hätten, ob wir endgültig verrückt geworden wären. Aber trotzdem wirkt der Druck – irgendwie.

Einige haben sich in der ersten Woche schon geweigert, sich früher nachhause schicken zu lassen, was sogar den Personalchef dazu bewogen hat, in die Halle zu kommen, um höchstpersönlich die Kolleginnen zu überzeugen. Er bekam dann zu hören: »Geben Sie mir 15 Mark, dann gehe ich!« Auf verwundertes Nachfragen wurde ihm dann ein Problem erklärt, das eine Reihe von Kolleginnen hat, die normalerweise vom Betrieb abgeholt werden: Sie müssen bei verschobenem Arbeitsende Busse mit sehr ungünstigen Verbindungen benutzen – oder eben 15 Mark für ein Taxi haben. Da Taxispesen in der Betriebsvereinbarung nicht vorgesehen sind, blieben in diesem Fall auch die Kolleginnen hart. Damit sie nun nicht auch noch mit arbeitsfreier Zeit für ihre böse Weigerung belohnt würden, schalteten die Chefs wütend das Band wieder ein, schickten neue Aufträge los – und mußten selbst bleiben. Sie scheinen schon etwas besorgt zu sein, ob die Flexibilität so funktioniert, wie sie es wollen. In der dritten Woche hing ein Rundschreiben an den Arbeitsplätzen, in dem alle darauf hingewiesen werden, daß zur Bewältigung der Saison viele Überstunden nötig sein werden, und daß die Gruppen bitte selbst dafür sorgen sollen, daß dafür immer genug Leute da sind.

Moralischer Druck

Mit dem Gerede von Gruppe und Prämie wird ein enormer moralischer Druck verbreitet: Du schadest deinen Kolleginnen. Wenn du dich zwischendurch hinsetzt oder zum Rauchen rausgehst, dann arbeitet die Kollegin, die das nicht tut, nicht nur mehr, sondern sie verdient durch dich auch noch weniger. Oder: Wenn die Spätschicht nicht richtig arbeitet oder sich nicht nachhause schicken läßt, dann versaut sie der Frühschicht, die so viel gearbeitet hat, die Prämie gleich mit. Das Thema, wer oder welche Schicht mehr oder weniger arbeitet, ist zwar uralte, und es gab schon immer Kolleginnen, die unter Anfällen von Arbeitswut und Verantwortungsgefühl für Aufträge leiden. Aber früher konnte das besser beruhigt werden. In der jetzt ausgebrochenen Prämienhektik traut sich keine mehr, sich offen hinzusetzen, wenn in der anderen Etage der Abteilung noch Aufträge stehen, und die Kolleginnen da wie verrückt rumrennen.

Zu offenem persönlichen Druck und Streitereien unter den festangestellten Kolleginnen ist es bisher glücklicherweise noch nicht gekommen. Nur die wenigen Aushilfen, die übergangsweise noch im Betrieb sind, berichten, daß sie viel mehr als früher durch sämtliche Abteilungen geschickt werden, und das nicht nur von der Vorarbeiterin, sondern auch von Kolleginnen, die ihnen sagen: »Ihr müßt jetzt hier weg, sonst versaut ihr uns die Prämie«. Insgesamt hat sich die Stimmung sehr verändert, ist hektischer und unerträglicher geworden, und das allgemeine Schimpfen auf »die andere Schicht«, auf »die, die ständig Pause machen« usw. hat zugenommen. Wenn überhaupt noch Zeit und

Ruhe für Gespräche während der Arbeit bleibt, dann drehen die sich oft um »Ungerechtigkeiten«: Wer wieviel arbeitet und dafür wieviel Prämie bekommt. Dafür sorgen auch Ungereimtheiten des Systems: In der Kommissionieranlage für die weniger gefragten Artikel sind die Kolleginnen mangels Umsatz noch keinen Tag auf die Höchstprämie gekommen, während in der anderen Anlage ständig Übersoll erfüllt wird. Früher wurden die Kolleginnen in dieser »langsamen« Anlage beneidet. Heute müssen sie ständig springen, wenn sie an der Prämie teilhaben wollen. Das hat dazu geführt, daß die Kolleginnen dort selbst »mehr Arbeit« fordern oder zu dem Vorschlag, dort nur noch die älteren und langsameren Kolleginnen einzusetzen – die dann eben weniger verdienen!

Das Prämientheater hat schon zu so grotesken Szenen geführt, daß eine Kollegin, die wegen der Hektik in drei Stunden noch keine Zigarettenpause gemacht hatte und vor dem frühzeitigen Nachhausegehen noch eben im Gang eine rauchen wollte, von der Vorarbeiterin Richtung Stempeluhr gescheucht wurde, um bloß keine Minuten zu verlieren. Oder daß einer Kollegin, die aus einer anderen Abteilung eingesprungen war, von der Vorarbeiterin der Stundenzettel von 13 Uhr auf 12.50 Uhr korrigiert wurde – weil sie, wie das immer üblich war, kurz vor Feierabend den Arbeitsplatz verlassen hat, um sich die Hände zu waschen und ihre Sachen zu holen. Und das alles, einschließlich dieser Minutenfuchserie, obwohl niemand weiß, wieviel Mark oder Pfennige wir eigentlich verlieren würden, wenn wir uns nicht nachhause schicken lassen, die Hektik nicht mitmachen und weiterhin unsere informellen Pausen machen!

Keine Prognose...

Daß das neue Modell das Klima vergiftet und die Arbeit verschlimmert hat, daß früher alles besser war und daß das heute alles »keinen Spaß mehr macht«, das sagen alle. Aber was dagegen zu tun ist? Möglichkeiten gäb's genug. Das Naheliegendste wäre die Verweigerung der »freiwilligen« Flexibilität. Wenn niemand Plus- oder Minusstunden machen würde, wenn alle nur stur ihre vertraglichen Stunden in ihrer Abteilung erfüllen würden, dann könnten die ihr Modell schon lange vor Ablauf der Probezeit von einem Jahr wieder einpacken. Anscheinend gibt es in der Chefetage auch schon Befürchtungen, daß das miese Arbeitsklima solche Weigerungen auslösen könnte. Ob sie demnächst alle VorarbeiterInnen nochmal auf Schulungen über »Konfliktlösung« schicken werden?

Leider ist es aber durch die Isolation in der derzeitig ausgebrochenen Hektik, in der gemeinsame Gespräche mit mehreren Kolleginnen kaum möglich sind, sehr schwierig, etwas zu verabreden. Einzelne verweigern sich gegenüber der Flexibilität, aber gemeinsame Aktionen sind zur Zeit schwer vorstellbar. Bis hierhin ist dies der Bericht über eine Niederlage und über einen fiesen Kapitalistenplan, der viel zu gut aufzugehen scheint.

Bleibt zu hoffen, daß die Minusstundenpanik nach einiger Zeit der Gewöhnung ans »Zeitkonto« wieder abnimmt, daß die Prämie nach den ersten Abrechnungen etwas von ihrer Antreibewirkung verliert, daß die Wut über die ständige Hetze den Siedepunkt erreicht – und daß die Kolleginnen den Hunden einen Strich durch die Rechnung machen.

janis, September 94

Nokia: Widerstand gegen Beschäftigungsgesellschaft

Lieber Geld als Beschäftigung!

Das Patentrezept der IG-Metall in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die »Beschäftigungsgesellschaft« als Auffangbecken und Verschiebebahnhof für Arbeitslose, scheiterte beim Nokia-Bildröhrenwerk in Esslingen, das Ende des Jahres geschlossen wird, am Widerstand der Belegschaft. »Noch im Juni hatte sich die Belegschaft des Werks mit 1700 Beschäftigten vehement und mit Erfolg für die Gründung solch einer Beschäftigungsgesellschaft eingesetzt, die den sofortigen Fall in die Arbeitslosigkeit nach Schließung des Werks verhindert. Der finnische Unterhaltungselektronikkonzern Nokia erklärte sich bereit, als Anschubfinanzierung für die Beschäftigungsgesellschaft 25 Mio. DM bereitzustellen. Die Aussicht auf diese Summe hat nun Begehrlichkeiten geweckt. Der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Greiner schätzt, daß etwa 800 bis 1000 Mitarbeiter eine Petition unterstützen, in der die Auszahlung der 25 Mio. DM an die Belegschaft zusätzlich zum Sozialplan von 58 Mio. DM statt der Finanzierung der Beschäftigungsgesellschaft verlangt wird. Greiner kann sich diese Opposition nur mit fehlender Information über die Ziele der Beschäftigungsgesellschaft sowie politisch motivierte Agitation einiger Marxisten/Leninisten erklären. Denn 1000 bis 1200 Mitarbeiter sind lediglich Angelehrte, die auf dem Arbeitsmarkt keine besonders guten Chancen haben. Zudem ist insbesondere in der Produktion der Ausländeranteil mit 87 Prozent sehr hoch.« (FAZ, 14.9.94)

So sind sie, die ArbeiterInnen, dumm und geldgierig, denken nicht an ihre rosige Zukunft im Arbeitsleben, um die der Betriebsrat besorgt ist: »Greiner will insbesondere die Angelehrten über externe Kurse zu Produktionsfacharbeitern weiterbilden lassen, die dann auch in Gruppenarbeit (!) in unterschiedlichen Branchen tätig werden können. Etwa 100 Menschen (...), so meint er, könnten ein halbes Jahr lang die Abwicklungsarbeiten im Auftrag von Nokia durchführen. Zudem sei es möglich, daß die Küche (!) ihre Dienste umliegenden Firmen anbietet.« (ebd.) Möglicherweise war es nicht die »fehlende Information«, die die ArbeiterInnen das Modell des Betriebsrats ablehnen ließ, sondern die bewußte Weigerung, sich für den Streß der Gruppenarbeit und miese Küchenjobs »qualifizieren« zu lassen.

Am 26. September fand eine nach Angaben eines Vertrauensmannes »sehr turbulente« Gesamtbetriebsversammlung statt, an der 1500 der noch 1600 ArbeiterInnen teilnahmen. »Praktisch ohne Gegenstimmen hätten diese den Betriebsrat aufgefordert, über die Auszahlung von 25 Mio. DM an die Belegschaft zu verhandeln und Kurzarbeitsgeld gar nicht erst zu beantragen. (...) Auf der Betriebsversammlung erklärte die Geschäftsleitung nun, daß diese Summe, die bisher als zweckgebunden für die Beschäftigungsgesellschaft galt, auch in einen Sozialplan gesteckt werden könnte.« (FR, 27.9.94) Ein weiterer Grund für die heftige Ablehnung wurde am Rande dieser Betriebsversammlung bekannt: »Die breite Ablehnung, so ist zu hören, könnte mit den geplanten Zusagen der Beschäftigungsgesellschaft an ihre Mitarbeiter zusammenhängen. Die Gesellschaft sieht für manche Mitarbeiter eine Eigenbeteiligung (!) vor, die über die zu erwartenden Leistungen hinausgeht.« (FAZ, 28.9.) Wird mit dieser unklaren Formulierung das Rätsel der Beschäftigungsgesellschaft gelüftet: Kauf dir einen miesen Job?! ■

Kanada:

Revolte der Bauarbeiter

Dezember 1993: Im Parlament wird eine Gesetzesvorlage zur Änderung der Arbeitsbedingungen in der Bauindustrie diskutiert. Ihre Verabschiedung würde für 26 000 von insgesamt 120 000 ArbeiterInnen den Verlust jeglichen rechtlichen und vertraglichen Schutzes bedeuten. Die Gewerkschaften bitten die wütenden ArbeiterInnen, »nicht übereilt in den Kampf zu ziehen«. Gruppen von ArbeiterInnen ziehen spontan zu den Baustellen und rufen ihre KollegInnen dazu auf, die Arbeit niederzulegen. Der Streik geht von wenigen Baustellen aus und verbreitet sich schnell über ganz Quebec. Die Gewerkschaftsführer versuchen, die Bewegung zu kanalisieren, und der Unternehmerverband bemüht sich um eine gerichtliche Verfügung vom Obersten Gerichtshof.

Aber die Bewegung verbreitet sich immer mehr, und am 3.12.93 sind die meisten Baustellen komplett lahmgelegt. Ein Gewerkschaftsführer erklärt: *Ich habe noch nie eine derartige Atmosphäre der Revolte gesehen... Wir haben die Kontrolle verloren...* Am 6.12. sind zwischen 20 000 und 40 000 ArbeiterInnen vor dem Parlament; sie verbrennen symbolisch ein Fertigteilhaus und ein Abgeordneter wird getreten. Die Arbeitgeber bekommen ihre Verfügung, die die ArbeiterInnen an die Arbeit zurückbeordert, aber ohne Wirkung: Der Streik geht in völliger Illegalität weiter. Am 13.12. werden im Untergrund arbeitende Sabotagegruppen gebildet. Die Repression wird schärfer; 28 Militante werden von Anti-Aufuhr-Einheiten verhaftet. Das Parlament diskutiert ein besonderes Gesetz, das den Streik für illegal erklärt: Jede/r Streikende kann wegen »Aufwiegelung zum Streik« zu bis zu 75.000 \$ verurteilt werden; außerdem kann ihr/ihm für bis zu fünf Jahre die Übernahme jeglicher gewerkschaftlicher Funktionen untersagt werden. Die Gewerkschaften können pro ganzem oder halbem Streiktag zwölf Wochen Mitgliedsbeiträge beschlagnahmt bekommen.

Man ruft die Gewerkschaft *FTQ-Construction* auf, *ihren Job zu machen*; wenn nicht, würde das ihre Finanzen und Organisation stark beeinträchtigen. Vor der Alternative, alles zu verlieren oder den Streik zu brechen, entscheidet sie sich für letztere Lösung. Am 15.12. beendet die FTQ-Construction den Streik, indem sie zu einem *weihnachtlichen Waffenstillstand* aufruft. Die beiden Gesetze, von denen das erste den Streik ursprünglich ausgelöst hatte und das zweite ihn brechen sollte, werden noch vor Weihnachten beschlossen. Danach wird der Streik nicht wieder aufgenommen.

Übersetzt aus Échanges, Nr. 76/77

Seit einigen Monaten kommen tausende von portugiesischen Bauarbeitern als Werkvertragsarbeiter in die BRD bzw. werden hierher angeworben. Allein im Raum Berlin / Leipzig sind es 6 000. Viele von ihnen werden von ihren Unternehmern um ihre sowieso schon niedrigen Löhne betrogen, in Berlin setzte sich z.B. kürzlich der Chef einer portugiesischen Baufirma ab, nachdem er mehrere Wochen keine Löhne gezahlt hatte.

In einem der nächsten Zirkulare werden Genossen aus Berlin berichten, was sie in Gesprächen mit den Arbeitern über ihre Situation und vor allen über deren Aktionen gegen die zahlungsunwilligen Chefs rausgefunden haben. Zunächst drucken wir als Überblick und Vorgesmack einen Artikel aus der FAZ ab.

Der folgende Artikel stammt aus der Nr. 4 (Juni 1994) einer neuen Zeitschrift, die sich mit den Klassenauseinandersetzungen in China beschäftigt:

China Labour Bulletin, P.O.Box 72465, Central Post Office, Kowloon, Hong Kong

Lohnprotest in Zhuhai

In der Sonderwirtschaftszone Zhuhai in der Provinz Guangdong [Südostchina] traten im Mai mehr als 2000 ArbeiterInnen in einer in Hong-Kong-Besitz stehenden Fabrik in Streik. Weil das Management die Löhne kürzen wollte, fanden sie sich zu einer kollektiven Aktion zusammen, um Druck für Verbesserungen zu machen.

Die Fabrik, Wei-Wang Data Communication Company, produziert vor allem Computerdisketten. Der Besitzer in Hong Kong hat über 100 Millionen Yuan in das Unternehmen investiert, das mehr als 4000 ArbeiterInnen beschäftigt. Am Morgen des 11. Mai waren ArbeiterInnen aus drei Abteilungen mit den Zahlungen unzufrieden und begannen den Streik. Über 2000 nahmen nach Vermittlung durch die Behörden die Arbeit am Nachmittag des folgenden Tages wieder auf; mehr als 1100 blieben jedoch an diesem Abend im Streik und am Morgen des 13. Mai war ihre Zahl auf 2400 angewachsen.

Die ArbeiterInnen gaben als Hauptgrund für den Streik den Versuch des Managements an, die Löhne unter völliger Mißachtung von Arbeitsvorschriften [labour regulations] zu kürzen. Die ArbeiterInnen wiesen darauf hin, daß die jährliche Erhöhung 13% betrage, während die Inflationsrate in Zhuhai bei 21% liege. Darüberhinaus würden 5 von den 13% in der Form eines Bonus für »harte Arbeit« bezahlt, den die ArbeiterInnen als unfair und ungerecht betrachteten. Sie forderten außerdem die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden und bessere Wohnbedingungen.

Die ArbeiterInnen sagten, die meisten von ihnen seien MigrantInnen aus fernen Provinzen. Der Streik war von einheimischen ArbeiterInnen initiiert und später von den WanderarbeiterInnen unterstützt worden. Die letzteren klagten, daß sie 12 Stunden am Tag für einen Grundlohn von 600 Yuan, der auf 700 Yuan steigen könne, arbeiten müßten. Die Fabrik stellt keine Wohnungen zur Verfügung. Neun ArbeiterInnen teilen sich Zimmer für 67 Yuan im Monat. Aufgrund des in Zhuhai höheren Lebensstandards müßten sie bei allen Ausgaben sparen, um etwas Geld nach Hause schicken zu können. Mit Hilfe von lokalen Behörden von Zhuhai wurde der Wei-Wang Konflikt am 13. Mai geschlichtet. Das Management aus Hong Kong kam nach Zhuhai und versprach mündlich Verbesserungen, darunter die Reduzierung der Arbeitszeit an drei Tagen der Woche auf 8 Stunden. An den anderen 4 Tagen soll weiterhin 12 Stunden gearbeitet werden. Die ArbeiterInnen können entscheiden, ob sie Überstunden machen wollen oder nicht. Damit ist das Management allerdings immer noch weit vom gesetzlichen Standard entfernt, der 8 Stunden am Tag und 44 Std. die Woche vorsieht. Die ArbeiterInnen nahmen die Arbeit wieder auf; die Verhandlungen sollten aber weitergehen.

Während die Arbeitsbehörde versuchte, den Konflikt zu schlichten, stationierte nach verschiedenen Quellen das Amt für öffentliche Sicherheit Polizisten in der Fabrik, um die Eskalierung des Streiks zu verhindern. Reporter aus Macao versuchten, die ArbeiterInnen zu erreichen und ihre Beschwerden aufzunehmen, aber Vertreter des Ordnungsamtes beschlagnahmten die Kassetten. ■

Im Zirkular #3 (April/Mai 1994) veröffentlichten wir einen längeren Bericht mit Flugblättern und Communiqués über die Bewegung gegen Niedriglöhne für Jugendliche in Frankreich.

Für diese Nummer haben wir eine Analyse dieser Auseinandersetzungen aus der französischen Zeitschrift »Échanges et Mouvements« (Nummer 77, 1994) übersetzt. Bei dem im Text erwähnten »Schulproblem« handelt es sich um die scharfen Kämpfe gegen das Gesetz zur staatlichen Finanzierung von (meist katholischen) Elite-Privatschulen im Januar 94. (*Échanges, Bulletin of the network Échanges et Mouvements, BP 241, 75866 Paris Cedex 18, France; erscheint unregelmäßig als französische und englische Ausgabe, Preis: 60 FF oder 7 £ für vier Nummern.*)

Zur Bewegung

gegen Niedriglöhne für Jugendliche (SMIC-Jeunes)

Aus dem Versuch der Regierung, die Jugendarbeitslosigkeit dadurch verschwinden zu lassen, daß die Unternehmer das Recht bekommen, die Jugendlichen (auch die mit Universitätsdiplom) zu 80 Prozent des Minimallohns anzustellen, konnte man nicht schließen, daß er zu größeren Protesten führen würde, da die vorherige sozialdemokratische Regierung in den letzten Jahren ähnliche Maßnahmen ergriffen hatte.

Aber genauso wie bei dem Schulproblem im Januar 1994 hat diese Maßnahme unter den Jugendlichen den Ausbruch eines völlig unvorhergesehenen Widerstands provoziert, der alles andere als dieses Lohnproblem ausdrückte. Eine Menge Jugendlicher fühlte sich effektiv von dieser Maßnahme betroffen und begann zu demonstrieren. Die Regierung konnte sich im Glauben wiegen, diese Demos würden lediglich ein Aufbäumen andeuten und schnell wieder zerfallen: im Herbst '93 hatte es einige eher sporadische Studentendemos gegeben, mit Ausnahme eines wichtigen Kampfes in Nantes wegen der Wohnungszuschüsse für StudentInnen. Die Kraft dieser lokalen Bewegung im Oktober '93 und die Furcht vor ihrer Ausbreitung hatte die Regierung bereits damals zum Rückzug gezwungen. Die Versuche der Studentengewerkschaften, diese Bewegung zu kontrollieren und eine Vermittlerfunktion zurückzugewinnen, waren vollkommen gescheitert.

Im Februar/März '94 war es nicht genauso. Bestimmte OberschülerInnen und StudentInnen waren effektiv von dieser Maßnahme zur speziellen Bezahlung von Jugendlichen betroffen. Erneut mit der Situation konfrontiert, entweder zurückzuweichen und das Gesicht zu verlieren oder auf das Kaputtgehen der Bewegung zu spekulieren, entschied sich die Regierung für die zweite Lösung. Sie konnte auf die Studenten- und Arbeitergewerkschaften zählen, um jede Anwendung zur Ausbreitung einzukreisen und zu kanalisieren. Aber nach mehreren Wochen wurde offensichtlich, daß diese ganzen Hoffnungen die Eigendynamik einer Bewegung im Frankreich von 1994 sowie ihre Fähigkeit, verstreute und lokale Widerstandsströmungen gegen das kapitalistische System zu integrieren, vollkommen unterschätzt hatten.

Die Demos waren nicht nur mit immer mehr TeilnehmerInnen weitergegangen, sondern sie hatten sich auch auf ganz Frankreich ausgebreitet, sogar in den kleineren Städten, wo die Konzentration von Schulen täglich mehrere tausend Jugendliche zusammenbringt, OberschülerInnen und StudentInnen (um so motivierter, weil viele von ihnen zur Berufsschule gehen und die Lasten der Krise in diesen kleineren Städten viel stärker und direkter zu spüren sind, und weil ein oder mehrere lokale Unternehmen »den Lebensunterhalt« bieten, Unternehmen, deren Schließung oder Reduzierung der Belegschaft einen viel größeren Einfluß und Widerhall als in den Metropolen hat).

Außerhalb jeder Kontrolle

Da die Studenten- und Schüलगewerkschaften besonders schwach sind, ist die Bewegung praktisch völlig außer Kontrolle geraten. Weil ein Teil dieser Jugendlichen in den Vorstadtghettos lebt, und sie von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind und Erfahrung mit täglichen Zusammenstößen mit der Polizei haben, hat die Entwicklung des Kampfes ihnen die Möglichkeit gegeben, nicht so sehr für »ihre Zukunft und einen anständigen Lohn« zu kämpfen, sondern ihr Ghetto zu verlassen und ihren sozialen Kampf mit ihren speziellen Methoden auf einem erweiterten und allgemeineren Terrain zu behaupten.

Auf diese Weise wurde eine Achse geschaffen, und alle vorgesehenen »Sicherungen« sind durchgebrannt, während sich die Bewegung in einen nationalen Protest ausweitete – immer mit der neuen Eigenschaft, daß sie oft relativ bedeutsamer und gewaltsamer in der Provinz (z.B. in Nantes und Lyon) als in Paris war. In der Hauptstadt konnte man ein neues Phänomen beobachten, das auf anschauliche Weise die Tatsache verdeutlicht, daß die Sicherung »Organisation« überhaupt nicht funktionierte; die DemonstrantInnen teilten sich in zwei gleiche Teile:

– einer ohne jede Fahne, ohne Parolen, radikaler in seinen gewaltsamen Methoden (sie fürchteten in keiner Weise die Auseinandersetzung), der sich ohne jede Absprache an die Spitze der Demo setzte, vor die »Organisierten«, die sich hinter ihren Transparenten aufbauten und durch ihre Megaphone dämliche Parolen durchgaben.

– der andere, »offizielle«, trotzdem aber eher nach Schulen als nach Organisationen aufgeteilt, offensichtlich zurückhaltender, aber insgesamt ohne Feindseligkeit gegenüber der ersten Gruppe.

Eines der Argumente der Polizei zur Erklärung der Machtlosigkeit ihrer schweren Einsatztruppen war, daß die Jugendbanden (aus den Vorstädten) sich gut kannten, sehr beweglich und nicht greifbar waren, weil sie direkt in der Masse der »friedlichen« DemonstrantInnen verschwanden. Darin kam praktisch das Eingeständnis zum Ausdruck, daß die Bewegung eine große Bedeutung hatte, viel weitgehender als die Antwort auf den SMIC-Jeunes. Genauso wie zwei Monate vorher mit den Schulen: ein eher kleineres politisches Problem bringt plötzlich eine allgemeine soziale Opposition hervor, die zehntausende von Jugendlichen auf die Straße treibt, die vorher getrennt gekämpft

hatten. Ein Transparent auf einer der Demos in Paris faßte gut zusammen, was zu dieser Art von Kampf führte: *Nous voulons vivre, pas suivre* (Wir wollen leben, nicht mitmachen). Das war keine spezifische Forderung, auf die wir für die Schulen hingewiesen hatten, sondern etwas, was auf eine Gesellschaftsveränderung zielte, auch wenn es nicht auf diese Weise ausgedrückt wurde. Der Abstieg der Gewalt aus den Vorstädten in die Stadtzentren und die Möglichkeiten, sich dort auszudrücken, zeigte, daß sich trotz aller Sicherungen eine Verbindung zwischen anfänglich sehr unterschiedlichen Bewegungen herstellte und in eine globale Kampfbewegung mündete; die Versuche, diese Unterschiede auf der Ebene von »casseurs« und »den anderen« aufrechtzuerhalten, führten nur dazu, daß es zu einem gemeinsamen Kampf wurde.

Angesichts der Ausweitung und Fortsetzung der Bewegung konnte die Regierung ihre Position nicht halten: nach einem Monat mußte sie den SMIC-Jeunes vollkommen begraben. Das hat nicht verhindern können, daß es zu einem letzten Demonstrationstag kam, der noch wichtiger und gewaltsamer als vorher war (genauso wie bei den Schulen schaltete die letzte Sicherung überhaupt nichts aus).

Heute ist die SMIC-Jeunes-Bewegung durch die Schulferien und das fehlende konkrete Ziel vorbei. Aktuell steht aber immer noch die Frage, wann und wo sie wieder losgeht. Ein anderes Niveau von Konflikten ist aufgetaucht, und ihre Unterdrückung kann nur zu einer weiteren Verallgemeinerung führen (das Zögern der Polizei, ihr gesamtes Unterdrückungsarsenal einzusetzen, aus Angst vor einer allgemeinen Reaktion, ist der Beweis dafür – man kann das als »Mai 68-Syndrom« definieren). Andererseits hatte der Einsatz von Sicherungen keinen anderen Effekt, als die vielen »Politiker« in Mißkredit zu bringen und noch klarer die Rolle der Gewerkschaften und aller Organisationen zu zeigen, die die »Regeln des Gesellschaftsspiels« anerkennen. Genauso wie die Regierung und die institutionellen und adhoc-Vermittler keine Lösung für die praktischen Probleme haben, die sich durch die Entwicklung des kapitalistischen Systems stellen, und auch keine adäquate Antwort auf die unvorhergesehenen Demonstrationen, die das allgemeine Niveau des Widerstands gegen das System zeigen. ■

Turin, den 27. September 1994

Liebe Genossen!

Wie bereits im letzten Brief erwähnt [siehe Zirkular 7, S. 86f.], sind wir dabei, ein Treffen zu organisieren über die Formen und Arten von Untersuchung, bzw. militanter Untersuchung im Zusammenhang mit einer politischen Intervention von der Basis aus. Dieses Treffen wird in Turin am 19. und 20. November 1994 stattfinden. Bei einem ersten erweiterten Vorbereitungstreffen haben wir über die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen und Kräfte geredet, die ein gewisses Interesse für diese Themen bekundet haben. Die Inhalte und die Struktur des »workshops« sind also so weit diskutiert, und wir können Euch nun alles etwas genauer mitteilen.

Das Bedürfnis nach einer solchen politischen Auseinandersetzung entstand bei uns vor allem aus der Tatsache, daß man seit Jahren (nicht nur) in Turin immer mal wieder über »conricerca« und »inchiasta« redet, ohne daß jemand in der Lage wäre, das Thema systematisch anzugehen. Das hieße, sowohl die Grenzen als auch die großen Vorzüge dieser Methode deutlich zu machen, die politische Praxis und Erkennen umfaßt, um so Leute zu sensibilisieren, die sich bisher gar nicht oder nur sehr vage für politische »conricerca« interessiert haben, und um die Bildung von Interventionsgruppen anzuregen. Wir wollten aber diese Initiative nur aufnehmen, wenn wir ins Zentrum der Diskussionen konkrete Erfahrungen stellen können; damit wollen wir vermeiden, daß wir in eine abstrakte Diskussion ohne Elemente von praktischer Verifizierung zurückfallen, wie es ja oft passiert.

Wir möchten das Treffen auf zwei Tage aufteilen: Der erste Tag ist eher von »historischem Zuschnitt« und geht um einige italienische Erfahrungen von »conricerca« und »inchiasta« zwischen Ende der 50er und in den 60er Jahren, einer Phase, in der diese Themen in Italien von abgezehrten [?? steht da echt so] und oft isolierten Minderheiten angegangen wurden. Die vier Referenten, die wir dazu eingeladen haben, werden uns erklären können, wie sie zu diesen Hypothesen und alternativen Praktiken gekommen waren, wie sie sie konkret aufgebaut haben und zu welchen politischen Resultaten und Erkenntnissen sie gekommen sind.

Der zweite Tag dreht sich um die Bewertung der politischen Bedeutung und der konkreten Durchführbarkeit einer politischen Untersuchungsarbeit heute. Dazu werden sich Interventionsgruppen vorstellen, die in den letzten Jahren auf diesem Terrain auf verschiedene Arten tätig waren und sind. Für diesen Tag haben wir drei Abschnitte vorgesehen: Nach einem Beitrag von K.H.Roth und der Diskussion darüber wollen wir zwei spezifische politische Knotenpunkte angehen, die wir als mögliche Bereiche von Aktion und Untersuchung ausgemacht haben. Der erste betrifft die wachsende Präsenz der gesellschaftlichen Rechten in den großen Städten, die Penetrationskraft von Rassismus und Nationalismus in den unteren Klassen, sowie die Formen von Widerstand, die wir dagegen aufbauen können, die Rolle und die Möglichkeiten der politischen Untersuchung: in diesem Sinn haben wir eine Diskussion zwischen Leuten von Wildcat und Leuten von der römischen Zeitung Controcanto vorgesehen.

Für das komplexe Problem der »Veränderungen in der kapitalistischen Produktion« –

also dem zweiten thematischen Schwerpunkt, den wir vorschlagen – wollen wir uns am Sonntagnachmittag in zwei gleichzeitig stattfindende »runde Tische« aufteilen. Beim ersten, an dem sich Arbeiter, gewerkschaftliche Basisvertreter und die Genossen von Wildcat beteiligen werden, geht es um Kampferfahrungen und Untersuchungsansätze in Arbeitsbereichen wie der Industrie und Dienstleistungen in Italien und der BRD. Beim zweiten, der vom Zeitungs-Kollektiv Klinamen aus Mailand veranstaltet wird, werden wir über einige politische und Untersuchungs-Hypothesen diskutieren, die sie an der Uni und in bezug auf gegenwärtig ablaufende Prekarisierungsprozesse durchführen.

Allgemeiner gefaßt müßten die zwei Tage zumindest auf die folgende Punkte Antworten geben:

1) Aus dem Mund der Protagonisten »exemplarischer Erfahrungen« erfahren, wie Gruppen agiert haben und weiter agieren, die – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – versucht haben und versuchen, Formen von politischem Eingreifen auszuprobieren, die sich von denen unterscheiden, die in der Arbeiterbewegung dieses Jahrhunderts vorherrschen.

2) Die Unterschiede klarmachen zwischen der akademischen, soziologischen Untersuchung und den Umfragen der Massenmedien einerseits sowie »inchiasta« oder »conricerca« andererseits, die gebunden sind an die Absicht, diese Welt radikal zu verändern.

3) Die in den 70er Jahren aufgebauten und bis heute nachwirkenden Idealisierungen [der »conricerca«] entmystifizieren. Das bedeutet, daß wir die konkreten Abläufe, die Schwierigkeiten und die Widersprüche solcher Versuche klarstellen, aber auch zeigen wollen, wie die Bedingungen zu ihrer Durchführung aussehen.

4) Am zweiten Tag müßten wir uns fragen, welche Unterschiede es gibt zwischen dem Italien (und anderen europäischen Ländern) der 60er und der 90er Jahre, um zu verstehen, wie wir in einem grundlegend veränderten Umfeld eine politische und Erkenntnis-Praxis dieses Typs anpacken können. Wir glauben, daß es dazu nötig ist, folgende Punkte zu diskutieren:

- Rolle und Merkmale der theoretisch-politischen Grundstrukturen, welche der Ausarbeitung der Untersuchung eine Richtung geben;
- die Art, wie die Produktion organisiert ist und welchen Bezug Fabrik-Territorium-Gesellschaft es gibt,
- die »Rahmenbedingungen« der kapitalistischen Ausbeutung (industrial relations, Gewerkschaften, staatliche Eingriffe, Funktion der kapitalistischen Konkurrenz, Ebene der Finanzierung und der Konzentration der Produktionsorte);
- die Art der Klassenzusammensetzung, die allgemeinen symbolisch-kulturellen Verhältnisse und das Verhältnis zwischen herrschenden Kulturen und entstehenden oder subalternen Kulturen, die »kulturelle« Rolle der institutionellen Arbeiterbewegung als Transportmittel und/oder Hindernis einer mehr oder weniger verbreiteten »Tendenz zu einer Veränderung der Welt«, und die Rolle welche letztere beim Aufbau der politischen Untersuchungs-Arbeit und bei der Wahl der gesellschaftlichen Gesprächspartner [interlocutori] spielt;
- und nicht zuletzt die politische Rolle der institutionellen Arbeiterbewegung (Parteien und Gewerkschaften) im Verhältnis zur Aktion der Basis-Untersuchungs-Gruppen.

Im folgenden möchten wir Euch eine erste schematische Hypothese vorstellen, von der ausgehend eine politische Untersuchungs-Arbeit besondere Bedeutung bekommen könnte, und die als Ausgangsbasis für unser Treffen dienen könnte – natürlich muß das alles noch diskutiert werden.

Die Niederlage des 70er-Jahre-Kampfzyklus, die kapitalistische Offensive der 80er und 90er Jahre, die Krise der herrschenden Organisationen der Arbeiterbewegung hat eine breite gesellschaftliche Fragmentierung zum Vorschein gebracht, einen Bruch zwischen den Generationen, eine kulturelle Verarmung der gemäßigten und der radikalen »Linken«, die Krise der »Massenparteien« (zunächst in vielen europäischen Ländern, dann auch in Italien), eine immer größere Herrschaft einer Einbahnstraßen-Kommunikation und der Spektakularisierung der Politik, die Rechte hat im Verhältnis zu den Unterschichten [ceti popolari] eine kulturelle Hegemonie und größere Glaubwürdigkeit zurückgewonnen.

Auf der einen Seite stellen sich die Konsequenzen des Zusammenbruches des »Realsozialismus« als dauerndes Problem dar, die bereits vorherrschende Tendenzen weiter verstärkt; auf der anderen Seite scheinen sie *potentiell* auch neue Räume und Durchführbarkeit für radikale Politik zu bieten, die sich von dieser schweren Fessel emanzipiert. Gegenwärtig ist es aus vielen Gründen – einer davon liegt in der Tatsache, daß sich die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung manchmal explosiv äußern, auch jenseits des produktiven Zyklus – schwierig, heute ein soziales und politisches Subjekt mit einer strukturierten und vielversprechenden Identität auszumachen (wie es der Operaismus in den 60er und 70er Jahren versucht hat), deren soziale und politische Glaubwürdigkeit ausreichend wäre, um auf kurze oder mittlere Sicht zu einer »politischen Zentralität« zu kommen, indem sie in sich die übrigen gesellschaftlichen und produktiven Bereiche aufnimmt. Trotzdem sind heterogene Formen von Rebellion und Widerstand gegen die kapitalistische Umstrukturierung an den Arbeitsplätzen, im Territorium und in der Ausbildung eine mit Händen zu greifende Tatsache, die in den letzten Jahren aber zufällig blieb. Diese Erfahrungen bewegen sich außerhalb oder mit einer sehr schwachen Verbindung in bezug auf die Macht politischer und gewerkschaftlicher Vertretung durch die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Auf der anderen Seite arbeiten viele Bereiche politischer Basismilitanz oft unter äußerst mühseligen Bedingungen, bewirkt durch die Zersplitterung des sozialen Gewebes und durch die hauptsächlichsten Merkmale der kapitalistischen Vergesellschaftung (gesellschaftliche Atomisierung, Einschließen im »Privaten« usw.). Unter anderem schlagen sich die Militanten an der Basis mit der Tatsache rum, daß Verbindungen zu den Orten und den Subjekten der Konflikte zerfasern oder sehr zerbrechlich sind; dazu kommen die Hindernisse durch die unterschiedlichen Sprach- und (politischen) Kulturformen, durch die (juristische und soziale) Parzellierung der Arbeitsbedingungen. Von hier aus könnte die Notwendigkeit entworfen werden, Formen politischer Untersuchung neu zu diskutieren, was hauptsächlich dazu dienen soll, virtuell stabile, direkte Kommunikationsformen aufzubauen, den Austausch zwischen unterschiedlichen Erfahrungen zu ermöglichen (über das selbst Erlebte, über die konkreten Bedingungen der Ausbeutung, über die eigenen Aspirationen und Optionen auf Veränderung), unter Militanten, mit den »zu mobilisierenden Genossen«, und mit jenen, die unter Verhältnissen der Unterordnung leben, aber jedwede direkte politische Kommunikation de facto sehr schwierig

Samstag nachmittag

- 15.00 Uhr Arbeiteruntersuchung und die Quaderni Rossi
Referat von *Liliana Lanzardo*
Diskussion
- 16.00 Uhr Arbeiteruntersuchung und Zentralität des Lohns
im Operaismus
Referat von *Ferruccio Gambino*
Diskussion

Dem dritten Jahrtausend entgegen: welcher gesellschaftliche Erkenntnis- prozeß und politische Basisintervention?

Sonntag morgen

- 9.30 Uhr Einführung
- 10.00 Uhr Neue Klassenzusammensetzung, neue Formen von Konflikt
und sozialer und politischer Subjektivität
Referat von *Karl-Heinz Roth*
Diskussion
- 11.00 Uhr Das Entstehen der sozialen Rechten. Eine Diskussion mit
mehreren Beiträgen zwischen Erfahrungen, Untersuchungshypothesen und politischer Aktion.
Beiträge von deutschen Genossen der *Wildcat* und
von der Zeitschrift *Controcanto* aus Rom

Sonntag nachmittag

- 15.00 Uhr Die gegenwärtigen Veränderungen in der Welt der Produktion

Runder Tisch 1:

Formen von Handeln und direkter Kommunikation in den Arbeitsprozessen der Industrie und der Dienstleistungen. Eine Diskussion zwischen ArbeiterInnen der unterschiedlichen Realitäten in Turin mit einer Gruppe von *Wildcat* und einigen deutschen ArbeiterInnen.

Runder Tisch 2:

Bildung des Wissens im Postfordismus. Untersuchungs-Hypothesen zur immateriellen Arbeit heute. Eine Diskussion, veranstaltet von der Zeitschrift *Klinamen* aus Mailand mit der Teilnahme von Turiner StudentInnen.

**Organisiert von: Bollettino per il '68, Collegamenti/Wobbly, Kaos.
Bisher haben ihre Teilnahme zugesagt: Cric, Riff Raff (Turin)**

Stadtbericht Paderborn (to be wild)

Ich habe mal die Idee von den BerlinerInnen aufgegriffen und versucht, etwas über das Leben in und mit Paderborn zu schreiben. War gar nicht einfach, an vielen Punkten kennst du deine eigene Stadt auch nur ziemlich oberflächlich, du kannst dir Zahlen besorgen, das hilft auf Dauer aber nicht. Aufgefallen ist mir das bei den Betriebs- und Gewerkschaftssachen. Es ist auch nicht leicht, einen Schwerpunkt zu ermitteln oder zu erkennen, wo was fehlt. Aber ich denke, an sowas läßt sich ganz gut ne Methode entwickeln, die hilft, mal über den eigenen Bereich rauszugucken. (Sollten die Berichte eigentlich in das Zirkular? Ich hab das einfach mal so rübergeschickt, müßt ihr sehen, was ihr daraus macht)

P a d e r b o r n

Paderborn liegt irgendwo zwischen Berlin und Brüssel, in Ostwestfalen. Paderborn ist mit z.Z. 130 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine der wenigen Großstädte in Deutschland, die weiter anwächst (1992 um 2500 Menschen). Im Stadtkern leben 80 000 Menschen, in den übrigen, zur Hälfte eher dörflichen Stadtteilen, die anderen 50 000.

Das Paderborner Umland ist eh ziemlich ländlich. 10% der EinwohnerInnen sind ausländische Leute, weitere 9% AussiedlerInnen. Nebenbei noch 65% Katholiken, deren Kirche Pb's Klima so klerikal prägt. 1600 Flüchtlinge leben in der Stadt, untergebracht in 43 Übergangsheimen, oft Container. Sie sind in der letzten Zeit massiv von Abschiebungen bedroht. 1994 studieren 17 000 StudentInnen (plus 1000 Angestellte) an der Uni an der politisch auch nix läuft, wie mensch z.B. an der regen Teilnahme von Studierenden an den Anti-Golfkriegsaktionen sehen konnte. Es gab einen ziemlich konservativen AStA, der kürzlich von einem juso-grünen AStA abgelöst wurde. Bei den 18 000 SchülerInnen kam es nicht zur offenen Rebellion, wenn auch bei den Hausbesetzungen einige SchülerInnen was mitgemacht haben.

Außerdem gibts in PB viel englisches Militär, 11 000 Soldaten und Angehörige, einige englische Siedlungen und die Senne als großer Truppenübungsplatz (120 Quadratkilometer). Dort wurden 25 000 Soldaten für den Golfkrieg ausgebildet und englische Spezialtruppen üben für den Einsatz in Irland. Auch GSG-9-Einheiten waren in der Senne beim Training. Bis auf den Protest von direkten AnwohnerInnen gabs in den letzten Jahren keinen nennenswerten Widerstand gegen die Militarisierung.

Lokalpolitisch zu bemerken wäre erstmal die absolute Mehrheit der CDU, die ihre Vormachtstellung mit ihrer Partei-Tageszeitung »Westfälisches Volksblatt« aufrechterhält. Das WV hat einen Verbreitungsgrad von 80 bis zu 95% . Die zweite Tageszeitung »Neue Westfälische« bemüht sich um eine weniger offensichtliche Hetze gegen allmögliche »Randgruppen«. So wird meistens von Schützenfesteinsätzen des Bürgermeisters berichtet. Zu bemerken wäre ebenfalls das Wahlergebnis der GRÜNEN: 8% , in zwei Stadtteilen sogar 12%.

Umstrukturierung

Das Jahr 93/94 war das Jahr der Umstrukturierung und Veränderung des Stadtbildes. Die Landesgartenschau als 60-Millionen-Ding zog andere Projekte mit sich. So wurde mit der Planung »Bauen mit der Natur« eine neue Wohn- und Infrastruktur für den gehobenen Öko-Mittelstand geschaffen. Die Einkaufszonen sollten so durch Renovierung und Ausbau vom »Schandbild zum Aushängeschild« werden (in der Innenstadt zur Zeit 300 Einzelhandelsbetriebe). Die Hauptpost wurde aus der Innenstadt verbannt, für sie gibts ein neues Modehaus, besonderer Stolz mit eigener Monatszeitung ist die Libori-Galerie, ein im Bau befindlicher Glaspalast/Einkaufszentrum mit Eigentumsappartments (früher standen da über zehn Mehrfamilienhäuser, von denen vier kurzzeitig besetzt wurden). Außerdem wird ein neues Parkhaus gebaut, im letzten Jahr wurde die B1 und der Flughafen PB/Lippstadt erweitert. Von der Presse und Lokalpolitik wird eine Bau- und Investitionseuphorie ausgegeben, mit vielen »Paderborn-Tagen«, gemischt mit Kultur wird das neue Gesicht der Stadt gefeiert. Nebenbei die üblichen Maßnahmen, so wurden die Junkies aus dem Paderquellgebiet (Stadtpark) vertrieben, bei den Jugendlichen schaffen sie es trotz massiver Bullenpräsenz nicht. Dabei stellt des Paderquellgebiet einen der wenigen Orte dar, an denen es wenigstens annähernd sowas wie sozialen Austausch gibt. Nebenbei existieren natürlich Kneipen, aber die sind auch immer auf ein bestimmtes Publikum ausgerichtet. Es gibt zwei HOTs (Haus der offenen Tür) die ganz klar in der Hand von ausländischen Kids und ansonsten geächtet sind. Einen Platz, von dem mensch sagen könnte, hier gehts z.B. am Wochenende ab, gibts nicht.

Soziale Situation

Außer den Ausweitungen der Gewerbegebiete nehmen die Baugenehmigungen für 1-2-Familienhäuser zu, wogegen die Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser und Wohnungen abnehmen (plus bzw. minus 20%). Trotzdem lebten 1993 250 Menschen ohne Dach über dem Kopf, es besteht ein Bedarf von über 1000 Sozialwohnungen, an den Stadträndern (Lieth, Kaukenberg, Stadtheide) wird wie wahnsinnig gebaut, es ist unklar, was aus den meisten Eigentumswohnungen wird. Auf jeden Fall verlagern sich da Bevölkerungsschichten, total viele junge Leute und AussiedlerInnen ziehen da hin. Naja, es besteht so gut wie kein Kontakt zu Leuten aus den paar Blocks, aber mal sehen.

Zum Arbeitsmarkt:

Durchschnittlich sind (mit saisonbedingten Schwankungen um 0,5%) 10% der Leute arbeitslos. Im Dezember 93 gabs 35,4% mehr als im Vorjahr, in den letzten zwei Jahren eine Zunahme um 52,4%, was wohl strukturell bedingt ist, da sich viele Betriebe auflösten. 1993 waren starke Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen, 32 000 Arbeitslosmeldungen und 28 000 Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit. Beschäftigungszunahmen gab es, wie wohl überall, im Dienstleistungsbereich, im Handel und im Baugewerbe. 80% des Arbeitsplatzabbaus entfielen auf den Metall und Elektrobereich. Insgesamt lag die Beschäftigung in PB unter dem Landesdurchschnitt, so 3,1%. Zum Teil schickten 65 Betriebe bis zu 6200 Leute auf Kurzarbeit. In der Industrie wurden 14,8 % weniger Azubis eingestellt, im Handwerk dafür 14% mehr. 1994 gab es einen

weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, was von offizieller Seite auch mit der wachsenden Bevölkerung begründet wird. 1994 dürfte es deutlich mehr als 10 000 Sozi-EmpfängerInnen geben, im Mai 94 waren 340 ABM-Stellen besetzt. Die Stadt Paderborn scheint bisher nicht auf Rekrutierung Arbeitsloser zu 2-Mark-Jobs zu setzen, doch der Druck ist größer geworden, mensch muß wohl mehr Vorstellungsnachweise vorlegen. Alle Organisationen, die was zu Arbeits- oder Wohnungslosigkeit machen, sind zumindest von der Stadt unterstützt und stehen in Kontakt mit den Behörden. Eine Selbstorganisation gibt es nicht.

Zur wirtschaftlichen Situation, Industrie usw.:

Der Schwerpunkt der PBER Wirtschaft liegt im verarbeitenden Gewerbe, bei der Computer/Elektroindustrie, beim Maschinen- und Stahlbau, Möbelherstellung, Nahrungsmittelindustrie und Autozulieferern. Im Baugewerbe arbeiten rund 2800 MalocherInnen, in PB existieren 800 Handwerksbetriebe mit 6000 ArbeiterInnen. Alles mehr oder weniger kleine Buden und Familienbetriebe. Kurze Auflistungen der Betriebe:

- Pesag (Verkehr/Energie) ca. 400 ArbeiterInnen
- Ausbesserungswerk DB 1000
- Claas (Landwirtschaftliche Maschinen) 560
- Hanning (Kunststoff) 420 (vor kurzem 100 Leute entlassen)
- Bremer (Stahlbeton) ca. 250
- Benteler Stahlbau 4200
- SNI (Computer) 5750 (auch 150 Leute in letzter Zeit entlassen)
- BPW (Achsenfabrik) 300 (neulich 280 entlassen)
- Hella (Autozulieferer) 1000
- Welle (Möbel) 720
- Stute (Nahrungsmittel) ca. 900

Die restlichen größeren Betriebe liegen so bei 200 Leuten, der größte Bauunternehmer beschäftigt 380 Arbeiter.

Gewerkschaften und Tarifverhandlungen in den letzten Jahren

Zur Zeit 29 000 Mitglieder beim DGB, davon 9000 bei der IGM. Die Gewerkschaften, bzw. ihre Funktionäre erscheinen mit mehr oder weniger großen Abständen mit Kommentaren in der Tageszeitung, meistens antwortet dann der Arbeitgeberverband, das ist dann eigentlich die öffentliche Erscheinung. Bei den Aktionen und Demonstrationen gegen den Golfkrieg nahmen allerdings viele Gewerkschaftler teil. Zu den 1. Mai-Veranstaltungen kommen jährlich weniger Leute (dieses Jahr 300), nach den Kundgebungen und dem Umzug wird in der Paderhalle weiter gefeiert. Der Infoladen war die letzten Male mit einem Stand da, es wurde aber nicht viel dazu vorbereitet, wenig über Arbeit, Arbeitskämpfe, Betriebssituation von unserer Seite gebracht. »Offensiver« trat der DGB, eher die IGM während den Tarifstreits März/April 93 und Februar 94 auf. 1993 gabs Zoff bei Stute, weil die Konzernleitung versucht, durch Gründung von Einzelfirmen den Betriebsrat auszuhebeln, die Auseinandersetzung zieht sich bis heute. Stute ist zu dem Zeitpunkt aus allen Arbeitgeberverbänden ausgetreten und kürzte und feuerte knallhart

(Stute drohte damit, die Hälfte der Belegschaft zu entlassen.). Die Arbeitssituation hat sich auch nicht großartig geändert, wir wollen versuchen, Kontakt zu Stute-Leuten aufzunehmen. Nachdem die Verhandlungen zum Haustarif gescheitert waren, stand auch bei Westfleisch der Streik ins Haus. Bei Benteler kündigte sich im April 1993 eine Massenentlassung in Paderborn (450) und Ausschließung beim Werk in Eisenach an, die IGM in PB drohte mit Streik. Zu der Soli-Kundgebung für die Leute im Osten kamen allerdings nur 250. Es gab auch in anderen PBER Betrieben massive Entlassungen. Bei den Tarifverhandlungen '94 gab es eine Metaller Demo mit 3000 und Warnstreiks mit 4900 Leuten. Es ist schwierig einzuschätzen, wie abhängig die Mobilisierung von der Gewerkschaftsstruktur war, wohl ziemlich. In nächster Zeit müssen wir versuchen, die einzelnen Kontakte, die über Ecken in einzelne Betriebe bestehen, irgendwie zu nem Infoluß zu bringen. Wir haben z:B. den Verlauf bzw. die Auswirkungen des Poststreiks in PB kaum beobachten können.

Zum politischen Widerstand in Paderborn:

In PB gab es immer mal wieder Highlights der Bewegung, z.B während Friedensbewegung, Anti-AKW, Zentrumsbewegung. Die letzte größere Mobilisierung, von Altlinken bis hin zu SchülerInnen, waren die Aktionen gegen den Golfkrieg. Der Hauptverkehrsknotenpunkt war mehrere Tage besetzt, vor allem der jüngere Teil fand auch Zugang zu radikaleren Positionen. Bei der Organisation des Widerstandes spielte der Infoladen eine maßgebliche Rolle. Der Laden existiert seit 1989 und war hauptsächlich Treffpunkt verschiedener Gruppen aus dem autonomen Politikfeld. Nachdem die Faschisten aus dem PBER Stadtbild verschwunden waren und viele GenossInnen in die Metropolen gegangen sind, ist die Scene zahlenmäßig geschrumpft. Die Bezugspunkte sind verloren gegangen, viele GenossInnen diskutieren privat, mensch trifft sich mal bei Veranstaltungen oder diversen anderen Gelegenheiten. Die Stimmung bei den Verschiedenen Leuten ist auch schwer einzuschätzen, da es kaum noch feste Gruppen gibt, wo Leute längere Zeit was machen. Wahrscheinlich werden wir alle erstaunt sein, wieviel Leute beim nächsten Großereignis aus ihren Privatkisten kommen. Bei den Jüngeren gab es einige Versuche, eine politische Praxis zu organisieren, von einer trotzkistischen Gruppe über die »JungdemokratInnen« (Radikaldemokratisch) und SchülerInnengruppen im Laden. Aber es gibt nur sporadische Punkte, an denen sich das vereinheitlicht, z.B. bei Verhinderung eines Fascho-Treffens. Es gibt verschiedene Gruppen die z.T. schon seit Jahren mit Flüchtlingen zusammenarbeiten. Bemerkenswert ist die Kontinuität des »Mitteilungsblatt«, das mittlerweile im 8. Jahrgang existiert und versucht, lokalpolitisches, Betriebsnachrichten und aktuelle politische Themen aufzugreifen. Es geht bei der Suche nach einer Perspektive des Widerstandes in Paderborn darum, einen Austausch zwischen den GenossInnen, die in noch in anderen Bereichen arbeiten, herzustellen, zwischen denen, die vielleicht vor Jahren in Lehrlingsgruppen waren und den Leuten, die heute versuchen, was neues zu machen. Es ist nicht immer toll, aber mensch kommt hier nicht wie in anderen (Groß-)Städten (mit einer Scene, die den Schein noch aufrecht erhält) darum herum, sich auf diese Suche zu machen. ■

Knastrevolte in Kassel im Juli '94

Ausgangspunkt der Revolte der überwiegend algerischen Flüchtlinge war der Versuch eines deutschen Häftlings in Sicherheitsverwahrung, mit einer Bombenattrappe seine Freilassung zu erzwingen. Er hatte kein Glück und wurde überwältigt. Im folgenden allgemeinen Durcheinander nahmen die Flüchtlinge einen Wärter gefangen, und der Aufstand ging los. Der deutsche Häftling war zwar in eine Sonderzelle gesperrt worden, tauchte aber einige Stunden später auf einem Knastdach auf (die Flüchtlinge hatten alle Zellen geöffnet) und wurde dort von einem Spezialekommando der Bullen festgenommen. Hier ein Bericht von einem Genossen, der während der Revolte an der Solidaritätsdemonstration vor dem Knast teilgenommen hat:

»Wir sind erst gegen 19 Uhr in Kassel angekommen. Die Straße, an der der Knast liegt, war für den Autoverkehr gesperrt. Auf einem nahegelegenen Platz war ein Sanitätslager aufgebaut, das verdeutlichte, womit die Bullen rechneten. Die Luft war total verraucht und am Himmel hing eine riesige Rauchwolke, aber die Feuerwehr bekam den Brand (aufgrund von Gegenwehr? die Bullen sagten, daß die Flüchtlinge den Einsatz behindern würden) nicht unter Kontrolle. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite standen Schaulustige, zum größten Teil Jüngere. Neben dem üblichen »alles Verbrecher« gabs auch Kommentare wie »endlich ist hier mal was los«. Am meisten Bewunderung fand der Brand des Trakts. Ein paar Bürgerrechtler griffen die vereinzelt rumstehenden Bullen verbal an, ansonsten blieb die Parteinahme zugunsten der Häftlinge weitgehend aus. Wir haben dann GenossInnen getroffen, die berichteten, daß sie am vormittag bei einer versuchten Kundgebung von Bullen weggedrängt worden waren. Leider liefen viele Leute einzeln herum, es war keine Organisation oder Absprache erkennbar. Wir sind mit ca. 25 GenossInnen zur Rückseite des Knasts gegangen, da die Vermutung bestand, daß die Gefangenen bei einer Stürmung von dort abtransportiert werden würden. Der Knast liegt zu dieser Seite in einem »Arbeiterviertel«, es standen auch viele Leute, auch viele AusländerInnen an der Polizeiabspernung. Von dort war das Ausmaß des Brandes gut erkennbar, der ganze Werkstatt-Trakt stand in Flammen. Die Bullen hatten sich mit Wasserwerfer und Räumpanzer postiert. Die Stimmung bei den Umherstehenden reichte von bekundeter Solidarität (gerade bei den ausländischen Leuten) bis zu Ablehnung. Insgesamt überwog aber eher eine ablehnende bis ratlose Haltung, es wurde oft gefragt, warum die Gefangenen den Knast ansteckten und einen Wärter zur Geisel nahmen. Viele Leute wußten nicht, daß es sich um Abschiebehäftlinge handelte bzw. warum Flüchtlinge in Abschiebehäftlinge gesteckt werden. Es war möglich, Diskussionen zu führen, mensch traf sich oft auf der Ebene, daß die Bullen nicht das ganze Viertel mit ihren Wagen und Mannschaften zuschießen sollten, aber gerade auch wegen der »Klassenlage« des Viertels wäre zumindest ein Flugblatt oder ein Redebeitrag angebracht gewesen. Bis auf ein, zwei Gefangene auf dem Dach war von den Kämpfenden selbst nichts zu sehen. Nach einer Stunde, der Brand war mittlerweile so gut wie gelöscht, ging ein Trupp maskierter GSG-9 oder SEKler (?) in den Knast und nach weiteren zehn Minuten wurde der erste Flüchtling im Polizeigriff in den bereitstehenden Gefangenentransporter gebracht. Wir riefen ihm und den Folgenden zu, was nur zum Teil auf Ablehnung bei

den ZuschauerInnen stieß. Insgesamt wurden drei Gefangenentransporter abgefahren. Die Bullen schienen zunehmend nervös. Wie später in der Presse berichtet, machte ihnen der Rauch zu schaffen, sie fanden die Kämpfenden und ihre Geisel nicht. Nach dem Abtransport war die Stimmung ziemlich gedrückt, ein paar GenossInnen waren vorher schon abgehauen, und das Gefühl, nicht konsequent genug vorzugehen, verstärkte sich noch. Es wurde diskutiert, ob mensch sich hätte vor die Gefangenentransporte stellen sollen, was angesichts der Bullenübermacht für wenig effektiv erachtet wurde. Trotzdem gab es, nachdem die Polizeiabsperrung (dieses Plastikseil) mehrfach am Boden lag, eine Rangelei, als vier Bullen versuchten, einen Genossen in ihre Gewalt zu kriegen. Die Bullen befanden sich aber schnell in der Gewalt des Volkes, sie waren eingekreist. Die Verstärkung kam mit gezückten Knüppeln angerannt und schlugen ihre Kollegen frei, was ihnen Pfiffe von den Leuten einbrachte. Recht schnell standen wir (die DemonstrantInnen) allein da. Nachdem die Lage beruhigt schien, gabs plötzlich das Kommando, uns wegzuräumen, sie hetzten uns die Straße runter, traten auf Leute, die am Boden lagen. Es ging alles recht schnell, sie versuchten, so viele wie möglich festzunehmen, ca. acht haben sie erwischt, ein Genosse hat ne schwere Kopfverletzung abgekriegt und mußte mit dem Krankenwagen abgeholt werden. Gleichzeitig gaben die Bullen am Anfangsort die Aufforderung an die ZuschauerInnen durch, den Platz zu verlassen. Wir wissen nicht, wie die Leute da auf den Einsatz reagiert haben. Wir schätzen, genauso sauer wie die Leute in den Fenstern und vor den Häusern, die echt sauer waren, von wegen »Drecksbullen, mit zehn auf einen«, »dafür zahlen wir Steuern« u.s.w. Es blieb echt ein Scheißgefühl zurück. Am meisten enttäuschte, daß nur so wenig gekommen sind. Wir haben uns auf der Rückfahrt gefragt, wo denn die sonst ach so gut organisierten GöttingerInnen geblieben sind. Andererseits, wenn die da als Hardcore-Block aufgetreten wären, hätte es wahrscheinlich noch weniger Verbindung zu den Leuten aus dem Viertel gegeben. Wir haben uns gefragt, ob und wie wir den Leuten auf der Straße eine Verbindung zu den Kämpfenden im Knast aufzeigen können. Daß die Flüchtlinge den fight in so ner Militanz gegen das Knastregime aufgenommen haben, hat bestimmt viele beeindruckt, das war mehr als eine »Sensation«. Wer weiß, was passiert wäre, wenn nicht die Bullen zuerst angegriffen hätten?«

So, wir denken, daß der weitere Verlauf des Kampfes bekannt ist. Wir wissen auch nicht, ob es nach dem Bulleneinsatz noch ne Aktion gab, oder ob alle down waren. Ein Gefangener aus dem Abschiebeknast Büren, den eine Genossin zwei Tage drauf besuchte, sagte, daß es bei der nächsten Schweinerei auch in Büren wieder knallen wird. Nur wird die Öffentlichkeit davon weniger mitkriegen, das macht Angst. ■

Uruguay: Generalstreik für das Recht auf Asyl

Am 24. August hat die uruguayische Regierung ein Massaker angerichtet. Die Polizei schoß mit scharfen Waffen und schlug von Pferden aus mit Säbeln auf tausende von DemonstrantInnen ein, die sich vor einem Krankenhaus versammelt hatten, um die Auslieferung von drei baskischen Flüchtlingen an den Spanischen Staat zu verhindern. Zwei Menschen wurden dabei ermordet und hunderte verletzt, viele von ihnen schwer². Im Mai 1992 waren 13 BaskInnen in einer gemeinsamen Aktion von uruguayischer und spanischer Polizei in Montevideo verhaftet worden. Nur bei drei von ihnen wurde der Auslieferungsantrag bestätigt, die Auslieferung aber aus juristischen und politischen Gründen hinausgeschoben³. Angesichts der bevorstehenden Auslieferung traten die drei baskischen Gefangenen Anfang August in den Hunger- und später auch in den Durststreik: »Lieber sterben wir in Montevideo...«.

Die Ereignisse

Seit der Verhaftung vor über zwei Jahren gab es immer wieder breite Solidaritätskundgebungen, für die Freilassung der BaskInnen und für das Recht auf Asyl. In den letzten Tagen vor der Auslieferung kam es nochmal zu einer beeindruckenden Massenmobilisierung: Nach der Verlegung der Hungerstreikenden in ein Krankenhaus am Freitag, 19.8., sind dort Tag und Nacht spontan hunderte und später tausende von Menschen anwesend. Am Sonntag ruft der Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT zu einer Demo vor dem Krankenhaus am nächsten Tag auf. Am Montag bleiben Schulen und Hochschulen in Montevideo nach einem Streikaufruf der Gewerkschaften des Bildungsbereichs geschlossen; zu der Demo kommen 30 000. Auf Druck der Basis beschließt der PIT-CNT den landesweiten Generalstreik ab Dienstag und einen Marsch, nach dem über die Fortführung des Generalstreiks entschieden werden soll. Der Streik wird mit einer knappen Abstimmung Dienstag nacht wieder beendet, und zu einer weiteren Demo am Mittwoch aufgerufen.

Mittwoch morgen um 4 Uhr werden die DemonstrantInnen vor dem Krankenhaus das erste mal von der Polizei angegriffen. Im Laufe des Tages kommen immer mehr Menschen dort hin. Um 17 Uhr, kurz vor Ankunft der PIT-CNT Demo, greift die Polizei die Menge mit Knüppeln, Gas und Säbeln an. Aber die Leute lassen sich nicht vertreiben. Als am Abend die Ambulanzwagen kommen, um die Gefangenen zum Flughafen zu bringen, beginnt das Massaker gegen 10 000 protestierende Menschen. Die Polizei setzt sofort Schußwaffen ein. Stundenlang herrscht in dem Viertel Kriegszustand.

Der PIT-CNT beschließt als Reaktion auf das Massaker für Freitag einen weiteren Generalstreik. Zigtausende gehen zur Beerdigung der Ermordeten auf die Straße. Mithilfe eines Dekrets aus der Zeit der Diktatur werden die beiden linken Radios, die laufend über die Ereignisse berichtet hatten, zunächst für 48 Stunden geschlossen, und

² Siehe Direkte Aktion Nr. 106 und Frankfurter Rundschau vom 31.8.94.

³ Siehe ila Nr. 176, Juni '94.

Radio Panamericana anschließend die Lizenz entzogen. Tausende versammeln sich daraufhin vor dem Radio, um die Räume und die Leute zu schützen.

Auch in Euskadi wird in diesen Tagen ständig demonstriert. Zur Solidaritätsdemonstration für Uruguay am Samstag nach dem Massaker kommen 10 000 Leute nach Donostia (San Sebastian). Im Anschluß an die Demo findet eine längere Straßenschlacht mit den Spezialeinheiten der baskischen Polizei statt. Schon in den Nächten davor hatte es in vielen Städten Sachschäden und Auseinandersetzungen gegeben. In Renteria werden am Samstag zwei baskische Polizisten durch einen Molotow-Cocktail schwer verletzt. Am 10.9. kommen wieder 10 000 nach Donostia, zu einer Kundgebung für die 550 baskischen Gefangenen, die eine Woche vorher einen Hungerstreik begonnen haben. Auch hierbei ist die Solidarität mit Uruguay eins der Hauptthemen.

(Zur Einschätzung der Zahlen: Euskadi und Uruguay sind beides kleine Völker von 3 Millionen. In Montevideo leben 1,3 Millionen Menschen).

Bewegung in Uruguay

Die ArbeiterInnenbewegung hat dort eine lange Tradition. Schon im letzten Jahrhundert wurden von Immigranten die ersten anarchistischen Gewerkschaften gegründet. Die Gewerkschaften waren und sind bis heute stark politisiert, auch wenn sie sich seit den 60er Jahren nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft organisieren. Während der Diktatur konnten Strukturen im Untergrund aufrechterhalten werden, und die ArbeiterInnen-Bewegung war wesentlich für die Wiederdurchsetzung der »Demokratie«. Bis heute werden viele Gewerkschaften von Linken angeführt. Es ist für uruguayische ArbeiterInnen nichts Außergewöhnliches, auch für politische Ziele auf die Straße zu gehen und zu streiken. Trotz unübersehbarer Sozialdemokratisierungstendenzen im Dachverband gelingt es der Basis immer wieder, den Apparat in Bewegung zu setzen, teilweise mithilfe von Koordinationen streikender Belegschaften oder sozialen Bündnissen auf Stadtteilenebene. Viel Apparat gibt es bei den uruguayischen Gewerkschaften sowieso nicht, da die meisten kein Geld für Funktionäre haben. Die Basiskomitees oder Gewerkschaften auf Betriebsebene sind tatsächlich noch Basisorganisationen. Und »Streikbrecher« ist neben »Milico« (Militär, Bulle) das härteste Schimpfwort im Land.

In Uruguay hat von 1973 bis 84 eine brutale Militärdiktatur geherrscht, vor der 500 000 Leute aus dem Land fliehen mußten. Diese Erfahrung ist noch längst nicht vergessen, und für UruguayerInnen ist es unmittelbar klar, welche Bedeutung das Asylrecht hat, wenn man vor einem folternden Regime fliehen muß. Außerdem wird die Tatsache, daß in Spanien bald 20 Jahre nach dem Tod Francos, unter einer sozialdemokratischen Regierung, immer noch gefoltert wird, in Lateinamerika wahrscheinlich von wesentlich weniger Leuten bezweifelt, als in Europa. Die Verteidigung des liberalen Asylrechts, der Protest gegen die spätkoloniale Einmischung des Spanischen Staates und die Solidarität mit drei Flüchtlingen in Lebensgefahr – das war für zigtausende UruguayerInnen Grund genug, die Arbeit niederzulegen und auf die Straße zu gehen.

Bei den Mobilisierungen waren sehr viele Jugendliche aktiv. Auch in Uruguay haben die Parteien und Organisationen Nachwuchsprobleme, und viele ältere Kader beklagen sich darüber, daß die Jugend so unpolitisch ist und sich nicht organisieren will (zumindestens nicht in den altbekannten Organisationsformen). Aber wenn etwas passiert, dann sind sie plötzlich da: »Das ist eine neue Form in der sich die Bewegung, die Jugend,

wieder organisiert, die nicht auf den bekannten Pfaden verläuft, sondern die klare Ziele sehen muß, die sie bewegen. In solchen Momenten, da organisieren sich die Leute selbst. Das sind Dinge, die eine neue Dimension beinhalten, und deshalb muß man sie gründlich analysieren« (Pepe Mujica, Tupamaro).

Warum das Massaker?

Diese Frage wird zur Zeit überall gestellt, und kann noch nicht beantwortet werden. Klar ist, daß die Brutalität geplant war. Schon vorher waren in Krankenhäusern der Umgebung Betten reserviert worden, und es gab Warnungen von Polizisten, Kinder wegzubringen. Im ganzen Viertel fielen kurz vorher Strom und Telefone aus. Es ging bei dem Angriff nicht darum, einen Weg freizumachen, sondern er war von Anfang an darauf angelegt, Leute zu verletzen und zu ermorden. Sie wurden nicht verjagt, sondern im Viertel eingekesselt und gejagt.

Welche Fraktionen der Macht stecken hinter diesem Einsatz? War das der Auftakt zu einer neuen Phase von Ausnahmezustand, zu einer härteren Repression gegen Linke und ArbeiterInnen-Bewegung? Dafür sprechen die Gerüchte über bewaffnete Demonstranten oder aus Brasilien eingereiste Eurras (ETA-Mitglieder), die sofort lanciert wurden (aber nicht bestätigt werden konnten), die Anspielung auf die 70er Jahre (die Zeit von starker Bewegung und Stadtguerilla, kurz vor der Diktatur), die markigen Worte von Präsident Lacalle, daß der internationale Terrorismus nicht durchkommen würde - und die Schließung der Radios. Oder sollte kurz vor drei Volksabstimmungen und den Wahlen im November in der Bevölkerung Angst verbreitet werden, Angst, auf die Straße zu gehen und Angst vor einem neuen Militärputsch, im Falle einer »falschen« Wahl?

Eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung zum Wahlverfahren und zur Privatisierung des Rentensystems hat am Sonntag nach dem Massaker stattgefunden. Alle waren davon ausgegangen, daß die Regierung damit durchkommen würde. Aber nach dem »Schwarzen Mittwoch« sagten fast 70 Prozent des Volkes wieder einmal NO.

Solidarität mit Radio Panamericana

Dieses zur Zeit geschlossene Radio wird seit 1988 von den Tupamaros betrieben, nicht als Parteisender, sondern als das »Radio der Leute«, in dem diese selbst zu Wort kommen, von ihren Kämpfen berichten und diskutieren können. Zeitungen sind teuer und für viele unerschwinglich. Das Radio spielt eine große Rolle für die Information und Mobilisierung. Von hier aus wurden Unterschriften für ein Referendum gesammelt oder Lebensmittel für Streikküchen, zu Demonstrationen aufgerufen oder zur Unterstützung von ArbeiterInnen in besetzten Fabriken. Vor allem die Kämpfe der ArbeiterInnen nehmen im Programm breiten Raum ein.

Durch die Schließung verschärft sich die sowieso chronische Finanzkrise des Radios. Die 40 ArbeiterInnen von Panamericana (nicht nur Tupas, sondern auch Leute, die schon lange vorher dort gearbeitet haben) kämpfen jetzt auf juristischem und öffentlichem Weg für die Wiedezulassung des Senders.

Wer für dieses Projekt ein paar Mark übrig hat, sollte sie schnell überweisen an:

Solidaritätsfonds Demokratische Medien in der Welt, Ökobank e.G.,

BLZ 500 901 00, Kto-Nr. 100 028 00, Stichwort: Panamericana

Fragmente Nr. III

Freiburg, Aug./1994

Diskussionsanregungen zum Thema: aktueller Rassismus / dessen Struktur u. Akzeptanz.

Der bürgerliche Gleichheitsanspruch beinhaltet auf der realen gesellschaftlichen Basis die Aussonderung und Diskriminierung wie das Müslibrot die Körner!

- *Die Forderung: "Müslibrot für Alle" ist sichtbar als Fallstrick zu erkennen!*

Es wird zwar immer wieder erwähnt, daß Rassismus eine Herrschaftsideologie ist aber weniger, wie diese Herrschaft beschaffen ist. Es geht darum zu erahnen, wie die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft Rassismus als strukturellen Normalzustand immer wieder neu reproduziert. Das betrifft nicht nur den staatlichen oder institutionellen Rassismus, wie er in Internierungs- und Abschiebelager z.B. zum Ausdruck kommt, sondern auch die breite Akzeptanz in die staatliche Aussonderungspolitik. Im aktuellen Umbau der Gesellschaft ist eine Tendenz weg von "zu viel staatlichen Regulierungen und sozialen Abfederungen" hin zu verschärftem Arbeitszwang, genereller Senkung der Lohnniveaus, sowie verschärfter Selektion festzustellen (mit zigfacher hierarchischer Abstufung/ Geschlechter¹ /Rassismus usw.)

Entsprechend ist der offener zutage tretende Rassismus eine traurige Normalität des sich brutalisierenden kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, dessen Ausgang natürlich auch von der Potenz des Widerstandes abhängig ist.

Dieser verschärften gesellschaftlichen Ausgrenzung (das betrifft nicht nur Flüchtlinge) eine moralisch, integere antirassistische Haltung entgegenzuhalten reicht nicht aus. Praktische Unterstützung der Flüchtlinge und ihrer Proteste ist mehr als notwendig, können aber in Anbetracht der derzeitigen Machtverhältnisse die gesellschaftlichen Grundlagen, aus denen Rassismus resultiert, nicht global angreifen - kaum diese erkennen und offenlegen.

Selbst die passive Akzeptanz von Selektion, Internierung und Existenzzug sowie Abschiebungen werden durch "ehrlich gemeinte" Menschenrechts- und Gleichheitspositionen nicht verhindert.

Dadurch wird vielleicht sogar die Erkenntnis, wie diese Herrschaft/Gesellschaft verfaßt ist, verschleiert:

Die Menschenrechte sind entgegen vielbeschworener Idealisierungen keine natürlichen, unveräußerlichen Rechte, weil sie immer nur in der gesellschaftlichen Realität bestimmt sind (d.h. sozial und materiell für Alle existieren oder nicht, bzw. nur für einen kleinen Teil).

In diesem Sinne ist Rassismus nicht Bestandteil jeder Klassengesellschaft, sondern untrennbar mit der bürgerlich, kapitalistischen Gesellschaft verwoben. Er ist ein Produkt der westlichen Zivilisation. Mit seiner (natur)wissenschaftlichen Begründung hat er sich in Europa zu einer Zeit entwickelt, als auf diesem Kontinent die größten Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung gemacht wurden.

Die "unveräußerlichen, naturhaft gegebenen" Menschen- u. Gleichheitsrechte waren Kampfbegriffe und Kriterien der Aufklärung sowie der bürgerlichen Revolution zur Beseitigung der offenen und statischen Klassengesellschaft, des Feudalismus. Die Menschen/Individuen mußten aus Leibeigenschaft, Subsistenzproduktion und statischer

Ständeordnung freigesetzt werden. Die Kämpfe für "wirkliche Freiheit" wurden vom Bürgertum besiegt oder für ihre Ziele vereinnahmt: Sie unterlagen also der objektiven geschichtlichen Entwicklung.² Die bürgerliche "Freiheit" war notwendig um die kapitalistische Produktion von Waren/Werten (im Vergleich zu Gebrauchsgütern, Subsistenz) und deren massenhaften Tausch zu organisieren. So sind die Menschenrechte von Anfang an die Form, in der die Individuen im Rahmen allgemeiner Konkurrenz und auf sich alleine gestellt, sich als Eigentümer von Waren gegenüberreten konnten. Die Art der kapitalistischen Produktion und des Warentausches, auf allgemeinem gesellschaftlichen Niveau, bestimmten immer mehr die gesellschaftlichen Verkehrsformen und die Begegnung der Menschen. Die Menschenrechte sind die Form, in der sich die Individuen als quasi "lebendige Waren" gegenüberreten. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft ist bis heute (unter wechselnden Bedingungen) zur einzigen Existenzgrundlage für den überwiegenden Teil der Menschheit geworden. Die Arbeitskraft aber wird nicht verkauft zur Produktion von Gebrauchsgütern, die menschliche Bedürfnisse befriedigen sollen (dazu müßten die ProduzentInnen den gesamten Prozeß auch selbst bestimmen können), sondern zur Produktion von Waren, primär als Tauschwerte mit dem einzigen Ziel das verbrauchte Kapital zu erneuern und immer neues dazu aufzuhäufen⁴.

Im Taumel des allgemeinen und "gleichberechtigten" Warentausches wird die Grundlage kapitalistischer Akkumulation (Anhäufung von Kapital im marxistischen Sinne) extrem verschleiert: Die Enteignung und Entfremdung der ProduzentInnen von dem Produkt, dem durchschnittlich (auf dem Grad und Niveau gesellschaftlich organisierter Produktionsverhältnisse) erzielten Mehrwert⁵ ihrer Arbeit. Es geht hier um ein Verständnis von abstrakter Arbeit⁶. Die ArbeiterInnen (im weitesten Sinne) aber erhalten nur einen Bruchteil des produzierten Wertes als Lohn. Dieser Bruchteil wird kleiner je höher die Produktivität⁷ ist.

⁴ Um als Tauschwert zu funktionieren, muß die Ware natürlich ein gewisses Maße an Gebrauchswertanteil oder Quasi-Gebrauchswert/künstlich geschaffene Bedürfnisse, enthalten: Doppelcharakter der Ware.

⁵ Alles, was die gesellschaftlich durchsetzbaren Kosten (Löhne, Lohnersatzleistungen, Sozialhilfe, etc.) für die Wiederherstellung der allgemeinen (nicht nur individuellen) Arbeitskraft übersteigt.

⁶ In einer kritischen Marx-Betrachtung sind drei Kriterien zu nennen: 1. Das Tauschverhältnis wird als vorherrschendes der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet. Das Tauschverhältnis wird durch die Abstraktion vom Gebrauchswert der Ware charakterisiert. 2. Verbleibt diesen Waren dann nur noch die eine Eigenschaft: nämlich Arbeitsprodukt zu sein.

"Im dritten Schritt bestimmt Marx den Charakter der Arbeit, deren Produkt die Ware ist. Wird an den Warenkörpern die Eigenschaft, Arbeitsprodukt zu sein betrachtet, wird aber zugleich von ihrem Gebrauchswert abstrahiert, so werden die Waren nicht mehr als Produkt einer bestimmten konkreten Arbeit, die einen bestimmten Gebrauchswert produziert, aufgefaßt. Die Ware gilt dann nur noch als Produkt von Arbeit überhaupt. Die verschiedenen konkreten Arbeiten sind dann "reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit" (23/52). Abstrakt menschliche Arbeit ist die "gemeinschaftliche gesellschaftliche Substanz" (ebd.) der ausgetauschten Waren. Als Kristalle dieser Substanz sind die Waren "Werte". (Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, VSA, Hamburg, 1991).

⁷ - spricht wissenschaftl. und technologische Entwicklung, sowie gesamtgesellschaftliche Verwertungsbedingungen.

Weil aber das Kapital sich aus dem abgeschöpften gesellschaftlichen Durchschnittsmehrwert erneuert, damit Kapital und Reichtum aufhäuft, entsteht ein unlösbarer Widerspruch: Immer weniger menschliche Arbeitskraft wird gebraucht⁸ obwohl letztendlich nur aus der unbezahlten menschlichen Arbeit unter durchschnittlichen gesellschaftlichen (heute weltweiten) Bedingungen das Ersetzen von verbrauchtem und das Anhäufen von hinzugewonnenem Kapital erfolgen kann⁹. Die heutige Entwicklung mit Lohnsenkung und vermehrtem Zwang zur Arbeit (auch durch Ausgrenzung "Anderer" bewerkstelligt/relative Übervölkerung) zeigt den Rückgriff auf die Aktivierung von mehr und billigere menschliche Arbeitskraft -in der Hoffnung, die Zuspitzung dieses Grundwiderspruches aufzuschieben¹⁰.

Geld ist der bestimmende Faktor, durch den die unterschiedlichsten Waren tauschbar werden. Die oben grob angerissene Art der kapitalistischen Produktion von Tauschwerten bestimmt letztendlich die gesamten gesellschaftlichen Verkehrsformen, aus denen sich die Menschen ihre Identität, ihr Selbstwertgefühl ziehen. Hier ist keine statische Totalität gemeint, sondern eine offene Dynamik, (in der die oben angedeuteten grundlegenden Widersprüche ständige Veränderungen bewirken), welche auch den Subjekten die Chance gibt, ihre Lage zu erkennen und kollektiv (relative Macht notwendig) verändernd auf die geschichtliche Entwicklung einzuwirken.

Auf diesem Hintergrund kann auch nicht von einer metropolitanen Totalität (im Sinne von alle umfassend; unveränderbar) der Subjektivität oder Ideologie gesprochen werden. Aber im Allgemeinen haben die Individuen -heute wieder verschärft- nur noch als Tauschwertproduzierende ein Existenzrecht, welches ein "natürliches Existenzrecht" ausschließt.

Diese subjektive Wirklichkeit wird aber oft erst im Verhältnis zu Menschen erkannt, denen alle menschlichen Eigenschaften zukommen, die aber aus dem Tauschprozeß¹¹ ausgeschlossen sind - ihn bewußt ablehnen oder nicht erfüllen können (z.B. Kranke, alte Menschen etc.).

Diese Menschen werden, nicht nur durch Staat und Propaganda, sondern auch subjektiv unschwer als Umkehrung der eigenen Selbstzuschreibung¹² wahrgenommen (*produktives Mitglied einer Gesellschaft/Nation zu sein, d.h gebraucht zu werden, arbeiten im kapitalistischen Sinne: von einem Großteil des produzierten Wertes enteignet zu werden*

⁸ Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist die Meßlatte für Durchschnittsmehrwert u. -profit.

⁹ Die vorübergehend, relativ eigenständige Bedeutung des im Laufe der kapit. Geschichte bis heute aufgehäuften Geld- und Vermögenskapital und dessen heutige Bedeutung in Bezug auf die globalen, weltweiten Rahmenbedingungen muß hier unberücksichtigt bleiben.

¹⁰ Aushebeln von Tarifverträgen, Flexibilisierung, entgarantierte, ungesicherte Arbeit, Senkung von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Heranziehung zu unfreier Arbeit, sog. gemeinnützige Arbeit, sowie Privatisierung und verstärkten Rückgriff auf die unbezahlte Reproduktionsleistungen bes. von Frauen etc.

¹¹ -zentral: dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft mit unterschiedl. Folgen.

¹² Hier sind die Zwänge zur bürgerlich -spezifisch: männlichen- Identitätsbildung noch herauszuarbeiten.

und dies auf Grund der Verschleierung erst gar nicht zu merken). Die Zuschreibungen - auch aus der bürgerlichen Identität heraus sind dann: "faul, unzuverlässig, arbeitsscheu und in der moralischen Wendung eines ökonomischen Begriffes: minderwertig, d.h. zur Verwertung nicht tauglich oder nicht zugelassen"¹³.

Die sich -wie oben angedeutet- selbst als produktive BürgerInnen identifizieren, machen den ökonomischen (gesellschaftlichen) Zwang zu ihrer Identität. Die Logik der kapitalistischen Akkumulation (s.oben) weist zwei widersprüchliche Aspekte auf: Die Mobilhaltung der ArbeiterInnenschaft aus Gründen der Konkurrenz, sprich dem Interesse, die Löhne zu drücken = Destabilisierung; andererseits benötigt sie eine gewisse Stabilisierung, um die ArbeiterInnen zur Arbeit zu "erziehen" wozu ihnen die, über Generationen bestehende, Gewöhnung an die kapitalistische Arbeit als Merkmal zugewiesen wird. Diese Domestizierung sieht sie für die kapit. Ausbeutung vor oder "hält sie in Reserve". Die berühmte berüchtigte "Arbeitsmoral" ist nur ein Ausdruck davon. Desweiteren ist hier die Überbewertung der Arbeit und der Männlichkeit, die sie verleihen soll zu nennen. Der Rassismus in der Klasse gibt denen einen scheinbar festen Platz, die keinen in der Gesellschaft haben. Der Rassist betont die Ungleichheit oder seine "Höherwertigkeit" als Steigerung des Willens zur Zugehörigkeit, die im Kapitalismus (allgemeine Konkurrenz/Warenlogik) immer bedroht ist. Ausgrenzung und Stigmatisierung bis zum Pogrom, sowie deren Akzeptanz sind "logische" Folgen!

Es handelt sich um die Angst vor der Niederlage in der allgemeinen Konkurrenz; der Angst vor dem Verlust dieser produktiven Identität. Sie treibt BürgerInnen dazu, sich rassistisch (mit Unterschieden Bürger auch sexistisch) abzugrenzen bzw. sich so auszugieren. Der Verlust des Selbstwertgefühls als produktives Mitglied dieser Gesellschaft wird durch die Ausgegrenzten exemplarisch vorgeführt.

Die allgemeine Entfremdung, Konkurrenz und Vereinzelung läßt es immer weniger zu, daß die Individuen die Allgemeinheit ihrer Interessen erkennen. Rassistische, bzw. sozialhygienische Ausgrenzungen bzw. Diskriminierungen können so kaum als den gemeinsamen "objektiven Interessen" entgegenstehende erkannt werden.

So wurde der autoritäre (sozial)Staat im Laufe der bürgerlich, kapitalistischen, sowie Nationalstaatsentwicklung zur Anspruchsadresse für die eigenen sozialen Sicherheiten auch der meisten Lohnabhängigen und BezieherInnen von Lohnersatzleistungen. Der aktuelle Umbau des "Sozialstaates" hat daran noch nicht wesentlich gerüttelt. Die StaatsbürgerInnen wännen sich so unter besonderem Schutz von Staat/Nation. Nationalismus, Anschläge, offener oder versteckter Rassismus bzw. die stumme Duldung von Ausgrenzung sind demnach der Versuch, dem Staat die eigene Dienstbarkeit unter Beweis zu stellen. Nicht nur wirkliche Deklassierung sondern primär die bei allen Schichten und Klassen vorhandene Angst Menschenmüll, sprich nicht mehr gebraucht zu werden. ist

¹³ Die so legitimierte Zuschreibung von "Minderwertigkeit" trägt auch bezüglich der Konstruktion von Geschlechterdifferenzen als quasi angeborene, neben sexuellen Zuschreibungen, zur patriarchalen Bewußtseins- und Ideologiebildung bei.

die ökonomische¹⁴ Seite des Rassismus.

Es gilt also in unseren Gefilden das Deutschsein als Ticket und Vorbedingung eigenen Wohlergehens und wird rücksichtslos/brutal oder passiv gegen "Eindringlinge" und "Schmarotzer" geltend gemacht.

Dieser, der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft inwohnende strukturelle Rassismus läuft gerade in der aktuellen Krisenverschärfung Gefahr, zu einem national-sozialen Protest der bereits Überflüssigen und derer, die sich davon bedroht fühlen zu formieren, wenn nicht der Nationalstaat, sowie die bürgerlich kapitalistische Gesellschaftsordnung (samt ihrer Konstitution bürgerlicher Identität) für Rassismus und die Überflüssigmachung von Menschen, sowie für vermehrten Zwang zur schlechtbezahlten und entgarantierten Arbeit etc. als Ursachen entlarvt werden. Es kann dabei nicht primär um Aufklärung im abstrakten Sinne gehen, sondern darum, Strategien für den Widerstand entwickeln zu können¹⁵.

Der strukturelle Rassismus findet sich als andere Kraft natürlich auch auf der Seite der Politik, der Herrschenden. Der Staat garantiert die Menschenrechte nur unter der Bedingung, daß die Inanspruchnahme in den gesetzlich vorgegebenen Bahnen verläuft; insbesondere im Vertrauen auf die gesellschaftliche Zurichtung der Menschen, daß die produktive Arbeit der -so freien StaatsbürgerInnen- zur Hebung des sog. Allgemeinwohls¹⁶, beiträgt. In der aktuellen Standortdebatte zeigt sich, wie auch "Liberale" und "Linke" die Aussonderung der "Unproduktiven" oder "Überflüssigen" akzeptieren, Menschenrechte reinen Propagandawert einnehmen¹⁷ und auch die Verschärfung der Ausbeutung(sbedingungen) dadurch direkt begünstigt wird.

So sind Grund- und Menschenrechte der/des Einzelnen stillschweigend Grundpflichten

¹⁴ Hier ist nicht Wirtschaft als unabhängiger Teilbereich von Gesellschaft gemeint und ökonomisch nicht im Sinne von ökonomisch benutzt: Es geht um die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsweise und -Verteilung, sowie die zur allgemeinen Verkehrsform und Bewußtseinsform gewordene Warenhaftigkeit.

¹⁵ Es geht hier nicht um Strategie = als typisch männliche und/oder militärische! Patriarchat und der notwendige Widerstand dagegen wurde hier nicht angehängen, weil Sexismus nicht mit Rassismus, um den es hier im Speziellen geht, gleichgesetzt werden kann. Strategien müssen notwendig auch immer Kriterien für die "eigene" reflektive und widerständige Schwerpunktsetzung beinhalten. Patriarchat und Sexismus kann dabei nicht zum Anhängsel reduziert werden, genau so wenig wie zur übergeordneten, alles beinhaltenden Unterdrückung, vergleichbar der (maoistischen) Konstruktion eines Hauptwiderpruches. Und wenn hier im Text von Grundwidersprüchen die Rede ist, so geschieht dies in bewußter Abgrenzung dazu. (s. Fußnote 1).

¹⁶ Unter Allgemeinwohl ist die gesamtgesellschaftlich organisierte Mehrwertabschöpfung gemeint. Dazu gehören auch die Mehrwertanteile (die nicht in Kapitalerneuerung u. -Aufhäufung fließen) sowie Lohnanteile/ Steuern, die zur Finanzierung des "Sozialstaates" - mit all seinen auch repressiven und kontrollierenden Aspekten - herangezogen werden. Die aus dem gleichen Pott (letztendlich: unbezahlte menschliche Arbeit) finanzierten Repressionsapparate wie: Polizei, BKA, Justiz, etc, gehören genauso zum "Gemeinwohl", wie die "unvergleichlichen deutschen Autobahnen"....!

¹⁷ Dies beinhaltet die Akzeptanz der unwürdigen, erniedrigenden und existenzvernichtenden Bedingungen für die Betroffenen. Der/die metropolitane BürgerIn trägt dies als "schwere Bürde", die er/sie dem Allgemeinwohl, der "Zivilisation" der "Nation" schuldet!?

der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber. Die Freiheit der/des Einzelnen ist eben nicht "natürlich" oder formal¹⁸, sondern inhaltlich an die Kriterien produktiven Wirtschaftens und deren gesellschaftlicher Organisation insgesamt gebunden. So verläuft die Grenze nicht nur zwischen den Nationalstaaten oder Wirtschaftsblöcken, sondern mitten durch die Bevölkerung indem der Staat einen beständigen Prozeß der Aussortierung vornimmt. Die Einen werden zum Volk im Sinne eines für die Zwecke von Staat u. Kapital einsetzbereiten Kollektivs zusammengeschweißt; die für "untauglich" befundenen: aussortiert, interniert, abgeschoben oder verfolgt etc. Der Staat tritt auf, als würde er gegebene, unveränderliche: ethnische, nationale, religiöse, geschlechtliche "Eigenschaften" der Menschen einfach nur vollstrecken. Ob diese zugeschriebenen "Eigenschaften" wirklich existieren oder nicht ist völlig belanglos.

Wie die Eigenschaftszuschreibung inhaltlich aussieht: ob als "deutsche Rasse", "deutsche Kultur", "deutsche Sprache" oder "deutsche Identität" oder über ethnische, kulturelle und andere "Differenzen", ist historisch wandelbar¹⁹ und macht vom Wesen her keinen Unterschied.

Das heißt aber trotz alledem die deutsche Besonderheit in der Vorreiterrolle zu sehen, die dieses Land bei der Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei (Nationalsozialismus, Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden) gespielt hat und vielleicht auf neuer Stufenleiter und in neuen Variationen wieder spielen wird ??!

"Es kann gemutmaßt werden, daß die Dimension psychologischer Bewertung als der "Disposition" zum "normalen Leben" und die Messung der Anteile Umwelt und Vererbung, die Diskurse der "Rasse", des "Volkes", der "Nation" und der "Kultur" ablösen werden. D.h. wahrscheinlich zukünftig daß in allen "Rassen" die "Minderwertigen" mittels Gentechnologie etc. ausgesiebt werden und Hautfarbe nur noch für den Stammistisch-Rassismus aktuell sein wird, der aber - wie Straßen-Rassismus - vom Neorassismus ablenken wird."²⁰

Martin U., Freiburg, 8/1994

1. *Einschub: "In der Auseinandersetzung über Kulturdifferenzen (Neorassismus, d. Schreiber) zeigen sich nun aber auch sehr deutlich die Unterschiede zwischen den sexistischen und rassistischen Konstruktionen. Im Gegensatz zu ethnischen und kulturellen Gruppen können Frauen nicht als eine natürliche kulturelle Gemeinschaft dargestellt werden. Sexismus stützt sich in erster Linie auf genetische Differenzen zwischen Mann und Frau, und konstruiert daraus den sozialen Unterschied. (...) In dem Falle bestimmen körperliche Merkmale den Umgang von Menschen miteinander. Frauen und Frem-*

¹⁸ Als sei sie naturhaft (Menschenbild) sowieso existent und der "gute Staat" müßte nur für ihre Einhaltung Sorge tragen.

¹⁹ Die sexistische Unterdrückung nimmt eine besondere Rolle ein und "zeichnet sich durch historische Kontinuität" (mit entsprechenden Modifikationen) aus. Auch der Antisemitismus nimmt eine Sonderrolle ein. Wie ein roter, blutiger Faden zieht er sich seit dem 15. Jahrhundert -in veränderter Form bis heute durch die europäische Geschichte/"Zivilisation".

²⁰ aus. Rassismus im Wandel der Klassengesellschaft, Teil I, Anna Blume, Zeitschrift: Spezial Nr. 95.

de sind jahrhundertlang über ihren Körper und ihre Sexualität definiert worden." Weiter belegt die Autorin mit Bezug auf die Darstellungen der "edlen Wilden", die ähnlich den Darstellungen der exotischen Frau zu "Objekten" der Begierde in der westlichen Welt wurden, daß an diesem Beispiel deutlich wird, "...daß es eben nicht so sehr um den Körper an sich geht, um die Frage also, ob dieser schwarz oder weiß ist, sondern um die Eigenschaften, die ihm zugeschrieben werden." (Helma Lutz, "Rassismus und Sexismus, Unterschiede und Gemeinsamkeiten" aus: "Ein Herrenvolk von Untertanen", Diss-Studien, Duisburg, 1992)

Die bürgerlich, kapitalistische Gesellschaft kann ihren Anspruch, keine sozialen Unterschiede mehr zu machen zumindest auf der Basis von Geschlechterzugehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sozialen Gruppe (Klasse) nicht einlösen. Es handelt sich also um eine Vergesellschaftungsform, welche die bürgerlich, kapitalistische Ordnung mit verschiedenen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen vereinbart (offenes System). Patriarchat und Sexismus sind im Vergleich zu Rassismus nicht Produkt der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft. Das Patriarchat ist viel älter und existierte auch strukturell in früheren, offenen Klassengesellschaften als eine verschleierte Unterdrückungsform.

Die Deklassierung der Frauen (erste Sklaven) war ganz früh schon über die Zuschreibung von "natürlichen, naturwüchsigen" bis heute: "genetischen Unterschieden" (Differenzen) legitimiert. Patriarchat und Sexismus sind (modifiziert auf die jeweils historische Entwicklung) funktional zur bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft. Eine strukturelle Verbindung mit der kapitalistischen Akkumulation existiert sowieso durch die durchgängige Diskriminierung und Schlechterstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Frauen werden als "Zuverdienende" diskriminiert; der Familienlohn ist männlich und fixiert so materiell die patriarchale Machtposition in der ein Herren/SklavInnen-Verhältnis ökonomisch abgesichert wird; ein anderer Aspekt ist die Funktion der "weiblichen Reservearmee", etc.. Und weil es eben nicht um ein geschlossenes ökonomisches System, sondern um Produktionsverhältnisse geht, die der Zurichtung u. Organisierung der gesamten Gesellschaft bedürfen, ist die "Produktion/Aufzucht" und Reproduktion von Menschen ein zentraler Aspekt. Die metropolitane: häusliche, familiäre oder beziehungskistenmäßige, unbezahlte (nicht aus Lohnanteilen plus durchschnittlicher Mehrwehrtabschöpfung finanzierten; nicht in den direkten kapitalistischen Akkumulationsprozeß integrierten) physischen u. psychischen Reproduktionsleistungen durch Frauen (gesellsch. Zuschreibung, Normen, Zwänge u. Sozialisation) ist sicher ein wesentlicher materieller Hintergrund, auf dem sich die männliche Dominanz und Herrschaft täglich (im künstlich abgetrennten, "privaten Bereich") reproduziert. Dieser Bereich wird durch die "Kritik der politischen Ökonomie" weitgehend ausgeblendet; ist dennoch materielle Grundlage und Teil der notwendigen Vergesellschaftung der kapitalistischen Ausbeutung u. Zurichtung. (Genauer herauszuarbeiten ist der Unterschied oder auch Nicht-Unterschied, zwischen: Mehrwertabschöpfung als Enteignung/nicht bezahlter Lohnarbeit zu: andererseits der generell [unproduktiven ?] unbezahlten Reproduktionsarbeit.) Entsprechend unsichtbar (nicht gewertet) und weitgehend unbezahlt ist diese überwiegend von Frauen geleistete Arbeit. Sie ist im Bewußtsein unterbelichtet. Es handelt sich hier um Arbeitsverausgabung in hohem Maße, die durch ihre Unerläßlichkeit und den jeweils verschärften Rückgriff auf sie in Zeiten von "Krisen", belegen, daß der Kapitalismus

kein geschlossenes System ist, sondern immer auch auserkapitalistische/vorkapitalistische Ausbeutung integriert, bzw. auf sie zurückgreift/angewiesen ist. (Ob es sich hier um produktive Arbeit [Produktion v. ArbeiterInnen als BesitzerInnen der Ware: Arbeitskraft] im kapitalistischen Sinne handelt ist diskussionswürdig.)

Auch wenn das Patriarchat viel älter als die bürgerlich, kapitalistische Gesellschaft ist (und im Vergleich zum Rassismus wesentliche Unterschiede bestehen) wäre es interessant, -ähnlich wie hier (unvollständig) zu Rassismus- die materialistischen Grundlagen für patriarchales Handeln, Ideologisieren und Legitimieren - im bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystem - genauer unter die Lupe zu nehmen. (das darf keine Täterentlastung sein - aber auch der Sexismus/das Patriarchat ist auf der nur reflektiven und ideologiekritischen sowie moralischen Ebene gesellschaftlich nicht zu überwinden. Die Schwierigkeit liegt ja auch in der Verflechtung beider Unterdrückungs- u. Ausbeutungsstrukturen: Der antipatriarchale Widerstand schließt den antikapitalistischen/antiimperialistischen - sowie den antibürgerlichen - etc. notwendig mit ein. Die Konstitution eines weltweiten Patriarchats als übergeordnete Unterdrückung ist außer Stande, die unterschiedlichen (örtlich, zeitlich etc.) Verflechtungen von z.B. Patriarchat/kapital. Ausbeutung oder Patriarchat/neokoloniale Situation etc. differenziert zu betrachten. Notwendigerweise macht ein solcher Ansatz auch alle Frauen als gleich Unterdrückte aus: Klassenspezifische und rassistische, sowie die Unterschiede zwischen der metropolitane und trikontinentalen Situation von Frauen etc. fallen tendenziell unter den Tisch. Bedeutend sind hierbei nicht nur die objektiven Bedingungen, sondern besonders auch die subjektiv unterschiedlichen Erfahrungen der verschieden ineinander verwobenen Unterdrückungsformen.

2. Der Kampf um "wirkliche Freiheit" zielt nicht auf das "Paradies", ob auf der Erde oder im Himmel, weil das Religion oder Idealisierung wäre und den wirklichen Verhältnissen, die immer einer Dynamik der Veränderung (durch die Bedürfnisse und Interessen von: Menschen/ Gruppen/Klassen) ausgesetzt sind, widerspräche. Der Moter der Kämpfe für "wirkliche Freiheit" sind die Bedürfnisse nach Befreiung aus: sozialen Ungleichheiten, verschiedenen Formen von Unterdrückung und Ausbeutung. Kampf um "wirkliche Freiheit" ist nur als "permanente Revolution" vorstellbar; denn diese Kämpfe sind den jeweiligen historischen, gesellschaftlichen Bedingungen unterworfen, welche aus dem Blickfeld einer materialistisch-dialektischen Geschichtsauffassung im folgenden Zitat kurz angedeutet werden:

"(...) Gleiches ist beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus festzustellen. Die Triebkräfte zur Veränderung der Gesellschaft entstanden und entstehen in der Gesellschaft selbst, sie waren und sind durch die sozialen Bedürfnisse, Interessen, Wünsche usw. der Mehrheit in der Gesellschaft bestimmt. Den Drang der Mehrheit nach Veränderung haben in der Geschichte bisher immer Minderheiten genutzt, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, indem sie sie für die Interessen der Mehrheit ausgaben. Solange die Minderheiten die eigenen Interessen vertretbar in die Interessen aller einordneten, ging die Entwicklung voran, in jedem anderen Fall mußten die Interessen der Minderheiten mit Gewalt durchgesetzt werden. Es kam zur Gegenwehr, die die Entwicklung oft um Jahre zurückwarf oder zu einer veränderten gesellschaftlichen Ordnung führte, die die Interessen der Mehrheit zumindest zeitweise respektierte.

Die Gesetze der materialistischen Dialektik spiegeln in bezug auf die Gesellschaft nichts anderes als die jeweils konkreten Interessen, Bedürfnisse, Wünsche, Ziele usw. der in einer Gesellschaft vereinigten unterschiedlichen sozialen Gruppen und Klassen wider, die sich in den verschiedenen Formen gegenüberstehen und bekämpfen oder sich in bestimmten Abschnitten gesellschaftlichen Lebens decken können.

(...) Der Zugang zu den Erkenntnissen des Marxismus hängt wesentlich vom Verständnis der materialistischen Dialektik ab. Aus der Dialektik entspringen die schon skizzierten Entwicklungsgesetze. Das Zusammenwirken der dialektischen Gesetze zeigt sich im Leben an dessen Widersprüchlichkeit, an den Widersprüchen, die das Leben hervorbringt. (...) Der Kern des Mechanismus besteht in einem ständigen Wechsel von Gleichheit und Ungleichheit, in deren Ergebnis eine Bewegung oder Entwicklung entsteht oder vorangetrieben wird. Ein solcher Mechanismus hat wesentliche Züge eines dialektischen Widerspruchs. Er ist als ein Potential von Kräften vorstellbar, die eine Einheit des Gegensatzes bilden. Die Einheit des Gegensatzes besteht darin, daß die Einheit ständig nach Gleichheit der Kräfte strebt und der Gegensatz nach Ungleichheit. Im Moment des Erreichens der Gleichheit fällt die Gleichheit sofort in eine erneute Ungleichheit zurück und der Vorgang beginnt von vorn. (...) Das gewählte Beispiel erklärt nur einen Teil der Wirkungsweise eines Widerspruchs. In Wirklichkeit führt das Wechselverhältnis zwischen Gleichheit und Ungleichheit nicht nur zu einer ständigen Wiederholung, sondern es bringt auch Neues hervor. (...) Letztlich sind alle gesellschaftlichen Widersprüche (nicht nur die, welche durch ökonomische Interessen u. Bedürfnisse bestimmt werden. /d. Schreiber) auf die Interessen, Bedürfnisse und Wünsche des einzelnen Menschen zurückzuführen. Das zu übersehen (...) führt dazu, nicht mehr den einzelnen Menschen und die Entfaltung seiner Kräfte als Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung zu betrachten, sondern im Kampf sozialer Klassen oder Gruppen den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung zu sehen. Mit der durch die Entwicklung verbundenen Veränderung einer Klasse oder Gruppe, mit ihrem eventuellen Verschwinden, sind bei einer solch engen Betrachtungsweise, die das Wirken der Widersprüche auf Klassen und Gruppen beschränkt, praktisch die Widersprüche beseitigt, die die gesellschaftliche Entwicklung voranbringen." (aus: Werner Thümmeler; "Der Zerfall des "realen" Sozialismus -das Werk von Marx und Engels?", GNN-Verlag, Köln, 1991)

Weitere Literatur als background:

"Zur Diskussion um Rassismus und Antirassismus" aus Bahamas 12 -12/93. Hieraus sind einige Gedanken direkt oder mit Abänderungen, auch teils wörtlich, übernommen.

-weiterer Hintergrund: noch ungenaue Auseinandersetzung über die marxsche Werttheorie in Abgrenzung zur traditionellen marxistischen Variante, Dazu aus: Sozialforschung als Kritik, suhrkamp, Frankfurt, 1982; Barbara Birck/Moische Postone, "Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus", sowie die hierüber geführte Diskussion in den letzten Bahamas 1993/94. Diese Auseinandersetzung ist aber erst sehr lückenhaft in diesem eingeschränkten Analyseversuch mitgedacht! ■

Der folgende Text ist ein Antwort auf den Artikel über die Reform des Strafgesetzes und den Klassenkampf in Großbritannien, der im letzten Zirkular zu lesen war.

Er nimmt bei der Einschätzung der Lage in GB einen vorsichtigeren Standpunkt ein. Er ist von einem Mitglied des englischen Zeitungskollektives »Aufheben« geschrieben worden. (Zwei von ihren Texten in Zirkular 6). Gut ist, daß er sich direkt auf einen Beitrag im Zirkular bezieht, was wir nur begrüßen können. Mehr davon bitte, und zwar auch aus der BRD.

Mit diesem Text kam ein zweiter von einem anderen »Aufhebener«, und von ähnlicher Länge: ein Bericht zur Demonstration gegen das »Criminal Justice Bill« am 24. Juli, auf den wir aus Platzgründen verzichten müssen. Er beschreibt genau die Zusammenstöße vor Downing Street und diskutiert, warum die Krawalle nicht weiter eskaliert sind, vor allem im Kontext der zwei wichtigsten Ideologien unter den Organisatoren der Demo – »workerist« und »fluffy« (flauschig). Die erste nimmt die Ravers, Travellers usw. nicht ernst - alle sollen bloß in die Betriebe, zu den Gewerkschaften, nur dort können wir siegen; die zweite ist eine Mischung aus Pazifismus und Bürokratie – wir müssen so harmlos wie möglich sein, um der Regierung zu sagen, daß es keine Gründe für neue Gesetze gibt. (Wenn Ihr eine Kopie dieses zweiten Berichts – 4 Seiten A4 – wollt, schreibt an die Freiburger Adresse.) Bei weiteren Demos in diesem Monat wird sich zeigen, ob die Bewegung diese ideologischen Fesseln sprengen kann.

Die Zeitung »Aufheben« ist zu erreichen unter der Adresse:

c/o Prior House, Tilbury Place, BRIGHTON, BN2 2GY, GB

Sie kostet 6.50 Pfund für 3 Ausgaben, »cheques payable to Aufheben«.

Einige Bemerkungen

zu »Der Mob stürmt die Downing Street«,
Neues zum Klassenkampf in Britannien (Zirkular 7)

»Der Kampf findet gerade an allen Fronten statt – Streiks, Krankenhäuser, Strafgesetz, Straßen, Antirassismus, StudentInnen... Wir können schon behaupten, daß eine allgemeine Offensive der Arbeiterklasse möglich ist. Vielleicht hat sie schon begonnen, und die Klasse hat sich neu und militant zusammengesetzt. Unter diesen Umständen einen allgemeinen Revolte – eine Situation wie 1968, nur etwas kleiner? – Wenigstens ist das Britannien zum ersten Mal nach vielen Jahren wieder möglich!!«

(Zitat aus Zirkular #7, Seite 39)

Zur jetzigen Zeit, solche Schlußfolgerungen zu ziehen, ergibt ein viel zu rosiges Bild der Situation des Klassenkampfes in Britannien. Tatsächlich scheint es uns so, daß sie aus einer Art Rauschzustand entstanden sein müssen! Die sensationslustige Bericht-

erstattung über die landesweite Demo gegen den *Criminal Justice Bill* im Juli, als die Zeitungen »der Mob stürmt die Downing Street« titelten, scheint diese phantastisch optimistische Einschätzung verursacht zu haben. Deshalb werden wir zunächst die Kampagne gegen den *Criminal Justice Bill* untersuchen, den angeblichen Sturm auf die Downing Street, bevor wir dann kurz einige der anderen Fronten betrachten, »an denen der Klassenkampf gerade stattfindet«.

1.

Nach der Niederlage der *Anti-Golfkriegs Bewegung*, unter den mißlichen Umständen, in denen sich der Klassenkampf befand, war die – wenn auch verspätete – Entwicklung der Kampagne gegen den *Criminal Justice Bill* in diesem Frühling natürlich besonders willkommen.

Als der *Criminal Justice Bill* im letzten Herbst zum ersten Mal verkündet wurde, offenbarte sich die traurige Depolitisierung und Desorganisierung, die sich in den letzten 10 Jahren unter den BesetzerInnen breit gemacht hatte, als die ersten Bemühungen, die BesetzerInnenszene gegen den Gesetzesentwurf zu mobilisieren, scheiterten. Zur selben Zeit wollte sich die Labour Party als eine »Law and order« Partei profilieren, sie schlüpfte in die Kleider der Torys, was hieß, daß Labour einen Großteil des Gesetzesentwurfs unterstützte und Tony Blair doch tatsächlich damit prahlte, daß einige der drakonischeren Maßnahmen von ihm vorgeschlagen worden waren. Das Auftauchen einer traditionellen liberalen/linken Kampagne zur Verteidigung der »Bürgerrechte«, war vor dem Hintergrund einer Labour Party, die den Entwurf stützte und einer Linken, die das ganze Problem praktisch ignorierte, eigentlich eine Totgeburt.

Dennoch, angesichts der Konsequenzen, die das Gesetz für das Abhalten von unerlaubten Festen hat – tatsächlich sind sie eines der Ziele des Gesetzes, wachten im Frühjahr dieses Jahres viele aus Rave-Szene auf. Die Ravers begannen mit einer Organisierung, wobei sie sich mit den verschiedenen Gruppierungen in und um *die Grünen*, der *Anti-Straßen-Bewegung* und dem *Friedensnetzwerk*, zusammaten. Überall im Land bildeten sich *Anti-Criminal Justice Bill*-Gruppen und am 1. Mai marschierten 25 000 nach London.

Die Demonstration wurde fast ausschließlich von einer Generation getragen, die sich noch niemals zuvor politisiert hatte, und die sich nun unabhängig von der traditionellen Linken organisierte, und dies war ein Hoffnungsschimmer. Eine erfrischende Dynamik zeichnete die Demonstration aus, auch wenn wenig geschah, außer einem Riesenfest auf dem Trafalgar Square – und die Linke machte durch Abwesenheit auf sich aufmerksam. Nachdem nun langsam der Widerstand gegen den Gesetzesentwurf zum Hauptthema wurde, ließ auch das Interesse der Linken nicht mehr lange auf sich warten. Die verschiedenen renommierten Gruppen lenkten ihre Aufmerksamkeit auf den *Criminal Justice Bill*, nachdem die Kommunalwahlen vergessen waren, bei denen die Linken die Leute heftig gedrängt hatten, Labour zu wählen, um Mandate der Nazis zu verhindern. Die *Socialist Workers Party* (SWP) bildete eine Frontorganisation, »die Koalition gegen

den Criminal Justice Bill«, die in einer wackligen Verbindung mit dem *Friedensnetzwerk*, zu einer landesweiten Demonstration im Juli aufrief – in der darauffolgenden Woche sollte der Entwurf wirksam werden²¹. Die Demonstration war - wie berichtet – mehr als doppelt so groß wie die vorangegangene Demonstration im Mai. Allerdings waren die Berichte über eine Menge, die Downing Street stürmte, reichlich überzogen. Voller Zuversicht hatte sich die Polizeiführung darum bemüht, keine Schwierigkeiten zu provozieren und sich entschieden, mit nur wenig Polizisten die Demo zu begleiten. Obwohl die Polizei vorgehabt hatte, die Leute auf einer Straßenseite zu halten, taten sie wenig, um zu verhindern, daß sich die Leute auf beiden Straßenseiten verteilten. Während der Demo war wenig bis gar keine Sonderpolizei zu sehen und als wir zur Whitehall kamen, wurde die Sonderpolizei hinter die Tore, die zur Downing Street führen, zurückgezogen.

Vielleicht hundert Leute blieben stehen, als wir Downing Street erreichten. Nur circa ein Dutzend von diesen rüttelte an den Toren, oder kletterte an ihnen hoch. Der Rest der Menge schaute nur zu, einige warfen leere Dosen oder Plastikwasserflaschen auf die Polizei hinter den Toren. Die große Mehrheit der Leute folgte den Anweisungen der Demoordner und der Polizei, ging an Whitehall vorbei, um sich auf dem Trafalgar Square zu versammeln. Die meisten TeilnehmerInnen der Demo werden wohl erst aus den Zeitungen des nächsten Tages erfahren haben, was an der Downing Street vorgefallen war!

Die Tore hatten bald zu wackeln begonnen, sie dienen hauptsächlich zur Dekoration. Von den Toren auf der gegenüberliegenden Straßenseite machte die Polizei einige gezielte Vorstöße, um die Menge zu zerstreuen, wohl aus Angst, die Tore könnten niedergerissen werden. Ihre Lektion aus den Poll Tax Riots hatten sie gelernt, und so achtete die Polizeiführung sorgsam darauf, daß diese Vorstöße im Rahmen blieben, um den Rest der Demo nicht zu provozieren, der bloß vorbeimarschierte. Sie zogen sich zurück, ließen die Demo weiterziehen, als sie ihr Ziel erreicht hatten, die Aufmerksamkeit von den Toren der Downing Street wegzubekommen. Das konnten sie tun, da die Konfrontation an den Toren vor allem symbolisch war; einen gemeinsamen Versuch, die Downing Street zu stürmen, hat es wirklich nicht gegeben.

Die meisten hatten wohl erkannt, daß es alles andere als ausgemacht war, ob sich der Rest der DemoteilnehmerInnen einem Versuch, die Downing Street zu stürmen, angeschlossen hätte, falls die Tore wirklich aufgebrochen worden wären. Die ungefähr hundert Leute wären bei der kaum verfügbaren »Munition« von der Polizei schnell weggeräumt worden. Zum ersten Mal in England war der Polizeichef darauf vorbereitet gewesen, der Polizei die Anwendung von Plastikgeschossen zu erlauben, ein Fakt, der später vom Observer aufgedeckt worden war.

Eines der großen Probleme der Kampagne gegen den *Criminal Justice Bill* ist die über-

²¹ Nach der Festlegung des Demotermins kam es im *House of Lords* zu einer überraschenden Aufbesserung der Bill, die für die Regierung nicht akzeptabel war. Um Zeit für eine parlamentarische Korrektur dieser Nachbesserung zu haben, wurden die abschließenden Dinge, die noch geschehen mußten, bevor der Entwurf zum Gesetz werden kann, auf nach der Sommerpause verschoben. Die bedeutet, daß der Entwurf nicht vor Oktober Gesetzeskraft erhalten wird.

wiegend »lockere« Ideologie. Diese Ideologie ist nicht nur einfach pazifistisch, sondern unpolitisch und nicht-konfrontativ!²² Entsprechend dieser »Lockerheiten« ist es Ziel der Kampagne, den »Typen in den Anzügen«, z.B. den Politikern zu zeigen, wie nett wir doch sind, und daß die Vorkehrungen des Gesetzespaketes nicht gebrochen werden, da wir keine Bedrohung darstellen. Diese Ideologie kommt vom Auftauchen eines Öko-Pazifismus mit der Neo-Hippie-Mystik der Rave-Szene, die aufgrund der politischen Naivität eines Großteils der Bewegung, um sich greift.

Aber auch wenn die Lockerheit unter vielen der treibenden Kräfte der Bewegung dominiert, ist alles sehr unbestimmt und widersprüchlich, und nicht alle aus der Bewegung stehen unter diesem Einfluß. Aber der bestimmende Einfluß dieser Lockerheit könnte schwinden, wenn der Entwurf zum Gesetz wird, wenn deutlich wird, daß du die Politiker nicht dadurch beeindruckst, indem du einfach nett bist. Dies ist eine Möglichkeit, es bleibt zu hoffen, daß es uns möglich wird, die Begrenzungen dieser Lockerheit bloßzulegen, aber im Moment macht es die Lockerheit eines Großteils der Kampagne gegen den Criminal Justice Bill unmöglich, von einer »militanten Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse« zu reden.

Ein abschließender Punkt zur Betrachtung des *Criminal Justice Bill* sollte noch gemacht werden. Obwohl der *Criminal Justice Bill* eine ganze Reihe von Leuten angeht, so ist er doch nirgends mit dem breiten Angriff auf die Arbeiterklasse zu vergleichen, den die Poll Tax gebracht hat. Viele der übleren Maßnahmen wurden im Rahmen einer »Zurück zu den Wurzeln«-Kampagne auf dem Parteitag der Torys im letzten Jahr verkündet. Mit dieser Kampagne sollen nach den Reibereien um Europa und der allgemeinen Desillusionierung der ursprünglichen Torywähler, die Torys dadurch wieder zur verschworenen Gemeinschaft werden, indem unterschiedliche Gruppen, wie die BesetzerInnen, Umherziehende, Jagd-Gegner [hunt sabs: Gruppen, die die Jagd sabotieren, z.B. durch das Ansägen von Hochsitzen], angebliche Kriminelle... zu Sündenböcken gemacht werden. Folge davon ist, daß der Bill in erster Linie gegen bestimmte »marginale« Gruppen gerichtet ist, und die breite Mehrheit der Arbeiterklasse nicht betroffen ist. Insofern ist es unwahrscheinlich, daß der Bill einen vereinte Klassenantwort zur Folge hat, auch wenn er Menge verschiedener Leute zusammenbringt.

2.

Was gibt es zu den anderen Fronten im Klassenkampf zu sagen, die erwähnt wurden? Gegen das Aufkommen von Rassismus und Faschismus hat es sowohl von der »weißen Linken«, als auch von verschiedenen der bedrohten ethnischen Communities eine starke Entgegnung gegeben. Ausgedrückt hat sich das auf der Schlacht um Welling, als die Polizei 20 000 AntifaschistInnen auf dem Weg zum Hauptquartier der BNP stoppte.

²² Zumindest sehen die Pazifisten die Notwendigkeit, dem Staat und seiner Kriegsmaschine entgegenzutreten!

Die *Anti-Straßenbewegung* ist zu einem Brennpunkt geworden. Traditionellerweise war die Opposition gegen den Straßenbau hauptsächlich ein Mittelklassen-*Nimby* (Not In My Back Yard = Nicht in meinem Hinterhof), die meistens darauf beschränkt blieb, neue Straßen durch verfassungstreue Mittel wie öffentliche Anfragen und Schreiben an Politiker zu verhindern. Aber seit Twyford Down und den Kampagnen gegen die M 11 entwickelte sich eine militantere *Anti-Straßen-Bewegung*, die damit begann, den Bau von Straßen und Autobahnen durch direkte Aktionen und Sabotage ernsthaft zu verzögern. Gleichzeitig wurden die traditionellen *Nimby*-Kampagnen durch diese Radikalisierung der Bewegung – und durch das massive Regierungsprogramm zum Bau von Superhighways – dazu gedrängt, sich landesweit zu organisieren und direkt gegen die Autos zu richten.

Auch wenn die steigende Militanz und Durchschlagskraft der *Anti-Straßen Bewegung* Hoffnungen macht, sie ist immer noch ziemlich klein. Selbst bei zentralen Mobilisierungen der M-11-Kampagne, die im Moment die Speerspitze der Bewegung ist, sind selten mehr als ein paar hundert Leute zu mobilisieren. Das anhaltende und entschlossene Engagement einiger weniger AktivistInnen, die Häuser längs dem Verlauf der Straßen besetzen, und das Wohlwollen der lokalen Bevölkerung, sind die Garanten für die Stärke und Durchschlagskraft der Bewegung.

Was die StudentInnen betrifft, so kann es sich nur um einen Witz handeln. Letztes Jahr beschloß das Parlament eine Kürzung der Zuschüsse für StudentInnen um 30 Prozent in den nächsten drei Jahren. Und dies war nach bereits gemachten Rücknahmen von sozialstaatlichen Geldern nur der Schlußpunkt. Versuche, die StudentInnen zum Widerstand gegen diese üblen Einschnitte wachzurütteln, scheitern gründlich. Ein paar Besetzungen hat es gegeben, aber da ging es um lokale Probleme.

Dasselbe gilt für Arbeitskämpfe. Richtig ist, daß die Arbeiterklasse an den Arbeitsplätzen trotz des kapitalistischen Versuchs, mit Hilfe der Rezession einen großen Schritt Richtung Deregulierung zu machen, eine Zunahme der Teilzeit- und befristeten Verträge durchzusetzen, nicht gebrochen ist. Es gibt Anzeichen, die auf eine – wenn auch nur geringe – Zunahme der Streiks hinweisen, und obwohl es der Regierung gelungen ist, die Bezahlung der Löhne im öffentlichen Dienst unter der Inflationsrate zu halten, ist sie eindeutig darüber beunruhigt, ob sie dies weiterhin aufrechterhalten kann.

Aber das ergibt noch keine militante Klassenoffensive an den Arbeitsplätzen. Während es in verschiedenen Bereichen einige lokale, von unten organisierte Gewerkschaftsstreiks gegeben hat, so ist der wichtigste – vielleicht der Schlüsselstreik, die gegenwärtige Auseinandersetzung bei Stellwerkern.

Diese Auseinandersetzung wird in einem hohen Maß von der Gewerkschaft vorangetrieben und kontrolliert. Nachdem sie über die letzten Jahre hohe Produktivitätszunahmen ermöglicht hatte, forderte die Eisenbahngewerkschaft (RMT) nun einen Abschluß in einer Höhe von 11 Prozent für die Stellwerker, bevor sie weiteren Produktivitätszunahmen bei der neu errichteten Eisenbahnlinie zustimmen würde. Die Linie bot 7,5 Prozent, aber sie war gezwungen, dieses Angebot zurückzunehmen, da die Regierung fürchtete, dies würde zu einem Vorbild für die nächste Lohnrunde im öffentlichen Sektor werden. Im folgenden rief die RMT zu einer Serie von 24- und 48-Stundenstreiks auf, bei der sie sich bis auf den letzten Buchstaben an die strenge Streikregelung hielt. Von ihrem Standpunkt aus betrachtet waren die Streiks sehr wirksam, da die Stellwerker das Geld,

was sie an Streiktagen verloren durch Überstunden wieder reinholen konnten, während der nicht erfolgte Streikaufruf an die anderen Eisenbahnarbeiter bedeutete, daß die Eisenbahn alle anderen Arbeiter bei Streiktagen fürs Nichtstun bezahlen mußte und dann noch mehr für die Überstunden, um die verlorene Zeit wieder gutzumachen! Die reflexartige Reaktion der Linken, die Gewerkschaft zu einem Streik aller, oder zumindest zu Solidaritätsaktionen andere Mitglieder aufzufordern, macht in dieser Situation keinen Sinn.

Die meisten Stellwerker scheinen angesichts der breiten öffentlichen Sympathie damit zufrieden zu sein, passiv den Anweisungen ihrer Gewerkschaft zu folgen. Letzten Monat rief die RMT unter dem Druck ihres linken Flügels zu einer landesweiten Demo auf, aber deren Organisation überließ sie linken Gruppen wie z.B. der SWP. Als Resultat ließen sich nur 1500²³ Leute sehen, von denen sicher 90 Prozent Mitglieder dieser verschiedenen renommierten Gruppen waren. Nur den Stellwerkern war es von der RMT erlaubt worden, der Versammlung am Ende der Demo beizuwohnen.

Solange der Stillstand in dieser Auseinandersetzung nicht überwunden wird, erscheint eine militantere Entwicklung, eine Verbindung mit anderen Kämpfen, sehr unwahrscheinlich, vor allem, da die Gewerkschaft alles vollkommen zu kontrollieren scheint.

Um es zusammenzufassen: Auch wenn wir nicht glauben, daß die Arbeiterklasse auf irgendeine Weise besiegt wäre, auch wenn es einige hoffnungsvolle Entwicklungen gibt, wir können nicht akzeptieren, daß es gegenwärtig eine Basis für die anstehende Ausbildung einer militanten Klassenoffensive geben soll. ■

²³ 4000 Stellwerker befinden sich im Streik.

»Verschwörung«

Nachdem wir George Caffentzis im August in Zürich getroffen und ihn auf die Kritik der Zeitschrift Aufheben an Midnight Oil der Midnight Notes (in Wildcat-Zirkular #6, August '94, S. 66ff.) hingewiesen hatten, hat er jetzt in einem Brief eine Erwiderung angekündigt. Die würde aber aufgrund des »Bergs an Arbeit« für eine neue Nummer der Midnight Notes noch etwas Zeit brauchen. Vorab hat er sich aber kurz zum Vorwurf der »Verschwörungstheorie« geäußert. (Bernhard)

»(...) Im Englischen ist **Verschwörung** ein juristischer Begriff, der »eine Übereinkunft von zwei oder mehr Personen zur Begehung eines Verbrechens, eines Betrugs oder einer anderen ungesetzlichen Handlung« bedeutet. Das ist eine häufige Anklage vor Gericht, wenn es sich um Arbeiter oder ihre Organisationen handelt, sowohl formal als auch informell. Auch Kapitalisten werden vor den US-Gerichten der Verschwörung angeklagt, wegen Verletzung der Antitrustgesetze oder wegen Preisabsprachen oder Verstoß gegen Umwelt- oder Gesundheitsvorschriften. Da ist nichts mysteriöses dabei. Es ist einfach der versteckte Teil des Geschäftslebens.

Andere Aspekte des Geschäftslebens befinden sich in der Nachbarschaft zur Verschwörung, haben aber nicht die selbe juristische Bedeutung: Planung und Strategiefindung. Wie man weiß, ist **Planung** ein üblicher Teil des kapitalistischen Lebens auf Firmen-, Industrie-, Staats- und internationaler Ebene seit sehr langer Zeit, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und in verschiedenen Formen. Planung findet oft öffentlich statt, umgeben von einer ideologischen Aura des Rationalismus und der Klassenzusammenarbeit. Natürlich hat sie nicht den juristischen Beiklang von »Verschwörung«. Schließlich gibt es die **Strategiefindung**. Das ist der Begriff und die Realität zwischen Planung und Verschwörung, da sie oft heimlich stattfindet (denn sie impliziert, anders als Planung, daß da ein Kampf vor sich geht und die andere Seite die Strategie nicht kennen sollte, die da hervorgebracht wird), wenn auch nicht unbedingt illegal.

Planung, Strategiefindung und Verschwörung sind Aktivitäten, die sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten in ihren verschiedenen Organisationen tun (ob in Gewerkschaften, Parteien, Guerillaarmeen, Konzernen, Banken, Regierungen oder internationalen Treffen). Wo ist der Unterschied zwischen ihnen? Hauptsächlich in der Art und Weise, wie sie sich und die Rechtmäßigkeit ihrer Ergebnisse präsentieren. Natürlich beurteilt man die Rechtmäßigkeit nach dem Maßstab, den man anlegt, und der ist bei uns von MN sicher ein anderer als bei Exxon Oil.

Noch was. Planung, Strategiefindung und Verschwörung haben nichts mit **Erfolg** zu tun. Die Kapitalisten planen, strategieren und konspirieren ständig und häufiger wird dies ein Mißerfolg als ein Erfolg. Das ist offensichtlich, aber in einer Welt, in der das Kapital die Erscheinung der menschlichen Vernunft angenommen hat, wird das oft vergessen.« ■

Wir haben den folgenden Text eines Menschenrechts-Aktivisten übersetzt, um überhaupt erst einmal einige Informationen und dringend notwendige Korrekturen an den hier auch in der Linken kursierenden Aussagen zu dem Konflikt in Ruanda zu liefern. Die Grenzen des Artikels von de Waal liegen auf der Hand. Er zeichnet zwar die Widersprüche einer Konstruktion des »Ethnischen« nach, geht dabei aber nicht auf die sozialen Auseinandersetzungen ein und kann daher für heute weder den als »ethnisch« erscheinenden Konflikt noch den »demokratischen« sozial einordnen. Ebenso leer – leer an sozialen und wirtschaftlichen Interessen – erscheint dann auch das Verhalten der internationalen Friedensindustrie. Gerade weil er dieses »business«, diese »broker« für Frieden und Demokratie mit seinem beißenden Spott überzieht, sollte man meinen, er müßte weiterfragen, nach den tatsächlichen Interessen dieser Institutionen. Seine eigene Beschränkung auf eine Menschenrechtsposition verstellt ihm hier den Blick. Dabei gerät er in Widerspruch zu seiner durchaus richtigen Kritik einer hobbes'schen Betrachtungsweise, denn mit seinen indirekten Appellen an UN und staatliche Institutionen scheint er auch den übernationalen Leviathan anzuflehen.

Der Staat des Völkermords

Der Hutu-Extremismus und die Ursprünge der »Endlösung« in Ruanda²⁴

Den üblichen Reportagen, wie wir sie in den letzten drei Monaten zu lesen bekamen, fällt es schwer, dem Blutbad in Ruanda gerecht zu werden. Wir müssen jetzt anfangen, es zu erklären – was paradoxerweise einfacher sein könnte.

Einzelne Elemente der Geschichte können wir in dem verzweifelten Landdruck in Ruanda suchen, in der ländlichen Armut, die durch den Zusammenbruch des internationalen Kaffeepreises verstärkt wurde, und in der Entschlossenheit einer privilegierten Clique, ihre beherrschende Stellung in Regierung und Armee trotz der politischen und ökonomischen »Umstrukturierung« [»readjustment«]²⁵ des Staates zu behalten. Dies alles goß Öl in die Flammen. Aber was den Völkermord entzündete, ist eine extremistische Rassenideologie, die lächerlich wäre, wenn sie nicht eine so dämonische Macht besäße.

Ruanda ist mehr als nur ein weiterer zusammenbrechender afrikanischer Staat. Die Übergangsregierung²⁶ kämpft für das Recht – so wie sie es sieht –, sich von den mora-

²⁴ Alex de Waal, The genocidal state, Hutu extremism and the origins of the »final solution« in Rwanda, in: The Times Literary Supplement, New York, 1.7.1994, S.3-4, Sammelbesprechung von: Katsuyoshi Fukui, John Markakis (Ed.), Ethnicity and Conflict in The Horn of Africa; Catherine Newbury, The Cohesion of Oppression. Clientship and ethnicity in Rwanda, 1860-1960; Ronald Cohen, Goran Hyden and Winston P. Nagan (Ed.), Human Rights and Governance in Africa.

²⁵ In eckigen Klammern stehen entweder die englischen Ausdrücke im Original zur Verdeutlichung oder Übersetzung von Ausdrücken, die nicht übersetzt wurden. Alle Fußnoten sind Erläuterungen des Übersetzers.

²⁶ Übergangsregierung meint hier die Nachfolgeregierung nach dem Absturz des Flugzeugs von Habyarimana am 6.April vor der Eroberung Kigalis durch die RPF.

lischen Ansprüchen der restlichen Welt zu befreien. Das erfordert nicht nur die Ausrottung der Tutsi-Minderheit, sondern auch die Zerschlagung der Menschenrechts- und Demokratie-Bewegung in Ruanda und all der Werte, für die sie steht. In diesem Schmelzofen schmiedeten extremistische Politiker erneut die Identität des Hutu-Volkes. Es ist beängstigend, dies zu beobachten.

Um den Hutu-Extremismus zu verstehen, muß man sich eingehend mit den Ursprüngen der Hutu-Identität befassen. Über die Beschreibung von Hutu und Tutsi als »Stämme« oder sogar als verschiedene »ethnische Gruppen« können Anthropologen und Historiker nur lachen. Die beiden sprechen dieselbe Sprache, leben in demselben Gebiet und haben dieselben traditionellen politischen Institutionen, und es ist oft unmöglich – trotz der Karikaturen des Gegenteils –, anhand der körperlichen Erscheinung zu sagen, zu welcher der beiden Gruppen ein Individuum gehört. Ruanda ist – oder war – eine der wirklichen Nationen in Afrika. Vor einem Jahrhundert fanden die Kolonialisten ein mächtiges und relativ zentralisiertes Königreich vor, das aus drei Gruppen bestand, die hauptsächlich durch den Status ihre Arbeitstätigkeit [occupational status] bestimmt waren, und einer großen Anzahl von Clans, deren Basis der Landbesitz war. Es handelte sich bei ihnen in keiner Weise um abgegrenzte »ethnische Gruppen«.

Die europäischen Eroberer – zunächst die deutschen, dann die belgischen – stürzten sich auf die Kategorisierung nach Arbeitstätigkeiten und füllten sie mit einer hierarchischen rassischen Klassifizierung. Die Tutsi-Minderheit wurde als hamitische Aristokratie ausgemacht, und da sie einen so kultivierten Staat lenkte, konnte sie ihren Ursprung nur an einem Ort haben, der geographisch, kulturell und vor allem rassisch näher an Europa lag: in Äthiopien. Monsignore Leon Classe, der erste römisch-katholische Erzbischof von Ruanda und die Person, die am stärksten für die Ausformung der dortigen kolonialen Politik verantwortlich war, betrachtete die Tutsi als Rasse mit einem arischen Strang und seine kirchlichen Gefolgsmänner [Akoluthen] beanspruchten, sie hätten ihre Ursprünge in einem in Vergessenheit geratenen Stamm des Christentums wiedergefunden. Die »hamitische Hypothese« – die behauptet, daß die gesamte vor-koloniale Zivilisation in Afrika von Auswärtigen hereingebracht wurde, vor allem von dem hamitischen Zweig der kaukasischen Rasse – ist akademisch nicht mehr von Bedeutung.²⁷ Aber als die Tutsi-Höflinge zur römisch-katholischen Religion übertraten und damit ihr traditionelles sakrales Königtum aufgaben, das ihrer Autorität zugrundelag, beriefen sie sich auf sie, um ihre weitere Herrschaft zu legitimieren.

Die Hutu-Mehrheit wurde dagegen als Bantu-Bauern bezeichnet, denen ein Leben in Mühsal und Plage zugewiesen und der Zugang zu Bildung oder politischem Einfluß verweigert wurden. Dies dauerte bis 1959, als die Belgier mit der herannahenden Unabhängigkeit eine »soziale Revolution« förderten, die die Tutsi-Monarchie hinwegfegte und eine Hutu-Republik installierte. Extremistische Politiker und viele europäische

²⁷ Sylvia Servaes weist in ihrem Aufsatz »Die ethnographische Erforschung Ruandas« (in: Gudrun Honke, Als die Weißen kamen. Ruanda und die Deutschen 1885-1919, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1990) auf eine ausführlicherer Auseinandersetzung mit dieser Hypothese hin: E.R.Sanders, The Hamitic hypothesis, its origins and functions in time perspective, in: Journal of African History Vol. 10 (1969), S.521-532.

Missionare bestanden weiter darauf, von einer »Hutu-Rasse« zu sprechen. Die Hutu-Politiker benutzten nun die hamitische Hypothese gegen ihrer früheren Herren: die Hutu seien die ursprünglichen Einwohner, die Tutsi wurden dazu verurteilt, Fremde in ihrem eigenen Land zu sein. (Ein Grund, warum so viele Leichen in den Viktoria-See geschwemmt wurden, ist, daß ein prominenter Ideologe, Dr. Leon Mugesera, die Bevölkerung dazu anhielt, ihre früheren Herren auf dem kürzesten Weg nach Äthiopien zurückzuschicken, über den Nyaborongo-Fluß.) Der winzigen Gruppe der Twa, die als Jäger und Sammler leben und als Töpfer arbeiten, wurde der niedrigste Status von allen zugewiesen: pygmäische Ureinwohner, Überrest eines früheren Stadiums der menschlichen Evolution. Sie sind bis heute eine der am meisten verachtetsten und mißhandeltesten Minderheiten in Afrika.

Für die europäischen Kolonialisten war es üblich, ihre Territorien von örtlichen Mittelsmännern verwalten zu lassen und dabei örtliche Oligarchien zu schaffen oder zu festigen. Aber nur in Ruanda und Burundi wurde dies mit einer dermaßen ausdrücklichen Rassenideologie verbunden. Außergewöhnlich war in diesen beiden Ländern auch, mit welchen extremen Maßnahmen die Kolonisatoren vorgingen. In den 30er Jahren führten die Belgier eine Volkszählung durch und gaben Personalausweise aus, in denen aufgeführt wurde, ob seinE BesitzerIn Tutsi, Hutu oder Twa war. Die Basis für eine Rassentypisierung war so dünn, daß die Volkszähler angewiesen wurden, den Besitz von Kühen zum Kriterium zu machen: diejenigen mit zehn oder mehr Kühen waren Tutsi, die mit weniger Hutu, für immer. Von ein oder zwei Kühen hing der Status als Oberherr oder Leibeigener und damit der Zugang zu Bildung und jedem anderen Privileg ab, das einem von der Verwaltung zugeteilt wurde. Diese Ausweise existieren noch heute – und nach ihnen entscheiden die Milizionäre an den Straßensperren, wen sie zu töten und wen sie zu verschonen haben.

So wie in anderen Gegenden Afrikas verläuft die Identität der Clans quer zu ethnischen Unterschieden. Jeder der vierzehn größeren und der vielen kleineren Clans in Ruanda enthält Abstammungslinien der Tutsi, der Hutu und der Twa. Vor dem späten neunzehnten Jahrhundert war soziale Mobilität zwischen den Kategorien nicht unüblich. Aber die Vormachtstellung der Tutsi wurde zementiert und ausgeweitet, und »Tutsi« und »Hutu« wurden zu den wichtigsten politischen Kategorien für die Menschen in Ruanda. Zur größten Verärgerung führte dies im Nordwesten von Ruanda, wo die unabhängigen Hutu-Fürstentümer, bekannt als Abahinza, zerschlagen und Tutsi-Herrscher eingesetzt wurden. Dr. Ferdinand Nahimana, ein führender Ideologe des Hutu-Extremismus und Direktor der »Radio-Télévision des Libres Mille Collines«, dessen Radiosendungen dazu genutzt wurden, zum Morden aufzuhetzen, begründete seine akademische Karriere an der Nationaluniversität von Ruanda mit Chroniken der Abahinza. Seine Schriften (z.B. »Les Principautés Hutu du Rwanda Septentrional«, in *La Civilization ancienne des peuples des Grand Lacs*, Paris, 1979) tauchen in wissenschaftlichen Publikationen auf. President Juvenal Habyarimana, der bei dem Flugzeugabsturz am 6. April ums Leben kam, und seine Leutnants, die seitdem den Vorsitz beim Völkermord führen, stammen aus dieser Gegend und betrachten sich selber als die Erben der Hutu-Fürsten.

Ruanda-Spezialisten protestieren vergeblich gegen die Meinung, Hutu und Tutsi seien verschiedene ethnische Gruppen. Sechzig Jahre kolonialistischer und Tutsi-Herrschaft und die fünfunddreißig Jahre dauernde Hutu-Vorherrschaft, die auf die Revolution von

1959 folgte und die Hälfte der Tutsi-Bevölkerung ins Exil schickte, haben die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen grundlegend verändert. Politische Konflikte, zuge- spitzt in gewalttätigen Konflikten zwischen einzelnen Dörfern [punctuated by intercommunal violence], hat abgegrenzte und von beiden Seiten aus zueinander feindlich eingestellte Identitäten der Hutu und Tutsi geschaffen, die trotz allem Zögern der Sozialwissenschaftler erkennbar »ethnisch« sind.

Einige Einsichten in solche Prozesse der Identitätserzeugung können aus der Studie von David Turton über ganz andere und kleinere Gesellschaften im Südwesten von Äthiopien gewonnen werden. Sein Essay ist der herausragende Beitrag in dem Sammelband *Ethnicity and Conflict in the Horn of Africa*:

Wenn Gruppen wie die Mursi ... als »naturgegeben« betrachtet werden, dann ist der Konflikt, in dem es anscheinend um die Festlegung ihrer Grenzen geht, auch naturgegeben: er ist dann einfach die Art, in der unabhängige politische Gruppen sich angesichts der Abwesenheit einer überwölbenden politischen Struktur aufeinander beziehen müssen. Wenn wir aber ein Netz von Beziehungen auf der Basis von Clanzugehörigkeit und anderen Identitäten als ursprünglich betrachten, wird erkennbar, daß die Konflikte das Mittel sind, mit dem unabhängige und sich gegenseitig bekämpfende politische Einheiten aus der zunächst »zugrundeliegenden« Gesellschaftlichkeit überhaupt erst zeitweilig »herausgeschnitzt« werden.

Das stellt die Theorie von Hobbes auf den Kopf²⁸: Politische Organisation, und schließlich Staaten, bändigen nicht die Neigung der Individuen zu Gewalttätigkeit, sondern prägen sie. Turton fährt fort:

Meine These ist, daß für die Mursi und ihre Nachbarn das Kriegführen nicht ein Mittel ist, mit dem eine bereits konstituierte politische Gruppe ihr Territorium zu schützen oder auszuweiten versucht, sondern das Mittel, mit dem überhaupt erst die Vorstellung von ihr als einer unabhängigen politischen Einheit, frei von auswärtigen normativen Ansprüchen, geschaffen und aufrechterhalten wird.

In Menschenleben ausgedrückt, kann dies sehr kostspielig sein. (Turtons Analyse, die er in jahrzehntelangem engen Kontakt mit den Mursi entwickelte, sollte zur Pflichtlektüre für alle diejenigen werden, die in Konfliktlösungen einbezogen sind.)

Ein anderer Text in diesem Sammelband, Tim Allens Darstellung der Schaffung von Ethnizität an der Grenze Sudan-Uganda, arbeitet einen ähnlichen Prozeß heraus. Hier erzeugten die Kolonialverwaltung, bewaffnete Konflikte und der populäre Gebrauch des »Stammes«-Begriffs die Stämme der Acholi und Madi, die die zuvor bestehenden diffuseren und komplexeren Beziehungen teilweise verdrängten. Zu behaupten, die so produ-

²⁸

Thomas Hobbes (1588-1679), englischer Philosoph, dessen Hauptwerk »Leviathan – oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates« 1651 in London erschien. Darin entwickelt er die Theorie des absolutistischen Staates: Im Naturzustand herrscht zwischen den Menschen aufgrund ihres angeborenen Egoismus ein »Krieg aller gegen alle«. Um sich ihren ebenso natürlichen Wunsch nach Sicherheit zu erfüllen, schaffen sich die Menschen daher durch eine Übereinkunft im Staat eine übergeordnete Gewalt, der sie sich uneingeschränkt zu unterwerfen haben. Historischer Hintergrund der Theorie von Hobbes sind der »Bürgerkrieg« in England in den 1640er Jahren und die »Religionskriege« auf dem Kontinent (»Dreißigjähriger Krieg« 1618-1648).

zierten Stämme seien Kunstgebilde, geht an der Sache vorbei. Allen betont, daß es unmöglich ist, die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit ohne Rückgriff auf die Stammesbezeichnungen zu interpretieren. Und diese Bezeichnungen werden von den Menschen selber benutzt, so sehr, daß sie sich ihretwegen gegenseitig umbringen.

Obwohl diese akademische Debatte ihre Erkenntnisse an Gesellschaften entwickelt hat, die weit entfernt von den Zentren der staatlichen Macht sind, vermittelt sie all denjenigen Einsichten, die sich mit dem Rätsel der Wiederbelebung von Nationalismus und ethnischer Ausgrenzung beschäftigen. Dies sind die Strömungen, die von Politikern mit chauvinistischen Vorstellungen benutzt werden, und ihr Widerhall in Ruanda ist überwältigend. Auf der einen Seite des Konflikts befinden sich die Führer der von Tutsi beherrschten Ruandischen Befreiungsfront (Rwandese Patriotic Front: RPF²⁹). Es handelt sich bei ihnen meistens um Kinder von Flüchtlingen, die zwischen 1959 und 1963 nach Uganda kamen; ihre Identität ist durch ihr Leben im Exil geformt. Viele von ihnen kämpften als Mitglieder der von Yoweri Museveni geführten Ugandischen Nationalen Widerstandsarmee (Ugandan National Resistance Army: NRA), die 1986 die Hauptstadt Kampala einnahm und die Regierung bildete. In Uganda wurden sie aber nie völlig akzeptiert. Einige tausend ruandische Mitglieder der NRA desertierten, bildeten die RPF und drangen am 1. Oktober 1990 nach Ruanda ein.

Die RPF-Führer beklagen, daß es sich bei den ethnischen Bezeichnungen Hutu und Tutsi um eine Art »Fehler« handle – Ausdruck ihrer Ausbildung an der Makerere Universität³⁰. Sie popularisieren diese Auffassung, indem sie auf die mythischen Ursprünge eines vereinigten, vom Kolonialismus noch unbefleckten, ruandischen Volkes zurückgreifen, wobei sie bequemerweise die Unterdrückung der Hutu durch die Tutsi in der Geschichte außer acht lassen. Eine andere intellektuelle Abstammungslinie ihrer Ideologie, geht über die NRA auf die Frelimo in Mosambik, bei der Museveni seine erste Ausbildung erhielt, und damit schließlich auf Mao Zedong zurück. Die maoistischen Theorien des Guerillakriegs betonen die soziale Transformation durch Beteiligung an einem Befreiungskampf und richten sich daher auf soziale Spannungen statt auf ethnische Identitäten. Die Ideologie der RPF hat Selbstbedienungscharakter, sie ist wie geschaffen für westliche Ohren. Das Herunterspielen der Ethnizität dient den Interessen einer relativ wohlhabenden und gut ausgebildeten Minderheit und verdeckt die immer noch vorhandene Verachtung, die viele Tutsi-Kommandeure den Hutu gegenüber empfinden. Die Zurschaustellung militärischer Disziplin unterstützt außerdem den Anspruch der RPF, die führende Rolle in einer zukünftigen ruandischen Armee zu spielen. Diese politisch zynische und soziologisch naive Ideologie hat es allerdings – jedenfalls bis jetzt – verhindert, daß die RPF-Soldaten massenhafte Racheakte an den Hutu verüben. Auf der anderen Seite betrachten die Hutu-Rassisten den Konflikt als »naturegeben« und berufen sich ständig auf die Unterscheidung zwischen Hamitisch und Bantu. Ein

²⁹ RPF ist die englische Abkürzung, FPR die französische, für: Front Patriotique Rwandais.

³⁰ In Makerere/Uganda hatte die englische Kolonialbehörde 1922 ein Technikum eingerichtet, das 1938 in eine höhere Schule umgewandelt wurde, die die Studenten auf den Besuch der Londoner Universität vorbereiten sollte. Heute ist Makerere eine der wichtigsten Universitäten in Zentral- und Ostafrika.

Pamphlet der ruandischen Regierung von 1990 mit dem Titel »Die ganze Wahrheit über den Krieg von Oktober 1990, der Ruanda durch die Angreifer aus den Streitkräften Ugandas aufgezungen wurde« bezieht sich auf die Abstammung des Präsidenten Museveni aus dem »hamitischen« Hima-Volk und zählt »die wahren Motive der Angreifer« so auf:

[Um] ein ausgeweitetes Huma-Tutsi-Königreich in dem Bantugebiet der großen Seen zu errichten. Es muß daran erinnert werden, daß sich beide Gruppen zur arischen Rasse zählen und anderen ethnischen Gruppen überlegen fühlen, und daß sie das Hakenkreuz [swastika] von Hitler als ihr Symbol benutzen.

Die letzte Behauptung ist völlig unwahr, aber sie ist noch harmlos im Vergleich zu der Propaganda, die in Kinyarwanda³¹ betrieben wird. Aus einem internen Memorandum des Verteidigungsministeriums von 1992 – »Definition und Identifizierung des Feindes« – geht hervor, daß die Extremisten ihre eigene Propaganda glaubten. Die Liste enthält »Tutsi-Flüchtlinge«, »Hutu, die dem Regime gegenüber feindlich sind«, und schließt mit »der Nilo-Hamitischen Bevölkerung der Region«. Ironischerweise wird dieses rassistische Phantasiegebilde durch die Tutsi-Oberen aus Burundi unterstützt, dem spiegelbildlichen Nachbarland, in deren Regierung und Armee weiterhin eine Tutsi-Minderheit herrscht. Auch dort wurden einander feindselige Identitäten durch die Kolonialherrschaft und durch politisch angezettelte örtliche Konflikte geschaffen und verstärkt.

Das Massenmorden in Ruanda ist nicht nur ein Griff nach der Macht, sondern zugleich ein Kampf, in dem die Identität der Hutu in Ruanda definiert werden soll. In ihrem Buch *The Cohesion of Oppression* [Der Zusammenhalt der Unterdrückung] sagt Catherine Newbury, daß die Identität der Hutu als solche erst durch die gemeinsame Erfahrung der ruandischen Bauern, die während der Kolonialzeit von der Macht und von Privilegien ausgeschlossen wurden, geschaffen wurde. Davor bezeichnete »hutu« nur den Status als Vasallen. Die ruandischen Bauern, die durch Clans, Regionen und ihre Beziehung zu den vorkolonialen Staaten und Unterstaaten innerhalb der Kolonialgrenzen Ruandas gespalten waren, wurden im Sinne einer Negativdefinition »Hutu«, als der Zugang zur staatlichen Macht zur Definition der »Tutsi« wurde.

Frühere Forscher haben die zentrale Rolle der christlichen Missionen bei der Herausbildung dieses Bewußtseins herausgearbeitet. Das Buch *Church and Revolution in Rwanda* (1977) von Ian Linden ist ein Klassiker dieser Literatur. Auf dem Höhepunkt der Kolonialherrschaft bildeten die Römisch-Katholischen Weißen Väter unter Monsignore Classe eine Tutsi-Staatskirche. Später wechselte die Katholische Kirche ihre Position – teilweise, weil die Anglikaner und Baptisten mit der Evangelisierung der Hutu begonnen hatten –, gerade rechtzeitig um die Schaffung einer Republik zu unterschreiben. Der letzte katholische Erzbischof, Monsignore Vincent Nsengiyumva, der letzten Monat von RPF-Kräften gefangen und getötet wurde, gehörte fünfzehn Jahre lang dem Zentralko-

³¹ Kinyarwanda ist die gemeinsame Sprache der ruandischen Bevölkerung. Ruanda gehört zu einem der wenigen afrikanischen Ländern, in denen eine gemeinsame Sprache von allen Gruppen benutzt wird. Auf den weiterbildenden Schulen und der Universität wird französisch gesprochen, Regierungsdokumente werden in französisch oder in beiden Sprachen abgefaßt.

mitee von Habyarimanas Regierungspartei an.

Newbury, die sich auf eine Studie im südwestlichen Randgebiet des Königreichs bezieht, zeigt, wie unterschiedlich die örtlichen Erfahrungen mit der Tutsi-Herrschaft waren. Damit stellt sie die bisherige orthodoxe Auffassung in Frage, daß die gesamte ruandische Gesellschaft von den Patron-Klienten-Beziehungen durchdrungen gewesen sei. Ihr Buch *The Cohesion of Oppression* ist ein wertvoller Beitrag, der in dem Sinne dem Buch von Linden zur Seite steht, daß es vor allem versucht, die »soziale Revolution« von 1959 zu erklären, eine Revolution, die tatsächlich die politische Ordnung völlig umkehrte.

Seit dieser Revolution haben Hutu-Politiker Ruanda regiert. Während sie die Hutu weiterhin als unterdrückt darstellen, haben sie dieselben Methoden der ethnischen Diskriminierung benutzt, um sich das Privileg der politischen Macht zu verschaffen. 1973 führte ein Staatsstreich, der von seinem Anführer, dem Major-General Habyarimana als »moralische Revolution« angekündigt wurde, zur Beendigung von Anti-Tutsi-Pogromen und versprach Entwicklung ohne politische Konflikte. Aber seit 1990, mit dem Zusammenfallen von wirtschaftlicher Krise, einer Massenmobilisierung für Mehrparteienwahlen und der Drohung durch die RPF, ist der Hutu-Extremismus in einer weit bösartigeren Form zurückgekehrt. Die wissenschaftliche Literatur wird sich weiter damit herumschlagen müssen.

Vielleicht liegt es gerade daran, daß die Grundlagen der Hutu-Ethnizität so unwirklich sind, was die Extremisten dazu zwingt, sie mit Methoden zu schärfen, die lächerlich wären, wenn sie nicht so aufhetzend wirken würden. In den letzten Jahren gab es eine massenhafte Propaganda, die dazu aufrief, nicht »die Fehler« von 1959 zu wiederholen, als den Tutsi »die Flucht ins Ausland gestattet« worden sei. In dieser Botschaft werden traditionelle, religiöse und rassistische Themen vermischt, wobei sie oft umgedreht werden. Zum Beispiel lautet das dritte der von Hutu-Extremisten aufgestellten »Zehn Gebote«, die 1990 in *Kangura*, einer führenden ruandischen Tageszeitung veröffentlicht wurden: »Sind Hutu-Frauen nicht schön, gute Sekretärinnen und ehrlicher?« Intellektuelle mögen über so etwas lachen, aber in Nummer acht heißt es: »Die Hutu sollten aufhören, Erbarmen mit den Tutsi zu haben.« Und in Nummer zehn: »Wir sollten jeden Hutu als Verräter betrachten, der seinen Hutu-Bruder wegen des Lesens, der Verbreitung oder der Lehre dieser Ideologie verfolgt.«

Das Prinzip von Propagandisten – je größer die Lüge, desto größer ihre Glaubwürdigkeit – wurde genau befolgt. Es wird berichtet, daß Bauern in den von der RPF eingenommenen Gebieten erstaunt sind, daß die Tutsi-Soldaten keine Hörner, Schwänze und in der Dunkelheit leuchtende Augen haben – wie es ihnen in den Radionachrichten erzählt wurde. Ebenso sind die von der Renamo³² perfektionierten terroristischen Prinzipien deutlich sichtbar: die symbolische Verkehrung moralischer Werte (Kirchen und Krankenhäuser sind die bevorzugten Orte für Massaker) und der Druck auf die einfachen Leute, sich am Töten zu beteiligen, so daß sie sich entmenschlicht und nur noch der Gesellschaft anderer Mörder für würdig fühlen.

³² Resistencia Nacional Moçambicana, seit 1977 aktive Kontra-Guerilla in Mosambik, seit Februar 1993 als Partei zugelassen.

Der Charakter der Ethnizität in Ruanda konfrontiert die Architekten des Genozids mit einem weiteren Problem: Wie können seine Opfer bestimmt werden? Durch die Sprache oder den Wohnort ist es nicht möglich, und – trotz der größten Anstrengungen von deutschen und belgischen Anthropometern [physical anthropologists] – sind Körpergröße und Nasenlänge unsichere Entscheidungsmerkmale. Die Kontrolle der Ausweise ist eine langwierige Angelegenheit und die Mörder brauchen die Schnelligkeit für den Erfolg ihrer Operation. Die Extremisten lösten dieses Problem, indem sie quer durchs Land aus jeweils zehn Haushalten mindestens einen Militärangehörigen rekrutierten, so daß jede Tutsi-Familie von jemandem identifiziert werden konnte, der sie persönlich kannte. So wurden Schulkinder von ihren Lehrern getötet, Geschäftsinhaber von ihren Kunden, Nachbarn von ihren Nachbarn.

Die Miliz ist bekannt unter dem Namen *Interahamwe*, den sie von den örtlichen Arbeitsgruppen übernommen hat, die in den 70er Jahren von den Hilfsorganisationen als Vorkämpfer für eine gerechte Entwicklung begrüßt worden waren. Der Massenmord maskiert sich als Bürgerpflicht. Katechisten³³ schwingen Macheten und Erzbischöfe haben die Regierung als »friedliebend« verteidigt. Auf diese Weise hat es die Regierung geschafft, eine durchaus fortgeschrittene Technik des Genozids zu entwickeln. Durch den Einsatz von Splinterbomben, Macheten und großen nägelgespickten Keulen haben sie sich den industriellen Methoden der Vernichtung angenähert, die von den Nazis entwickelt wurden.

Aber das Morden in Ruanda geht über Völkermord hinaus, und darin liegt ein zweiter, ergänzender Erklärungsstrang. In Ruanda ist noch eine dritte Ideologie wirksam, die auch örtliche und internationale Wurzeln hat. Es ist die »Demokratisierung« in ihren verschiedenen Formen: »Konfliktlösung«, »Menschenrechte«, »Zivilgesellschaft« und »gutes Regierungssystem« [*good governance*].

In Übereinstimmung mit den zehn Geboten der Extremisten waren die ersten und prominentesten Opfer des Mordens Hutu: Oppositionspolitiker, Akademiker, Journalisten, Menschenrechts-Aktivistinnen, Rechtsanwälte, Priester, Geschäftsleute. Die Creme der Zivilgesellschaft des Landes wurde in ein paar Tagen von der Präsidentengarde abgeschlachtet, die ihre Fahndungslisten schon früher zusammengestellt hatte. Eine Ausgangssperre, die unter dem Vorwand verhängt wurde, es seien unkontrollierbare ethnische Auseinandersetzungen ausgebrochen, ermöglichte es den Soldaten, ihre Opfer in deren eigenen Wohnungen zu erledigen. Das war die ultimative Form eines Putschs: Die physische Liquidierung aller Verfechter einer Demokratisierung. Beobachter waren verwirrt, weil einige der Opfer selber der Regierung angehörten. Agatha Uwilingiyimana, die am ersten Tag zusammen mit zehn belgischen Soldaten der UN, die sie beschützten, getötet wurde, war sowohl Premierministerin und Oppositionspolitikerin. Ihre Position spiegelt eine tiefe Ironie wider, denn vor dem 6. April galt Ruanda als Modell für den Übergang zur Demokratie und die friedliche Lösung bewaffneter Konflikte.

Im Jahr 1990 beugte sich Präsident Habyarimana der »Demokratiewelle« die über Afrika schwappte und erklärte sich mit dem Wechsel vom Ein-Parteien- zu einem Mehr-Parteien-System einverstanden. Im selben Jahr wurde er auch mit der Invasion der RPF

³³ »Einheimische Laienhelfer in der katholischen Heidenmission« (Fremdwörterduden).

konfrontiert. Internationaler Druck brachte die beiden Seiten an den Verhandlungstisch und es wurde eine Reihe von Vereinbarungen ausgearbeitet. Unter strenger Überwachung durch die Vereinten Nationen mußten die Kabinettsposten mit der Opposition geteilt, die Polizei umgeschult, die Armee mit der Rebellenfront vereinigt und verkleinert und freie Wahlen durchgeführt werden. Regionalmächte wie Tansania und Zaire spielten eine Rolle, die Belgier unterstützten die Vereinbarungen und eine Truppe der Vereinten Nationen wurde entsandt, um das Engagement der Welt zu demonstrieren.

Jedes Mal wenn Habyarimana Ausflüchte suchte oder den Fahrplan zur Demokratie verzögerte, schritten die internationalen Friedens-Händler [peace-brokers] ein und zwangen ihn, Wort zu halten. Ein verzweifelter Versuch von Hutu-Extremisten, diesen Prozeß durch den Mordanschlag auf einen führenden Oppositionspolitiker am 21. Februar aufzuhalten, löste Gewaltakte der *Interahamwe*-Milizen aus, die einige Tage andauerten. Aber die UN, die Organisation der Afrikanischen Einheit [OAU] und die wichtigsten westlichen Geberländer wichen nicht zurück: Habyarimana wurde an den Verhandlungstisch zurückgeschleppt und gezwungen, sich wieder zu vertragen. Auf der anderen Seite von seiner Clique der Hardliner unter Druck gesetzt, versuchte er wieder, sich herauszuwinden; die regionalen Führer bestellten ihn zu einer Konferenz nach Daressalam [Hauptstadt von Tansania]. Der Präsident wurde gezwungen, sich ein weiteres Mal zu einigen: Die Übergangsinstitutionen sollten eingerichtet werden. Er verließ die Stadt mit seinem persönlichen Flugzeug, aber die Kunde von seiner jüngsten Kapitulation hatte die in der Nähe des Flughafens von Kigali stationierte Präsidentengarde bereits erreicht, und sie schossen ihn ab.

Habyarimana war ein Opfer sowohl der internationalen Friedensindustrie als auch der von ihm selbst handverlesenen Hardliner in der Präsidentengarde. Der Friedensprozeß hatte es nicht vermocht, einen wichtigen (wenn auch unangenehmen) Teil der ruandischen Gesellschaft auf seine Seite zu bringen. Manchmal schienen diejenigen, die die internationale Diplomatie lenkten, ihre Augen zu schließen und die Extremisten wegzuwünschen.

Vor dem 6. April hatte Ruanda eine der energischsten Menschenrechtsbewegungen in Afrika. Sechs unabhängige Menschenrechtsorganisationen arbeiteten zusammen daran, Übergriffe der Regierung oder der Rebellen-Front aufzudecken. Sie luden eine Internationale Untersuchungskommission, bestehend aus zehn Menschenrechtsexperten aus der ganzen Welt, ein. Die Kommission besuchte Ruanda 1993 und stellte einen umfassenden und mutigen Bericht zusammen, in dem Übergriffe dokumentiert und Verantwortliche namentlich benannt wurden – einschließlich frühere Regierungsmitglieder und extremistische Ideologen. Habyarimana wurde beschuldigt, er habe 1992 persönlich durch Kopfnicken einem Massaker zugestimmt.

Demokratie beinhaltet Gerechtigkeit. Den genannten Individuen wurde eine Amnestie versprochen, aber sie wußten, daß ihre Handlungen genau untersucht werden würden. Ihre Strategie, der Gerechtigkeit zu entkommen, bestand darin, alle umzubringen, die bei Menschenrechts-Untersuchungen mitgearbeitet hatten. Sie töteten die meisten von ihnen. Es ist eine schockierende Erinnerung daran, wie hoch die Einsätze im Menschenrechtsgeschäft sein können. Es gab genügend Hinweise auf die Vorbereitung eines Massenmordens. Der Sonderbeauftragte der UN sprach sich bei mehreren Gelegenheiten öffentlich gegen die Bewaffnung der Milizen aus, die Namen der Anführer der »Zero Net-

work«-Todesschwadronen wurden von der bürgerlichen Opposition verbreitet. Aber es wurden keine Pläne für einen Notfall [contingency plans] aufgestellt. Angesichts der Vorfälle in Burundi im Jahr zuvor war dies besonders kurzichtig.

Der Demokratisierungsprozeß in Burundi war im Juni 1993 mit der Wahl von Melchior Ndadaye zum erstem Hutu-Präsidenten zu einem Abschluß gekommen. Da dieser Prozeß vollständig von den Burundiern selber durchgeführt worden war, galt er als leuchtendes Beispiel eines friedlichen Übergangs – wie ein Beobachter sagte, »zu schön, um wahr zu sein«. Aber als die von Tutsi kontrollierte Armee ihre Position bedroht sah, führte sie einen Staatsstreich durch, ermordete Ndadaye und entfesselte örtliche Gewalttätigkeiten, bei denen 50 000 Menschen getötet wurden. Die internationale Gemeinschaft reagierte sofort mit einer Verurteilung des Putsches: es würde keine Entwicklungshilfe oder diplomatische Anerkennung geben, bevor die Extremisten sich nicht zurückzögen. Die Extremisten zogen sich ordnungsgemäß in die Kasernen zurück (wo sich ungestört blieben), und seitdem befindet sich Burundi in einem zerbrechlichen, von gelegentlichen Mordanschlägen unterbrochenen, Zustand der Machtteilung.

Als der Sturm in Ruanda ausbrach, beschränkte sich die Reaktion der westlichen Welt darauf, die gesetzlosen Grausamkeiten zu bedauern, ihre Bürger aus dem Land zu holen und bis auf einige wenige alle UN-Truppen abzuziehen. Hinter dieser Nebelwand konnten die Mörder ungestört weitermachen; die örtlichen Menschenrechtsaktivisten wurden ihrem Schicksal überlassen. Im weiteren Verlauf war das Tempo des diplomatischen Pingpongs sehr viel langsamer als die Wucht des Genozids. Die UN-Menschenrechtskommission trat in außerordentlichen Sitzungen zusammen und benannte einen Spezialberichterstatte, aber eine Anklage wegen Völkermords ist noch in weiter Ferne. Dem Außenminister der Übergangsregierung wurde gestattet, vor dem UN-Sicherheitsrat eine rassistische Schmäherei zu halten – niemand dachte auch nur daran, die diplomatischen Regeln zu ändern, um die Rechtfertigung des Genozids vor dem innersten Heiligtum der UN zu verhindern. In Kigali greift der UN-Sonderbeauftragte immer noch zu den Standardformeln: Waffenstillstand und politische Verhandlungen. Indem er seine »Neutralität« durch die gleichmäßige Beschuldigung beider Seiten wahr, ist er offensichtlich blind gegenüber der Unmöglichkeit von Vereinbarungen zwischen einer Regierung, deren Staatsräson der Genozid ist, und einer Rebellenarmee, die ihren Vormarsch nicht beenden wird, bevor sie nicht den letzten verbliebenen Tutsi vor der Drohung der Milizen gerettet hat. Der Konflikt wird wahrscheinlich in der üblichen Weise gelöst werden – entweder werden den Mördern die Opfer ausgehen, oder die Rebellenarmee wird den Krieg gewinnen. Internationale Truppen, die mit dem falschen Auftrag – zum Beispiel, einen Waffenstillstand durchzusetzen – geschickt werden, würden praktisch und moralisch unbedeutend sein.

Den Vertretern von Frieden und Demokratie in den Vereinten Nationen, in den Botschaften der westlichen Länder und in den humanitären Organisationen sollte dies schlaflose Nächte bereiten. Ihre eigenen Ideologien sind in dramatischer Weise unfähig, mit politischen Philosophien wie dem Hutu-Extremismus zurecht zu kommen. Zum Beispiel hält Ronald Cohen in seinem zentralen Aufsatz in *Human Rights and Governance in Africa* daran fest, den Grund für ethnische Konflikte in der Schwäche des Staates zu sehen, wobei er sogar frühere Runden des Mordens in Ruanda und Burundi als Beispiele dafür anführt. Das ist immer noch der alte Hobbes: die »große Bestie« der

menschlichen Gewalttätigkeit muß durch einen Vertrag zwischen den Individuen und dem Staat bezwungen werden.

Cohen bringt eine evolutionäre Betrachtungsweise zum Ausdruck, die sich auf ähnliche Befunde wie die hamitische Hypothese stützt, und behauptet beiläufig, daß zuge-schriebene Rechte, die auf Rasse oder Ethnizität beruhen, »sicherlich über die Zeit verschwinden werden«. Es ist vielleicht unfair, das gesamte Sammelwerk mit dem Hinweis auf ein paar Bemerkungen in einem der Aufsätze zu charakterisieren, aber wer das Buch aufgrund des Anspruchs des Herausgebers auf »Aktualität« und »Originalität« liest, wird enttäuscht werden. Obwohl das Erscheinungsdatum 1993 ist, wurden die Aufsätze für diesen Sammelband 1988 geschrieben. Die ruandische Methode des Geno-zids wurde in kürzerer Zeit perfektioniert, als die Berichte einer akademischen Kon-ferenz über Menschenrechte für ihre Veröffentlichung brauchten.

Generäle und Völkermordideologien werden weiterhin ihre Instrumente schneller schär-fer als die Befürworter von Frieden und Demokratie. Während die Anwälte der Men-schenrechte und die Hilfsorganisationen angesichts des Schocks in Ruanda immer noch schaudern, beobachten Diktatoren aufmerksam, wie das Verbrechen seinen Lauf nimmt. Einige hegen zweifellos mehr als nur ein wenig Bewunderung für die enorme Kühnheit der von den Hutu-Extremisten versuchten »Endlösung« für das Problem politische Opposition. Wenn der Übergangspräsident Theodor Sindikubabwo, Major-General Augustine Bizimana, Dr. Casimir Bizimungu und ihre Clique Erfolg haben – wenn sie einen Teil der Macht behalten und in den Augen des internationalen diplomatischen Corps legitime Gesprächspartner bleiben –, dann wäre das Reklame für politischen Massenmord und eine offene Einladung an andere, ihn zu kopieren.

In Ruanda steht mehr auf dem Spiel als das Überleben des Tutsi-Volk. Das Ziel der Mörder ist eine »Endlösung« für die Bedrohung ihrer Macht und ihrer Vorstellungen, die in den Menschenrechten und der Demokratie als solcher liegt. Sollten sie Erfolg haben, würden die Waffenkammern des politischen Extremismus weltweit durch eine Menge neuer Techniken der Propagierung und schnellen Durchführung von Massenmord und neuer Methoden der Verwirrung, Neutralisierung und sogar der Kooptierung der internationalen Friedensindustrie gefüllt werden.

Sollten die Mörder verlieren, so wird dies mit ziemlicher Sicherheit an den paar tausend Guerillas der RPF liegen, nicht an den Truppen der UN oder irgendeinem anderen in-ternationalen Druck: eine zufällige Niederlage des Genozids, kein Sieg der Menschen-rechte.

Wissenschaftler, Rechtsanwälte und Diplomaten verwenden enorme Energie darauf, die Instrumente der internationalen Menschenrechte zu verbessern und ihre Institutionen aus-zuweiten. Aber auch diese Community wird letztlich durch die Schlachten definiert, die sie kämpft. Sollte sie sich weigern, in den Kampf in Ruanda einzugreifen, wird sich ihre Bedeutung verringern. Für eine Bewegung, die letztlich von ihrer kollektiven morali-schen Autorität abhängt, wäre dies eine tiefgreifende Entmutigung.

Alex de Waal ist Co-Direktor von African Rights, eine vor kurzem gegründeten Men-schenrechtsorganisation.